



**Parlamentssitzung vom 03.11.2025**

**Protokoll**

19:00 – 22:55 Uhr

**Vorsitz**

Casimir von Arx (GLP), Parlamentspräsident

**Parlamentsbüro**

Selin Lopez (FDP), 2. Vizepräsidentin  
Brigitte Rohrbach (SP Frauen), Stimmzählerin  
Reto Zbinden (SVP), Stimmzähler

**Mitglieder des Parlaments**

Franziska Adam (SP Frauen)  
Roland Akeret (GLP)  
Dominic Amacher (FDP)  
Géraldine Bösch (SP Frauen)  
Corina Burren (parteilos, Sitz der SVP)  
Bülent Celik (SP Männer)  
Heidi Eberhard (FDP)  
Lukas Erni (Grüne)  
Mayra Faccio (JUSO)  
Sara Cristina Gasser (Junge Grüne)  
Kathrin Gilgen (SVP)  
Jutta Gubler (SP Frauen)  
Janka Hamm (SP Frauen)  
Andreas Hauser (GLP)  
Roland Hofer (SVP)  
Laura Hoffman (Junge Grüne)  
Mark Kobel (FDP)

Fabienne Marti (GLP)  
Florian Moser (SVP)  
David Müller (Grüne)  
Matthias Müller (EVP)  
Urs Mumenthaler (SP Männer)  
Arlette Mürger (SP Frauen)  
Klaus von Muralt (Grüne)  
Sladjan Petrovic (Die Mitte)

Monika Röthlisberger (Grüne)  
Sandra Röthlisberger (GLP)  
Ronald Sonderegger (FDP)  
Isabelle Steiner (SP Frauen)  
Katja Streiff (EVP)  
Roger Tanner (GLP)  
Andrea Winzenried (SVP)

**Gemeinderat**

Tanja Bauer (SP), Gemeindepräsidentin  
Hansueli Pestalozzi (Grüne), Vizegemeindepräsident  
Thomas Marti (GLP), Gemeinderat  
Christian Burren (SVP), Gemeinderat  
Hans-Peter Kohler (FDP), Gemeinderat

**Fachstelle Parlament**

Chantal Fuchs

**Protokoll**

Ursula Wüst

**Entschuldigt**

Christina Aebischer (Grüne)  
Toni Eder (Die Mitte)  
Christine Müller (Grüne), 1. Vizepräsidentin  
Tatjana Rothenbühler (FDP)

PAR 2025/75

## Traktandenliste und Mitteilungen

1. **Traktandenliste und Mitteilungen**  
Beschluss
2. **Protokoll der Parlamentssitzung vom 25. August 2025**  
Beschluss
3. **Protokoll der Parlamentssitzung vom 15. September 2025**  
Beschluss
4. **Behördenreglement, Änderung – Erhöhung der Sitzungsgelder des Parlaments und der Kommissionen**  
Beschluss; Direktion Präsidiales und Finanzen
5. **V2321 Motion (Mitglieder des Parlamentsbüros, Stand: 7. Dezember 2023) "Anpassung der Sitzungsgelder des Parlaments"**  
Abschreibung; Direktion Präsidiales und Finanzen
6. **Integrierter Aufgaben- und Finanzplan IAFP 2026**  
Kenntnisnahme; Direktion Präsidiales und Finanzen
7. **Budget 2026**  
Beschluss; Direktion Präsidiales und Finanzen
8. **Verschiedenes**  
Kenntnisnahme

## Diskussion

**Parlamentspräsident Casimir von Arx, GLP:** Guten Abend miteinander, zu unserer ersten November-Sitzung heisse ich euch herzlich willkommen. Besonders willkommen heisse ich hier auf der Tribüne Andreas Lanz, er ist ehemaliger Parlamentarier der Mitte - anno dazumal noch von der BDP.

Seit unserer letzten Sitzung haben die Gesamterneuerungswahlen des Parlaments und des Gemeinderates stattgefunden und die Gemeindepräsidiumswahl. Ihr konntet hoffentlich die Wahlergebnisse verdauen. An der erfreulichen oder vielleicht auch weniger erfreulichen Art der Zusammensetzung dieser beiden Gremien hat sich parteipolitisch nicht viel geändert - im Gemeinderat gar nichts und im Parlament hat es vielleicht einen minimalen Rechtsruck gegeben, aber ich glaube, so minimal, dass es nicht einmal ein Ruck ist. Wie dem auch sei, es ist ja so, dass das Zusammenspiel und das Arbeiten in den Gremien nicht nur von der parteipolitischen Zusammensetzung abhängt, sondern auch von den Personalien und da wird es einige Wechsel geben, wie ihr in den Wahlergebnissen sehen konntet. Herzliche Gratulation jedenfalls allen Neugewählten und Wiedergewählten.

An der heutigen Parlamentssitzung testen wir noch einmal die Protokollierungssoftware von Recapp. Das Parlamentsbüro hat beschlossen, dass diese Sitzung hier nur mit Tonspur und nicht wie bisher mit Ton und Video aufgenommen wird, damit wir nachher noch einen direkten Vergleich haben, wie das ist, wenn man nur die Audioaufnahmen hat oder eben Audio und Video kombiniert. Das heisst, die Tonaufnahme kann nach der heutigen Sitzung in den nächsten Tagen dann auch im Recapp-Archiv, wozu ihr den Zugangslink habt, angehört werden - halt einfach ohne Bild.

Weil im Oktober keine Sitzung stattgefunden hat, sind die Tonaufnahme und die Bereitstellung im Recapp-Archiv in dieser dreimonatigen Pauschale für den Testbetrieb inbegriffen, von der wir euch am

Anfang des Testbetriebs erzählt haben. Ein zusätzlicher Videostream hätte zu Mehrkosten geführt, auch deshalb haben wir das nicht gemacht.

Dann ein Hinweis zur Beantwortung von zwei Anfragen: Die Anfrage V2525, EVP-GLP-Mitte-Fraktion, «Könizer Industrienacht» und die Anfrage V2532, SVP-Fraktion, «Bearbeitungsprozess der Strategie Gasausstieg der Gemeinde Köniz», wurden euch per Mail zugestellt und auf der Parlamentswebsite publiziert. Die Anfragen werden ja gemäss dem mittlerweile nicht mehr ganz so neuen Reglement nicht mehr im Parlament traktandiert.

Zum Ablauf der heutigen Sitzung: Wie ich bereits mit dem Versand der Traktanderliste angekündigt habe, schlage ich vor, dass wir heute die Traktanden 1 bis 9 behandeln und die Traktanden 10 bis 15 an der zweiten Sitzung nächsten Montag. Die Folgesitzung vom 10. November haben wir ja schon länger angekündigt. Die Traktanden auf den Dezember zu schieben wäre keine gute Idee, dann ist die Traktandenliste noch einmal ein bisschen voller als jetzt.

Ich gebe ausserdem die Geburtstage prospektiv bis zur Sitzung vom 1. Dezember bekannt. Geburtstage werden haben: Die zweite Vizepräsidentin Selin Lopez, Sladjan Petrovic und Andreas Hauser. Ihr findet alle auf eurem Pult den Parlamentspin und eine Schokolade in euren Parteifarben, mit Ausnahme von Andreas Hauser, bei welchem ich eine Verwechslung oder etwas Falsches im Kopf hatte, aber wir sind ja in der GLP grün und blau, wir haben beides im Logo, daher sollte das auch stimmen.

Ich komme zu den Entschuldigungen: Vom Parlament entschuldigt sind Toni Eder, Christine Müller, Christina Aebischer und Tatjana Rothenbühler. Kathrin Gilgen kommt ein bisschen später und Laura Hoffmann ist inzwischen eingetroffen – somit sind 35 Parlamentsmitglieder anwesend. Das Parlament ist beschlussfähig.

Der elektronische Aktenversand hat am 14. Oktober stattgefunden, der postalische am 16. Oktober 2025. Das Protokoll vom 25. August ist online seit dem 11. September und das Protokoll vom 15. September ist online seit dem 23. Oktober. Wie vorher angedeutet, diese Sitzungen oder das Protokoll könnt ihr auch im Recapp direkt nachschauen, wo ihr für den Moment testen und anschauen könnt, wie diese Software funktioniert. Solltet ihr noch weitere Rückmeldungen zu diesem Thema haben, dann könnt ihr diese der Fachstelle Parlament schicken.

Ich komme zum Traktandum 1, Traktandenliste und Mitteilungen: Gibt es Anträge zur Traktandenliste? Keine? Dann ist die Traktandenliste genehmigt.

## **Beschluss**

Die Traktandenliste wird stillschweigend genehmigt.

PAR 2025/76

## **Protokoll der Parlamentssitzung vom 25.8.2025** Genehmigung

## **Diskussion**

Das Wort zum Protokoll wird nicht verlangt.

## **Beschluss**

Das Protokoll der Parlamentssitzung vom 25.8.2025 wird stillschweigend genehmigt.

PAR 2025/78

## **Protokoll der Parlamentssitzung vom 15.9.2025**

### Genehmigung

### **Diskussion**

Das Wort zum Protokoll wird nicht verlangt.

### **Beschluss**

Das Protokoll der Parlamentssitzung vom 15.9.2025 wird stillschweigend genehmigt.

PAR 2025/77

## **Änderung Behördenreglement – Erhöhung der Sitzungsgelder des Parlaments und der Kommissionen**

Beschluss; Direktion Präsidiales und Finanzen

### **1. Ausgangslage**

Mit der Erheblicherklärung der Punkte 1, 3 und 4 der Motion 2321 erteilte das Parlament an seiner Sitzung vom 6. Mai 2024 dem Gemeinderat den Auftrag, die nötigen Reglementsanpassungen vorzunehmen, die für die Umsetzung folgender Massnahme nötig sind:

- Die Teilnahme an den Fraktionssitzungen wird abgegolten, indem die Höhe der bestehenden Sitzungsgelder gesteigert wird (pauschale Abgeltung der Fraktionssitzungen) oder indem der Anspruch auf Sitzungsgeld auf die Fraktionssitzungen ausgedehnt wird (einzelne Abgeltung der Fraktionssitzungen).
- Die Neuerungen treten mit Beginn der neuen Legislatur per 1. Januar 2026 in Kraft.
- Die Umsetzung dieses Vorstosses geschieht zwingend in enger Abstimmung mit dem Parlamentsbüro und der Fachstelle Parlament.

Die Forderung der Anwendung des Teuerungsausgleichs auf die Sitzungsgelder des Parlaments (Punkt. 2 der Motion 2321) hat das Parlament abgelehnt.

### **2. Die aktuelle Entschädigungsregelungen für Parlamentsmitglieder und im Parlament vertretenen Parteien und selbständigen Wählergruppen**

Wie in der Antwort des Gemeinderats vom 13. März 2024 ausgeführt, werden in Köniz Parlamentsmitglieder bzw. im Parlament vertretene Parteien und selbständigen Wählergruppen auf folgende Arten entschädigt:

- 1) Gemäss Art. 10 Absatz 2 Behördenreglement<sup>1</sup> haben Mitglieder des Parlaments sowie der ständigen und nichtständigen Kommissionen für die Teilnahme an ihren Sitzungen Anspruch auf ein Sitzungsgeld. Das Sitzungsgeld beträgt
  - für die Mitglieder des Parlaments und die Mitglieder der parlamentarischen Kommissionen 70 Franken;
  - für die Mitglieder anderer Kommissionen 50 Franken. Diese Bestimmung kommt z.B. für die Einbürgerungskommission (Art. 7 Verordnung über das Einbürgerungsverfahren, Nr. 121.11),

---

<sup>1</sup> Reglement über die Entschädigung und Nebenbeschäftigungen der Mitglieder des Gemeinderates und über weitere Entschädigungen (Behördenreglement), Nr. 153.31

die Schulkommission (Art. 3 Behördenverordnung, Nr. 153.311) sowie die Kommission Wangental (Art. 50 der Überbauungsvorschriften der Überbauungsordnung "Abbauschwerpunkt Wangental") zur Anwendung. Die Bestimmung käme auch für die Vormundschaftsbehörde zur Anwendung (Art. 4 Behördenverordnung), diese Kommission wurde aber vor einigen Jahren aufgelöst.<sup>2</sup>

- für die Sitzungsleitung des Parlaments und der parlamentarischen Kommissionen 140 Franken; Dauert die Sitzung mehr als vier Stunden, werden 150 Prozent, dauert die Sitzung mehr als sechs Stunden, werden 200 Prozent des obgenannten Sitzungsgeldes ausbezahlt (Art. 10 Absatz 3 Behördenreglement)
- 2) Gemäss "Reglement für die Zuteilung des jährlichen Gemeindebeitrages an die politischen Parteien und selbständige Wählergruppen", Nr. 142.1, erhalten die Parteien und selbständige Wählergruppen, die mindestens eine Vertreterin oder einen Vertreter in das Parlament abordnen, einen angemessenen Betrag, welchen der Gemeinderat im jährlichen Budget zu beantragen hat. Dieser beträgt aktuell jährlich CHF 50'000. Somit werden die im Parlament vertretenen Parteien und selbständigen Wählergruppen pro Parlamentsmitglied mit einem jährlichen Beitrag von CHF 1'250 (einen Vierzigstel pro Sitz) entschädigt. Es ist den Parteien und Wählergruppen überlassen, ob sie mit diesem Beitrag die Teilnahme an Fraktionssitzungen entschädigen oder ob sie diesen für eine andere Zweckbestimmung einsetzen.
  - 3) Zusätzlich unterstützt die Gemeinde die Parteien und selbstständigen Wählergruppen bei den Gemeindewahlen, indem sie
    - die Kosten für den Versand, d.h. die Adressierung, Verpackung sowie die Portokosten des Werbematerials an die Stimmberechtigten, übernimmt; und
    - den Parteien und Wählergruppen an acht Standorten die Möglichkeit für einen kostenlosen Wahlplakataushang an mobilen Plakatständern offeriert.

### 3. Die Situation in anderen grossen Berner Gemeinden Bern, Biel, Thun und Burgdorf

#### a) Sitzungsgelder für Parlaments- und Kommissionssitzungen

**Bern:** Stadtratsmitglieder CHF 130 für Sitzungen bis 3 Stunden; Sitzungsgeld PräsidentIn und KommissionspräsidentInnen CHF 260. ReferentInnen von Kommissionen erhalten zusätzlich CHF 130 bei behandelten Geschäften.<sup>3</sup>

**Thun:** Stadtratsmitglieder max. CHF 100 für Sitzungen bis 2 Stunden, pro weitere Stunde je max. CHF 50, plus jährliche Spesenpauschale von max. CHF 300. Innerhalb der Höchstansätze beschliesst der Stadtrat die jeweilige Höhe der Entschädigungen.<sup>4</sup>

**Biel:** Stadtratsmitglieder CHF 85 für eine einfache Sitzung bis 3 Stunden (PräsidentIn CHF 170), für eine Doppelsitzung CHF 120 (PräsidentIn CHF 240). Mitglieder der vom Stadtrat oder Gemeinderat gewählten Kommissionen CHF 45 für eine einfache Sitzung bis 3 Stunden (PräsidentIn CHF 85), für eine Doppelsitzung CHF 75 (PräsidentIn CHF 150).<sup>5</sup>

**Burgdorf:** Stadtratsmitglieder CH 50 pro Sitzung bis 4 Stunden, mehr als 4 Stunden CHF 100 (PräsidentIn und KommissionspräsidentIn das Doppelte).<sup>6</sup>

#### b) Entschädigung für die Teilnahme an Fraktionssitzungen und weitere Entschädigungen

<sup>2</sup> Der Gemeinderat nutzt die Gelegenheit, parallel zur vorgelegten Anpassung des Behördenreglements Art. 4 der Behördenverordnung (Streichung Vormundschaftsbehörde) anzupassen.

<sup>3</sup> [https://stadtrecht.bern.ch/lexoverview-home/lex-151\\_211](https://stadtrecht.bern.ch/lexoverview-home/lex-151_211), Stadtratsbeschluss betreffend Festsetzung der Sitzungsgelder der Mitglieder des Stadtrats und seiner Gremien (SRB Nr. 639/2010)

<sup>4</sup> [https://www.thun.ch/docn/4349986/151.201\\_Geschäftsreglement\\_SR\\_i.K.1.3.2021.pdf](https://www.thun.ch/docn/4349986/151.201_Geschäftsreglement_SR_i.K.1.3.2021.pdf), Geschäftsreglement des Stadtrates von Thun

<sup>5</sup> [https://biel-bienne.tlex.ch/app/de/texts\\_of\\_law/1.5.1-1.2](https://biel-bienne.tlex.ch/app/de/texts_of_law/1.5.1-1.2), Stadtratsbeschluss betreffend Sitzungsgelder und Fraktionsentschädigungen, Art. 1 Abs. 1 lit. a und b

<sup>6</sup> [https://www.burgdorf.ch/de/verwaltung/dokumente/dokumente/Entschaedigungsreglement\\_2015.pdf](https://www.burgdorf.ch/de/verwaltung/dokumente/dokumente/Entschaedigungsreglement_2015.pdf), Entschädigungsreglement der Stadt Burgdorf

Eine Kurzumfrage vom März 2024 hat folgendes ergeben: In Thun wird für die Teilnahme an Fraktions-sitzungen kein Sitzungsgeld ausbezahlt. Die Stadt Biel sieht für die Fraktionssitzungen eine Vergütung von CHF 100 pro Mitglied gerechnet nach der Anzahl der Stadtratssitzungen vor.<sup>7</sup> In Burgdorf werden die Parlamentsmitglieder nur für die ordentlichen Stadtratssitzungen sowie zwei Informationsveranstaltungen entschädigt, für die Fraktionssitzungen sind keine Abgeltungen vorgesehen. In der Stadt Bern gibt es keine Abgeltung für die einzelnen Parlamentsmitglieder für die Teilnahme an Fraktionssitzungen. Hingegen erhalten die Fraktionen für ihre Aufwendungen eine Pauschalentschädigung, die sie nach eigenem Gutdünken verwenden können.<sup>8</sup>

Zusätzlich sehen die angefragten Gemeinden noch gewisse Pauschalentschädigungen oder Repräsentationszulagen für bestimmte Funktionen vor (z.B. Stadtratspräsident: in Thun, Mitglieder GPK und der Sozialkommission Biel und weitere).

#### c) Fazit

Bern, Biel und Thun sehen höhere Sitzungsgelder als Köniz vor, Burgdorf niedrigere. Insgesamt ergibt der Vergleich ein heterogenes Bild mit verschiedenartigen "Entschädigungspaketen". Eine explizite Entschädigung der Fraktionssitzungen sieht nur die Stadt Biel vor.

### 4. Vorschlag zur Erhöhung der bestehenden Sitzungsgelder

Im Motionsauftrag (Ziffer 1) sind als Optionen

- a) eine Erhöhung der bestehenden Sitzungsgelder; oder
- b) die Einführung eines zusätzlichen separaten Sitzungsgelds für Fraktionssitzungen aufgeführt.

Mit vorliegendem Antrag wird dem Parlament eine Erhöhung der bestehenden Sitzungsgelder (Option a) für die Mitglieder des Parlaments sowie der ständigen und nicht-ständigen Kommissionen für die Teilnahme an ihren Sitzungen von aktuell CHF 70 (Sitzungsleitung CHF 140) auf neu CHF 90 (Sitzungsleitung CHF 180, +28.6%) (Variante 1, Beilage 2) CHF 100 (Sitzungsleitung CHF 200, +42.9%) (Variante 2, Beilage 3) vorgeschlagen, mit folgender Begründung.

- Die vorgeschlagene Lösung ist einfach verständlich, nachvollziehbar und ohne zusätzlichen Verwaltungsaufwand (z.B. Nachweis Teilnahme Fraktionssitzungen) umsetzbar.
- Eine Erhöhung um knapp 30% (Variante 1) gut 40% (Variante 2) umfasst sowohl eine Pauschalentschädigung der Vorbereitungsarbeiten - wie z.B. die Teilnahme an Fraktionssitzungen - als auch den angefallenen Teuerungsausgleich (6.1% für die Sitzungsgelder für Parlaments- und Kommissionsmitglieder seit Inkrafttreten Behördenreglement am 1.1.2010, resp. 6,3% für die Sitzungsgelder der Präsidien seit der Teilrevision des Behördenreglements vom 16.9.2013, als die Höhe der Sitzungsgelder überprüft und als Resultat die Sitzungsgelder für die Präsidien erhöht wurden).
- Im Benchmark mit den vergleichbaren Gemeinde-/Stadtparlamenten im Kanton Bern ist das Gesamtpaket der Entschädigungen angemessen.
- Köniz kennt keine Pflicht zur Bildung von Fraktionen oder zur Abhaltung von Fraktionssitzungen. Es ist den Parlamentsmitgliedern überlassen, in welcher Form sie sich auf die Parlamentssitzungen vorbereiten. Es ist zudem möglich, dass gewählte Parlamentsmitglieder keiner Fraktion angehören.<sup>9</sup> Ein expliziter Anspruch auf Sitzungsgeld für die Teilnahme an Fraktionssitzungen könnte somit zu einer Ungleichbehandlung von Parlamentsmitgliedern führen. Die vorgeschlagene Lösung der Erhöhung der bestehenden Sitzungsgelder für Parlaments- und Kommissionssitzungen stellt somit sicher, dass nur reglementarisch vorgesehene Sitzungen entschädigt und dass alle Parlamentsmitglieder gleichbehandelt werden.

<sup>7</sup> [https://biel-bienne.tlex.ch/app/de/texts\\_of\\_law/1.5.1-1.2](https://biel-bienne.tlex.ch/app/de/texts_of_law/1.5.1-1.2)

<sup>8</sup> [https://stadtrecht.bern.ch/lexoverview-home/lex-151\\_21](https://stadtrecht.bern.ch/lexoverview-home/lex-151_21) Art. 12 Abs. 4 und 5, Geschäftsreglement des Stadtrats von Bern. Jeder Fraktion wird jährlich ein einheitlicher Unkostenbeitrag von 20 Sitzungsgeldern ausgerichtet. Zusätzlich erhält sie pro Jahr für jedes Fraktionsmitglied, maximal jedoch für acht Fraktionsmitglieder sechs Sitzungsgelder. 5 Mitglieder des Stadtrats, die keiner Fraktion angehören, erhalten einen jährlichen Unkostenbeitrag in der Höhe von sechs Sitzungsgeldern.

<sup>9</sup> Art. 18 Geschäftsreglement des Parlaments (GRP), Nr. 151.1: "Wenigstens drei Parlamentsmitglieder können sich zu einer Fraktion zusammenschliessen."

Obwohl dies in der Motion nicht explizit gefordert wird, schlägt der Gemeinderat gleichzeitig mit der Erhöhung der Sitzungsgelder für das Parlament und die Mitglieder von parlamentarischen Kommissionen (Art. 10 Absatz 2 Buchstabe a Behördenreglement) auch eine Erhöhung der Sitzungsgelder für die Mitglieder anderer Kommissionen gemäss Art. 10 Absatz 2 Buchstabe b (z.B. Einbürgerungskommission, Schulkommission, Kommission Wangental) vor, nämlich von aktuell CHF 50 auf neu CHF 65 (+30%) (Variante 1), bzw. CHF 70 (40 %) (Variante 2). Obwohl in diesen Kommissionen kein Zusatzaufwand für die Teilnahme an Fraktionssitzungen besteht, fallen auch für die Mitglieder dieser Kommissionen Vorbereitungsarbeiten sowie der Teuerungsausgleich an, so dass dem Gemeinderat eine analoge Erhöhung der Sitzungsgelder angemessen erscheint.

Die Reglementsänderung soll wie in der Motion gefordert auf den 1. Januar 2026 in Kraft treten (Beginn neue Legislatur).

## 5. Finanzen

Die aktuellen Kosten für die Sitzungsentschädigungen für Parlament und die parlamentarischen Kommissionen belaufen sich auf jährlich ca. CHF 75'000. Die Sitzungsentschädigungen für die Mitglieder anderer Kommissionen gemäss Art. 10 Absatz 2 Buchstabe belaufen sich auf jährlich ca. CHF 10'000. Die Reglementsänderung wird zu jährlichen Mehrkosten von Total ca. CHF 25'000 (Variante 1) respektive ca. CHF 35'000 (Variante 2) führen.

## 6. Zusammenarbeit mit dem Parlamentsbüro

Das Parlamentsbüro wurde bei der Ausarbeitung der Vorlage konsultiert. Der Gemeinderat hat dem Parlamentsbüro die oberwähnten 2 Varianten vorgeschlagen und diese an der Parlamentsbürositzung vom 18. Juni 2025 vorgestellt. In seiner Stellungnahme vom 25. Juni 2025 hat das Parlamentsbüro dem Gemeinderat empfohlen, dem Parlament die gemeinderätliche Variante 2 (+ca. 40%) sowie eine neue vom Parlamentsbüro vorgeschlagene Variante (+85%) vorzulegen (siehe Vorschlag und Begründung in Beilage 4).

Mit der vom Gemeinderat vorgeschlagenen Erhöhung der Sitzungsgelder für die nicht parlamentarischen Kommissionen gemäss Art. 10 Absatz 2 Buchstabe b (z.B. Einbürgerungskommission, Schulkommission, Kommission Wangental) ist das Parlamentsbüro im Grundsatz einverstanden. Das Büro schlägt aber vor, dass die Erhöhung nicht in gleichem Umfang ausfallen sollte wie für das Parlament, da der Aufwand für die Fraktionsarbeit wegfallen würde. Es sei aber mindestens die Teuerung auszugleichen. Das Büro überlasse es dem Ermessen des Gemeinderats, eine adäquate Erhöhung des Sitzungsgeldes vorzuschlagen.

Der Gemeinderat hat die Empfehlung des Büros an der Sitzung vom 13. August 2025 diskutiert und gestützt auf Art. 74 Abs. 2 des Geschäftsreglements des Parlaments beschlossen, dem Parlament die ursprünglich vorgeschlagenen beiden Varianten (+30% bzw. 40% sowie eine analoge Erhöhung für die übrigen Kommissionen) nebeneinander zur Abstimmung vorzulegen, aus folgenden Gründen:

- Mit den vorgeschlagenen Varianten Pauschalerhöhung von 30% oder 40% sind nach Ansicht des Gemeinderats sowohl der Teuerungsausgleich (+6,1%/6,3%) als auch ein angemessener zusätzlicher Beitrag für die Fraktionssitzungen abgegolten, ergänzend zu den in Kapitel 2 erwähnten Entschädigungen.
- Die vorgeschlagenen Varianten sind im Vergleich zu anderen Gemeinden angemessen. Eine Erhöhung der Sitzungsgelder um +85% wäre nach Ansicht des Gemeinderats unverhältnismässig.
- Die Kosten für das Parlament und die Kommissionen sind in den letzten Jahren kontinuierlich gestiegen.<sup>10</sup> Falls im Budget 2026 die Variante +85% aufgenommen würde, würden die Gesamtkosten für Parlament und Kommissionen im Vergleich zur Rechnung 2022 (CHF 338'220) um 38% steigen (CHF 467'448 Budget 2026 nach der 2. Lesung im Gemeinderat).
- Eine analoge Erhöhung der Sitzungsgelder für nicht-parlamentarische Kommissionen erscheint dem Gemeinderat angemessen. Deren Sitzungsgeld ist bereits aktuell um mehr als 25% tiefer festgelegt (CHF 50 vs. CHF 70). Der Gemeinderat geht davon aus, dass der Betrag für

<sup>10</sup> Total Kontogruppe 1000 Parlament und Kommissionen: Rechnung 2022 CHF 338'220, Rechnung 2023 CHF 397'218, Rechnung 2024 CHF 405'007, Budget 2025 CHF 398'902.

Sitzungsgelder für Mitglieder des Parlaments und parlamentarischer Kommissionen höher festgelegt wurde, weil damit auch Vorbereitungsarbeiten (wie z.B. Fraktionssitzungen) zumindest teilweise abgegolten werden sollten.

## Antrag

Der Gemeinderat beantragt dem Parlament, gestützt auf Art. 74 Abs. 2 des Geschäftsreglements des Parlaments, folgenden Beschluss zu fassen:

- 1a Variante 1: Die Änderung des Reglements über die Entschädigung und Nebenbeschäftigung der Mitglieder des Gemeinderats und über weitere Entschädigungen (Behördenreglement) wird gemäss vorgelegtem Entwurf Variante 1 (Erhöhung der Sitzungsgelder für Mitglieder des Parlaments und von Kommissionen um ca. 30%) beschlossen.
  - 1b Variante 2: Die Änderung des Reglements über die Entschädigung und Nebenbeschäftigung der Mitglieder des Gemeinderats und über weitere Entschädigungen (Behördenreglement) wird gemäss vorgelegtem Entwurf Variante 2 (Erhöhung der Sitzungsgelder für Mitglieder des Parlaments und von Kommissionen um ca. 40%) beschlossen.
1. Die Änderung tritt in der beschlossenen Variante am 1.1. 2026 in Kraft.

Köniz, 13. August 2025

Der Gemeinderat

## Beilagen

- 1) V2321 Motion, "Anpassung der Sitzungsgelder des Parlaments", Beantwortung des Gemeinderats vom 7. März 2024 und Parlamentsprotokollauszug vom 6. Mai 2024.
- 2) Änderung des Reglements über die Entschädigung und Nebenbeschäftigungen der Mitglieder des Gemeinderats und über weitere Entschädigungen (Behördenreglement), synoptische Darstellung mit Erläuterungen Variante 1 (Erhöhung der Sitzungsgelder für Mitglieder des Parlaments und von Kommissionen um ca. 30%)
- 3) Änderung des Reglements über die Entschädigung und Nebenbeschäftigungen der Mitglieder des Gemeinderats und über weitere Entschädigungen (Behördenreglement), synoptische Darstellung mit Erläuterungen Variante 2 (Erhöhung der Sitzungsgelder für Mitglieder des Parlaments und von Kommissionen um ca. 40%)
- 4) Stellungnahme des Parlamentsbüros vom 26. Juni 2025

## Diskussion

**Parlamentspräsident Casimir von Arx, GLP:** Damit kommen wir zum Traktandum 4, «Behördenreglement, Änderung - Erhöhung des Sitzungsgeldes des Parlaments und der Kommissionen». Das ist ein Beschluss. Zuständig ist die Direktion Präsidiales und Finanzen.

Die Sitzungsakten sind der Bericht und der Antrag des Gemeinderates, der Nachversand des Gemeinderates vom 27. Oktober mit zusätzlichen Informationen und die Tischvorlage mit einem Abänderungsantrag.

Wir gehen wie folgt vor: Zuerst hat das Parlamentsbüro als vorberatendes Gremium das Wort. Dann kommen wir zur allgemeinen Diskussion der Vorlage: Zuerst die Fraktionsvoten, dann die Einzelvoten und der Gemeinderat. Dann kommen wir zur Detailberatung, wieder mit Einzelvoten und Gemeinderat, danach kommen wir zur Abstimmung bzw. den Abstimmungen.



Mit Mail vom 27. Oktober habe ich euch informiert, dass Anträge zum Reglementsentswurf schriftlich vorliegen müssen. Beim Versand der Tischvorlage habe ich darum gebeten, dass die Abänderungsanträge zum Reglement in der Detailberatung besprochen werden. Das als Hinweis zum Ablauf.

Wie gesagt, wurde das Geschäft vom Parlamentsbüros vorberaten, darum gebe ich das Wort zuerst dem Vertreter des Parlamentsbüros, Reto Zbinden.

**Reto Zbinden, SVP:** Die heutige Vorlage geht auf die Motion V2321 zurück, die das Parlamentsbüro Ende 2023 eingereicht hat. Das Parlament hat diese Motion im Mai 2024 erheblich erklärt, mit dem Auftrag, die Sitzungsgelder so anzupassen, dass sie dem tatsächlichen Aufwand und der Realität unserer Parlamentsarbeit besser entsprechen. Unsere Parlamentsarbeit ist Milizarbeit, getragen von Menschen, die sich in ihrer Freizeit engagieren, Verantwortung übernehmen und einen wichtigen Beitrag zur politischen Kultur in unserer Gemeinde leisten. Niemand von uns übt das Amt wegen der Entschädigung aus und trotzdem soll sie angemessen, fair und nachvollziehbar sein. Sie ist Ausdruck von Wertschätzung für das Engagement, die Verantwortung und die Zeit, die wir investieren. Seit der Einführung des Behördenreglements im Jahr 2021 sind diese Sitzungsgelder unverändert geblieben. Die Ansätze wurden sogar aus dem Reglement über die Entschädigung der Behördenmitglieder vom 17. März 1997 übernommen. Sie sind also beinahe 30 Jahre alt.

In dieser Zeit hat sich die Arbeit im Parlament stark verändert: Die Dossiers sind umfangreicher geworden, die Themen komplexer und die Verantwortung grösser. Zu jeder Parlamentssitzung gehört viel mehr als nur die Sitzung selber: Aktenstudium, Vorbereitung der Voten, etwas ganz Wichtiges auch der Austausch mit der Bevölkerung und nicht zuletzt auch die Fraktionssitzungen, in denen wir die Geschäfte inhaltlich vorbereiten und abstimmen. Die Motion fordert, dass die Fraktionsarbeit künftig angemessen abgegolten wird. Eine eigentliche Entschädigung pro Fraktionssitzung hätte aber zu einem erheblichen bürokratischen Mehraufwand geführt, mit zusätzlicher Administration und Erfassungspflichten. Deshalb ist es deutlich einfacher und praxisnaher, diese Motionsforderung über eine Anpassung der allgemeinen Sitzungsgelder zu erfüllen. Und deshalb erfüllt die Variante 3 nach Ansicht des Parlamentsbüros diesen Motionsauftrag.

Das Parlamentsbüro hat sich mit der Einreichung der Motion auch mit den Antworten des Gemeinderates auseinandergesetzt. Die Antwort ist im Parlamentsbüro nicht gut angekommen. Die Art, wie darin über die Arbeit des Parlaments gesprochen wird, ist enttäuschend. Ein besonders unpassendes Argument ist der Hinweis auf den Gemeindebeitrag an die politischen Parteien. Das Argument ist sachfremd und greift völlig ins Leere. Die meisten Parteien in Köniz verfügen über sehr begrenzte finanzielle Mittel und bezahlen ihren Mandatsträgerinnen und Mandatsträgern keine Entschädigung. Ganz im Gegenteil, zumindest bei uns in der SVP ist es so, dass wir sogar einen Mandatsbeitrag an die Partei leisten, welchen man dann mit diesem ohnehin schon bescheidenen Sitzungsgeld zahlen muss. Wenn man dann noch einen anderen Vergleich über die Entschädigung des Parlaments mit den Löhnen des Gemeinderates miteinbezieht, dann sieht das noch einmal ganz anders aus.

Vor diesem Hintergrund habe ich persönlich die Antwort des Gemeinderates als Affront gegenüber dem Parlament empfunden, denn eines ist klar, auch mit der Anpassung bleibt die Entschädigung bescheiden, sie deckt den Aufwand nicht einmal ansatzweise ab. Sie ist in erster Linie ein kleines Zeichen der Anerkennung und Wertschätzung für die politische Arbeit, die wir hier leisten.

Das Parlamentsbüro hat die Vorlage sorgfältig geprüft. Wir haben festgestellt, dass die Unterlagen für den Entscheid unvollständig waren und haben deshalb den Gemeinderat gebeten, zusätzliche Informationen nachzuliefern, insbesondere zu den geltenden Ansätzen in vergleichbaren Gemeinden und zur Zusammensetzung der Entschädigung für weitere Kommissionen. Diese Informationen habt ihr inzwischen bekommen, dafür danken wir dem Gemeinderat herzlich. Auch das zeigt, dass die Sitzungsgelder in Köniz seit 1997 faktisch wirklich unverändert geblieben sind – also eben, 30 Jahre her.

Der Gemeinderat hat zwei Varianten zur Erhöhung vorgeschlagen, um 30 oder 40%. Das Parlamentsbüro hat sich schliesslich mehrheitlich für eine eigene Variante 3 ausgesprochen, die den Motionsauftrag nach Ansicht des Büros besser erfüllt. Die Variante 3 sieht vor: CHF 130 für die Parlaments- und Kommissionssitzungen, CHF 75 für andere Kommissionssitzungen und CHF 260 für die Sitzungsleitung. Damit wird der tatsächliche Aufwand realistischer abgebildet und die Fraktionsarbeit pauschal berücksichtigt. Die Diskrepanz zwischen Parlament und anderen Kommissionen besteht bereits heute und ist aufgrund der einleitend angesprochenen Aufwände nach Ansicht des Büros angemessen. Auch eine Anpassung der Entschädigung für Kommissionen erachten wir als angebracht. Sie leisten enorm viel, oft im Hintergrund. In den Kommissionen werden Geschäfte vertieft, Fragen geklärt und Grundlagen für gute und tragfähige Entscheidungen geschaffen. Diese Arbeit verdient die gleiche Wertschätzung, wie hier die Tätigkeit im Plenum.

Noch zur Einordnung: In Bern beläuft sich das Sitzungsgeld seit Anfang Jahr auf CHF 138 pro Sitzung. Dort ist zu beachten: Meistens sind es Doppelsitzungen pro Abend, also rund CHF 276 pro Abend und an einer weiteren Erhöhung wird bereits gearbeitet. In Biel gibt es auch meistens Doppelsitzungen mit Pause und Nachtessen, dort gibt es eine Entschädigung pro Abend von CHF 120. Burgdorf, dort ist das Sitzungsgeld tiefer, ich weiss jedoch, dass auch bereits dort an einer Anpassung gearbeitet wird und diese ein grosses Thema ist. Also: Köniz liegt selbst mit der Variante 3 nicht über dem kantonalen Schnitt, sondern im sachlich begründeten Mittelfeld. Im Unterschied zu beispielsweise Bern, ist bei diesem Vorschlag auch kein automatischer Teuerungsausgleich enthalten. Jede zukünftige Anpassung muss wieder politisch beschlossen werden. Das bedeutet, wenn wir jetzt heute nichts beschliessen, bleibt alles, wie es ist, und das möglicherweise für weitere 30 Jahre.

Ich weiss es und sage es ganz offen: Hier zu stehen - und das noch als SVPLer - und für eine Erhöhung der Sitzungsgelder einzustehen, ist nicht gerade sehr populär. Ich werde mir hier keine grossen Lorbeeren bei meinen Wählern holen. Doch es geht nicht um Selbstbedienung, sondern um ehrliche Wertschätzung und um Respekt gegenüber der Arbeit, die das Parlament leistet. Es gibt sicher auch Kolleginnen und Kollegen unter uns, die Hemmungen haben, hier einer Erhöhung zuzustimmen, von welcher sie selber betroffen sind, das ist nachvollziehbar und dennoch ist es richtig, auch offen, über die Realität zu reden. Wenn wir den Aufwand ehrlich berechnen, mit Aktenstudium, Fraktionssitzungen, Vorbereitung der Voten und der eigentlichen Sitzung, dann liegt unser aktueller Stundenlohn bei unter CHF 5. Mit der Anpassung nach Variante 3 wären wir immer noch unter 10 Franken. Das ist nun wirklich kein übertriebener Ansatz, sondern schlicht angemessen für ein Parlament, das eine grosse Verantwortung für die Gemeinde trägt.

Ich komme zu den Abstimmungsergebnissen im Parlamentsbüro: Das Parlamentsbüro beantragt euch, die Variante 3, also die Ziffer 1 c), anzunehmen. Das Abstimmungsergebnis war 1 Stimme für die Variante 1 a), Variante 1. 0 Stimmen für 1 b), Variante 2. 3 Stimmen für die Variante 1 c), Variante 3 und eine Enthaltung. In der Abstimmung über die favorisierte Variante haben 3 Mitglieder dafür gestimmt und 2 dagegen.

Zudem empfiehlt das Parlamentsbüro auch der Ziffer 2 des Gemeinderatsantrags zuzustimmen, damit die Änderung per 1. Januar 2026 in Kraft treten kann – das mit 4 Ja-Stimmen und einer Ablehnung.

Das Parlamentsbüro ist überzeugt, dass Variante 3 die richtige Balance findet. Sie ist sachlich begründet, finanziell tragbar und zeigt, dass die Milizarbeit ernst genommen wird. Zudem erfüllt nur die Variante 3 die Zielsetzung der Motion, nämlich die angemessene Abgeltung der ganzen Parlamentsarbeit inklusive Fraktion.

Ich bitte euch im Namen des Parlamentsbüros, stimmt der Variante 3, Ziffer 1 c) zu, unterstützt Ziffer 2, damit die neue Regelung auf die neue Legislatur in Kraft treten kann, das ist nämlich der ideale Zeitpunkt dafür. Mit dieser Entscheidung sorgen wir dafür, dass die Entschädigung unserer Arbeit wieder in einem vernünftigen Verhältnis zum Aufwand steht und dass Milizarbeit, Fraktionsarbeit und Kommissionsarbeit ein bisschen mehr Wertschätzung bekommen. Das hat sie nämlich verdient. Merci vielmals für die Unterstützung.

**Parlamentspräsident Casimir von Arx, GLP:** Frage an den Gemeinderat: Gibt es neue Erkenntnisse oder Ergänzungen zum schriftlichen Bericht? Keine. Wird das Eintreten auf das Geschäft bestritten? Das ist nicht der Fall. Dann kommen wir zur allgemeinen Diskussion der Vorlage. Gibt es Voten aus den Fraktionen?

**Fraktionssprecher EVP-GLP-Mitte, Roland Akeret, GLP:** Ja Reto, jetzt wird es fast etwas schwierig, noch etwas Neues zu erzählen. Also vorab danke ich dem Gemeinderat und der Verwaltung im Namen der EVP-GLP-Mitte-Fraktion für die Ausarbeitung des vorliegenden Antrags.

Es wurde gesagt: Die heutige Entschädigung stammt aus dem Jahr 1997 und es wurde auch gesagt, die Arbeit für jedes von uns hier hat deutlich zugenommen.

Wir haben eine Milchbüchleinrechnung gemacht:

- Aktenstudium: 3 Stunden pro Sitzung
- Fraktionssitzung: 3 Stunden
- Parlamentssitzung: 4 Stunden mit Anfahrt, aber ohne Apéro.

Ja, das gibt rund 10 Stunden pro Sitzung, für eine Entschädigung von CHF 7 Franken. Wir kamen auf CHF 7 pro Stunde und damit sind auch alle persönlichen Ausgaben dieses Amtes abgeholt und je nachdem ist vielleicht sogar noch ein Kind zu Hause, das man hüten sollte und dann braucht es einen Kinderhütedienst. Ich weiss selbst, was das kostet und für diejenigen, die wenig verdienen, könnte das

ein Problem werden. Nicht enthalten in dieser ganzen Geschichte sind das Schreiben von Vorstössen und die ganzen Abklärungen dazu.

Das Parlamentsbüro schlägt uns eine Erhöhung um 85% vor. Das klingt nach viel und ja, wir haben es auch schon gehört, der Gemeinderat nennt das unverhältnismässig. Verglichen mit der Rechnung 2022 würden die Ausgaben um 38% auf knapp CHF 470'000 steigen. Dieser Vergleich ist unserer Meinung nach irreführend. Diese unkommentierte Zahl verschweigt nämlich die Tatsache, dass in diesen 38% die Mehrkosten für die personelle Stärkung der Fachstelle Parlament mitenthalten sind und das ist sachfremd. Deshalb haben wir noch einmal nachgefragt: Die Erhöhung dieser 85% würde einen Kostenzuwachs bei den Entschädigungen für unsere Parlamentsmitglieder von CHF 63'750 zur Folge haben. Oder anders gesagt: 0,025% des Gemeindebudgets. Warum der Gemeinderat die 22er Zahl als Vergleich genommen hat und nicht jene vom Budget 2025, bei welchem CHF 400'000 enthalten sind, warum er nicht diese als Referenz genommen hat, das kann er uns vielleicht noch sagen.

Wir sind am gleichen Ort hängen geblieben, wie Reto bereits gesagt hat: Diese Qualifizierung als unverhältnismässig durch den Gemeinderat. Ja, das war auch für uns störend und zwar aus dem genau gleichen Grund, denn der Gemeinderat selbst ist für kanton-bernischen Verhältnisse sehr gut entlohnt. Das von der Stadt Bern haben wir gehört, dass diese deutlich mehr verdienen - oder von «verdient» oder von einem «Lohn» kann man da eigentlich nicht sprechen – aber pro Abend deutlich besser entschädigt wird, nämlich mit CHF 276. Und mit diesen 85% würden wir uns auf dem Niveau von Thun bewegen. Und Thun ist in etwa vergleichbar, denke ich, mit uns.

Laut Fazit aus Sicht der EVP-GLP-Mittelfraktion ist die vom Parlamentsbüro vorgelegte Erhöhung angemessen und fair. Sie berücksichtigt einen Teil der Teuerung und neu auch den Aufwand für die Fraktionssitzung und genau das hatten wir als Parlament auch bestellt. Mit dieser Erhöhung kann das Parlamentsmandat auch für Wenigverdienende finanziell tragbarer werden und trägt dazu bei, die Vielfalt im Parlament zu vergrössern. Wir sind der Meinung, dass die vorgeschlagene Erhöhung eine Investition in unsere Demokratie ist und auch das Parlament als Institution stärkt.

**Fraktionssprecher Grüne/Junge Grüne, Lukas Erni, Grüne:** Wer bekommt heute hohe Entschädigungen? Es sind Banker, es sind Manager, es sind Anwält:innen und es sind Ärzte, Menschen mit mehr oder weniger grosser Verantwortung und mehr oder weniger grossen, komplexen Aufgaben. Obwohl in dieser Entschädigung, der entstandene Schaden der Entschädigung ja nicht bei allen Berufsgruppen gleichermassen gegeben ist.

Und jetzt eben: Auch wir tragen Verantwortung. Wir treffen Entscheidungen mit Folgen für über 44'000 Künzlerinnen und Künzler. Wägen ab, lesen Akten, hören zu und argumentieren und ja, manchmal streiten wir auch. Wenn also Verantwortung, Aufwand und Verlässlichkeit gute Argumente für eine faire Entschädigung sind, dann sollte sie auch für Milizpolitikerinnen und Milizpolitiker gelten. De facto, wir haben es zuvor schon einige Male gehört, sind die Sitzungsgelder des Künzler Parlaments seit 1997 nicht mehr angepasst worden.

In dieser Zeit hat sich nicht nur die Teuerung verändert und die Teuerung sich vor allem aufsummiert, sondern auch der Aufwand sich deutlich erhöht. Zu jeder Parlamentssitzung - auch das haben wir zuvor bereits gehört - gehören Aktenstudium, Fraktionsarbeit, Gespräche und Kommissionssitzungen. Der Aufwand ist gross. Wer neben Beruf und Familie oder ehrenamtlichem Engagement heute Abend trotzdem hier sitzt, weiss das. Die vorgeschlagene Erhöhung um 30, 40 oder 85% ist nicht eine Selbstbereicherung für uns Parlamentarier. Es ist weit davon entfernt, von einem «Verdienst» zu sprechen, auch wenn wir durchaus einer Sache dienen. Es geht um Wertschätzung, nicht um Einkommen, um eine faire Würdigung von Zeit und Engagement. Diese Anpassung ist längst überfällig und sie bleibt im Verhältnis bescheiden und symbolisch. Die heutigen Sitzungsgelder sind zu tief, da sind wir uns, glaube ich, ziemlich einig. Wer zum Beispiel auch Kinderbetreuung organisieren muss, der legt die Regel drauf.

Und wir können uns hier schon mit anderen Gemeinden wie Burgdorf oder Biel vergleichen, aber auch diese haben zu tiefe Ansätze und wir möchten uns deshalb eher an Bern orientieren. Und drei Varianten zur Erhöhung liegen uns vor: 30, 40 oder ungefähr 85%. Und ja, es fühlt sich oft vernünftig an, sich für die mittlere Variante zu entscheiden. Das ist ein guter Kompromiss, ein gutes Bauchgefühl. Erhöhen ja, aber nicht gerade um 85%. Doch genau hier liegt eben die Falle: Die Mitte ist - im Gegensatz zur Partei - in diesem Fall kein Qualitätsmerkmal, sondern eher ein Reflex. In der Verhaltenspsychologie wird das als Kompromisseffekt bezeichnet. Ganz nach dem Credo, nichts ist so irrational, wie die Überzeugung rational zu sein. Im Wissen, dass die Ansätze zu den Sitzungsgeldern in den nächsten Jahren ganz sicher nicht mehr angefasst werden, finden wir: Wenn, dann richtig.

Variante 3 ist mit 85% die inhaltlich korrekte Umsetzung der Motion. Sie bildet die Vorbereitung, die Fraktionsarbeit und die Sitzung realistisch ab. Sie ist ein Zeichen der Wertschätzung und ein kleiner

Beitrag zur Gleichbehandlung der Verantwortung, und zwar unabhängig davon, ob in einem Verwaltungsrat oder in einem Parlament.

**Fraktionssprecherin SP/JUSO, Brigitte Rohrbach, SP Frauen:** Auch im Namen der SP/JUSO-Fraktion danken wir dem Gemeinderat und der Verwaltung für die Ausarbeitung des vorliegenden Antrags. Wir reden heute Abend über die Erhöhung der Sitzungsgelder des Parlaments und der Kommissionen. Beim vorliegenden Geschäft handelt es sich um ein relativ emotionales Thema. Es ist in unserer Fraktion auch sehr kontrovers diskutiert worden. Alle drei Varianten finden bei uns ihre Sympathien. Einig sind wir uns darin, dass die Arbeit im Parlament angemessen abgegolten werden muss. Doch was heisst jetzt angemessen? Ist das eine Erhöhung um 30, 40 oder gar 85%? Soll eine Entschädigung der Teuerung analog eines Lohnes ausgeglichen werden? Wir sind uns auch einig, dass eine Entschädigung pro Fraktionssitzung und der damit verbundene bürokratische Mehraufwand nicht sinnvoll wären. Von daher begrüssen wir den Ansatz der prozentualen Erhöhung der Beiträge.

Wir sind aber auch der Meinung, dass die prozentuale Erhöhung bei allen Entschädigungen, also auch für die nicht parlamentarischen Kommissionen, gleichermassen erfolgen sollte. Der Gemeinderat schlägt uns zwei Varianten mit einer Erhöhung von 30 und 40% vor. Der Unterschied zwischen diesen beiden Varianten sehen wir nicht. Uns erschliesst sich nicht, warum der Gemeinderat diese zwei Varianten zur Auswahl stellt. Es geht auch nicht aus der Begründung im Parlamentsantrag hervor. Aus unserer Sicht hätte es hier keine Auswahl des Gemeinderates gebraucht.

Eine Mehrheit unserer Fraktion spricht sich für eine Erhöhung von 40% aus. Diese Variante sieht eine Erhöhung von heute CHF 70 auf CHF 100 und für Sitzungsleitungen von CHF 140 auf CHF 200 beim Parlament vor. Für die nichtparlamentarischen Kommissionen wird eine Erhöhung von CHF 50 auf CHF 70 vorgeschlagen. Diese Erhöhungen erscheinen uns massvoll und eben auch angemessen. Wir sind der Meinung, dass nach all diesen Jahren eine Erhöhung effektiv überfällig ist.

Sie sollte aber in einem Rahmen liegen, der auch gegenüber der Bevölkerung vertretbar ist. Wir diskutieren hier vor allem in den Budgetdebatten immer wieder über Kostenreduktionen und Kostenfokus. Aus diesem Grund sind wir es der Bevölkerung schuldig, auch bei uns selber genau hinzuschauen und uns zu fragen, was wir mit einer Erhöhung von über 40% für ein Zeichen gegen aussen senden. Wollen wir wirklich den Eindruck erwecken, dass wir überall den Rotstift ansetzen, nur nicht bei uns selber? Auch mit einer Erhöhung von 40% kann die Wertschätzung gegenüber der Arbeit, die das Parlament leistet, zum Ausdruck gebracht werden. Wir sind auch der Meinung, dass es hier um eine Entschädigung und nicht um einen Lohn handelt. Deshalb muss unserer Ansicht nach die Teuerung auch nicht 1 zu 1 ausgeglichen werden.

Im vorliegenden Fall mit einer Erhöhung um 40% wäre die Teuerung von ca. 18% seit 1997 ausgeglichen und auch eine Erhöhung für die Abgeltung der Fraktionssitzung enthalten. Einen Vergleich mit den Löhnen des Gemeinderates finden wir unpassend und aus der Luft gegriffen. Die vorgeschlagene Änderung des Parlamentsbüros sieht eine Erhöhung auf CHF 130 für das Parlament und auf CHF 75 für nichtparlamentarische Kommissionen vor.

Das Argument, das auch in unserer Fraktion vorgebracht worden ist, ist die Vereinbarkeit der parlamentarischen Arbeit mit dem Familienleben. Lustigerweise ist das irgendwie überall thematisiert worden. Eine Minderheit vertritt die Meinung, dass jede Person ein solches Amt ausführen sollte, ohne dass man dafür draufzahlen muss. Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass wir von der SP/JUSO-Fraktion zu keiner einheitlichen Meinung gekommen sind. Jedes Mitglied unserer Fraktion gewichtet die Argumente anders. Aus diesem Grund haben wir für das vorliegende Traktandum Stimmfreigabe beschlossen.

Der Abschreibung im nächsten Traktandum stimmen wir einstimmig zu.

**Fraktionssprecher FDP, Mark Kobel, FDP:** Ich danke auch im Namen der FDP. Die Liberalen, dem Gemeinderat für die sehr ausführliche und umsichtige Erarbeitung von einfachen Varianten bei der Erhöhung der Sitzungsgelder des Parlaments und der Kommissionen. Bereits im Mai 2024 durfte ich hier das Votum für die Fraktion FDP an gleicher Stelle halten. Gerne bekräftige ich unsere Meinung von damals noch einmal klar und deutlich: Das gesamte Anliegen zur Erhöhung der Sitzungsgelder wird von unserer Fraktion auf der ganzen Linie abgelehnt.

Für diese Ablehnung gibt es sicher mehrere Gründe: Wir haben alle bereits vor dem Antritt unseres Mandats als Parlamentarierinnen und Parlamentarier von Köniz gewusst, was uns hier erwartet, auch wenn wir hier gelegentlich von Entscheidungen und Argumenten überrascht werden, so ist und war es, dass wir alle gewusst haben, wie die Entgeltung des Mandats ist und das war bereits im Voraus klar. Unser «Ja» zum Könizer Parlament, zu dieser aktiven Teilnahme am politischen Leben in der Gemeinde, ist ein Mandat, in welchem etwas geleistet werden muss und nicht ein Mandat, bei dem man

etwas verdienen muss. Ich möchte hier niemandem zu nahe treten. Auch ich kenne heute den notwendigen Aufwand und dieser ist von vielen Kollegen bereits ziemlich klar genannt worden. Es ist schwierig, das aktiv bewältigen zu können, aber es ist auch sehr gewinnend. Unsere Aufgaben sind umfangreich, zeitintensiv und komplex, aber auch spannend.

Die Entschädigung, die wir hier erhalten, deckt den Aufwand nicht, das ist aber von Anfang an klar und - ich wiederhole mich - ist auch nicht das Ziel. Mit der heutigen angespannten und nach wie vor instabile Finanzlage der Gemeinde und der allgemein sozialen wirtschaftlichen Lage, ist eine Erhöhung speziell auch gegenüber der Bevölkerung von Köniz einfach noch nicht angemessen. Eine Erhöhung zum jetzigen Zeitpunkt, egal in welcher Höhe, erscheint uns aktuell so ein bisschen wie eine Selbstbedienung der Politiker am Geldtopf von Köniz. Wir sind überzeugt, dass das ein schlechtes Zeichen ist und auch ein bisschen den Vorbildcharakter von uns allen vermissen lässt. Auch «kleine» Beiträge, die man sparen kann, sind für das Budget und die Rechnung im Köniz aktuell immer noch relevant. Deshalb fordern wir euch auf, sowohl die Variante 1, 2, 3 abzulehnen und unter Punkt 2 eine Änderung zu verwerfen.

Die Erhöhung der Sitzungsgelder im Parlament ist aktuell einfach im Spannungsfeld von Personalmangel in öffentlichen Ämtern und Funktionen, den fehlenden Personen bei der freiwilligen Arbeit, aber auch den zu wenigen Aktiven in den Vereinen ein ganz schlechtes Signal gegenüber unserer Bevölkerung. Das geht nicht. In dem Sinn lehnt die FDP. Die Liberalen, diese Änderung des Behördenreglements ab. Und stimmt dem Antrag des Gemeinderates nicht zu.

**Fraktionssprecher SVP, Roland Hofer, SVP:** Die SVP-Fraktion dankt dem Gemeinderat für die doch etwas bedenkliche Antwort.

Wenn man schaut, welche Löhne die anderen Gemeinden und Städte in der Nähe dem Parlament und dem Gemeinderat bezahlen, dann haben wir hier schon ein bisschen einen Hungerlohn - und das eben schon seit 30 Jahren. Mein Vater zum Beispiel, wurde 2003 auch in dieses Parlament gewählt und ich habe ihn heute gefragt, was er damals verdient hat. CHF 70. Also, damit sind diese 30 Jahre vielleicht etwas näher. Beim Gemeinderat sieht das etwas anders aus: Dort ist der grössere Lohn, aber diese haben auch etwas mehr zu tun und dann dürfen sie auch etwas mehr verdienen.

Der Aufwand – es wurde heute Abend bereits gesagt – dieser ist riesig. Ich selber merke es auch, wenn ich auf dem Feld draussen bin, in Schliern, da kommen so viele Leute zu mir und da geht es nicht immer ums Bauern oder sonst etwas, sondern es geht meistens um die Politik. Doch das mache ich gerne. Doch der Aufwand für die Sitzungen, eben die Voten zu schreiben, die Parlamentssitzung selbst, das hat zugenommen.

Die SVP-Fraktion stimmt der Variante 3 grossmehrheitlich zu.

**David Müller, Grüne:** Ich möchte noch zwei Sachen zum Votum der SP und zum Votum der FDP sagen.

Einerseits ist bei der SP gefallen, dass die Parlamentsarbeit kein Lohn ist, den man hier bekommt. Also ich weiss nicht, ich habe noch einmal nachgeschaut, aber auch mit der Variante 3 wäre es noch bei weitem kein Lohn, auch nicht, wenn man sich am Mindestlohn orientiert, den die SP meistens ja auch unterstützt. Und der 2. Punkt wegen der Argumentation gegenüber der Bevölkerung: Wir haben jetzt sehr viel über die prozentuale Änderung gesprochen, aber das ist vielleicht der falsche Fokus, wenn man es gegenüber der Bevölkerung erklärt. Denn angenommen, wir bekommen bis jetzt nichts, wäre eine Erhöhung um 1000% immer noch nichts. Und dementsprechend, wenn wir bei einem tiefen Betrag starten, resultiert eine Erhöhung von 85% nicht in einem riesigen Betrag.

Dann noch zur FDP: Dort war ein Argument, wir hätten ja gewusst, wie hoch die Entschädigung ist, als wir zur Wahl angetreten sind. Das stimmt, aber, wenn wir hier im Saal herumschauen, würde ich jetzt einmal gewagt behaupten, es könnte noch ein bisschen mehr Diversität vertragen. Dann war noch ein weiterer Punkt der FDP, dass es nach Selbstbedienung aussehe. In meinen Augen ist das eher ein Scheinargument, denn es ist einfach institutionell so geregelt: Das Parlament entscheidet, sprich, wenn man irgendwann etwas daran ändern will, müssen wir es sein, ob man will oder nicht, das ist der politische Prozess und nach dem leben wir.

**Janka Hamm, SP Frauen:** Ich spreche hier für eine Minderheit der SP-Fraktion - wir sind zu zweit, welche den Antrag des Parlamentsbüros auf Erhöhung der Entschädigung auf CHF 130 unterstützen. Köniz liegt im Vergleich zu anderen Städten deutlich zurück. Es wurde jetzt bereits einige Male gesagt, ich erwähne es trotzdem noch einmal: Bern bezahlt CHF 138, Thun CHF 150 und Biel sogar bis zu CHF 185 pro Sitzung, wenn man auch die direkt abgegoltene Vorarbeit dazu zählt, so wie das der vorliegende Vorstoss ebenfalls verlangt.

Seit 1997 wurde die Teuerung nicht ausgeglichen. Alleine dieser Nachholbedarf rechtfertigt bereits einen grossen Teil der vorgeschlagenen Erhöhung. Uns ist bewusst: Ein Teuerungsausgleich ist nicht rechtlich verankert, aber ganz ausser Acht lassen, das kann man ihn trotzdem nicht.

Die Entschädigung soll eine echte Entschädigung sein, keine symbolische Anerkennung. Ansonsten könnten wir hier nämlich auch einfach nach der Parlamentssitzung einen Blumenstrauss oder eine Tafel Schokolade fassen und uns glücklich und zufrieden damit auf den Heimweg machen. Wer sich hier engagiert, soll nicht am Ende noch draufzahlen müssen. Gerade für Eltern oder Menschen ohne familiäre Unterstützung bedeuten die zahlreichen Abendtermine für Vorfraktion, Fraktion, Parlament oder Kommissionssitzungen zusätzliche Kosten, zum Beispiel für die Kinderbetreuung. Es kann nicht sein, dass jemand für sein Engagement zahlen muss, um sich politisch beteiligen zu können. Zudem soll das Parlament die ganze Bevölkerung abbilden, auch Menschen mit tiefen Einkommen müssen sich ein Engagement leisten können. Wenn finanzielle Hürden zu hoch sind, fehlen genau diese Stimmen, die in unserer Gesellschaft sowieso bereits wenig oder zu wenig Gewicht haben.

Die Vergangenheit zeigt, dass die Sitzungsgelder in Köniz kaum je angepasst wurden – also seit 1997 oder anders gesagt, seit 28 Jahren nicht mehr. Das ist viel seltener als in anderen Gemeinden. Gerade deshalb ist es jetzt nötig, diese Entschädigung wieder einmal zu justieren und an die jetzige Realität anzupassen. CHF 130 Franken sind fair, zeitgemäss und ein Zeichen der Wertschätzung für das Engagement aller Parlamentsmitglieder. Sie stärken das Milizsystem und sichern, dass unser Parlament vielfältig und repräsentativ bleibt.

**Jutta Gubler, SP Frauen:** Ich halte ein Einzelvotum. Aus drei Gründen bin ich gegen eine Erhöhung der Sitzungsgelder um 85%:

- Erstens sind wir alle zusammen mit der Erwartung gewählt, das Gemeinwohl vor den Eigennutz zu stellen. In der Präambel unserer Gemeindeverordnung kommt das ganz klar zum Ausdruck.
- Zweitens haben wir alle das Privileg, im Parlament und in den Kommissionen die Zukunft unserer Gemeinde mitzugestalten - zum Wohl unserer Bevölkerung. Und unser Mandat ist in meinen Augen keine Arbeit, die einen Lohn verdient, auch wenn wir unbestritten viel Zeit verdienen und unsere Wertschätzung bekommen wir von der Bevölkerung.
- Drittens irritiert es mich, dass doch einige Parteien ihre eigene Entschädigung maximal erhöhen wollen, die sonst gleichzeitig die Ausgaben der Gemeinde möglichst tief halten wollen, ist das nicht ein Widerspruch?

Ich bin nicht gegen eine angemessene Entschädigung für die Parlaments- und Kommissionsmitglieder. Ich stelle mich auch nicht gegen eine moderate Anpassung, wie es der Gemeinderat vorgeschlagen hat. Doch die Variante 3 des Parlamentsbüros bedeutet im Vergleich zu heute fast doppelt so hohe Sitzungsgelder für die Parlamentsmitglieder, das kann ich klar nicht unterstützen.

**Lukas Erni, Grüne:** Ich verstehe, wie verlockend es ist, sich dieser Mitte von 40% anzunähern, aber ich möchte gerne noch einmal auf David zurückkommen, der das zuvor angesprochen hat: Die prozentuale relative Erhöhung ist vielleicht der falsche Fokus. Wir müssen nämlich wirklich überlegen, wie viel ist die Arbeit auch wert und ich finde eben nicht, dass wir uns hier selbst bereichern, denn ich finde, wir versuchen uns auch für die arbeitende Bevölkerung einzusetzen und wir sollten auch schauen, dass dann auch wirklich diese Leute, hier vertreten sind und dass sie das auch können, dass sie auch die Möglichkeit haben.

Und ich würde gerne noch eine Rückfrage an die FDP-Fraktion stellen: Und zwar habt ihr gesagt, ihr seid gegen die Erhöhung von Sitzungsgeldern. Ich hatte den Eindruck, ihr seid sogar gegen Sitzungsgelder. Ich frage mich, wieso braucht es dann überhaupt Sitzungsgelder? Könnt ihr vielleicht dazu etwas sagen? Und mich würde es auch interessieren, ob ihr das bei der Feuerwehr auch so seht? Feuerwehrgeld. Und ob das quasi auch ein Dienst an der Öffentlichkeit ist und dass man da kein Geld dafür braucht oder wie das in euren Augen funktioniert.

Vorbildcharakter zeigt sich ja nicht nur in der Entschädigung, die wir uns geben oder welche wir uns nun mal geben müssen, weil wir nun mal das Gefäss sind, welches das macht, sondern eben auch, wie wir unseren Job machen und wie wir hier arbeiten und vor allem wie wir zusammenarbeiten. Und ich finde, das hat viel mehr Vorbildcharakter, als das was im Reglement drinsteht.

**Parlamentspräsident Casimir von Arx, GLP:** Gibt es noch weitere Einzelvoten aus dem Parlament? Das scheint nicht der Fall zu sein. Wünscht der Gemeinderat das Wort?

**Gemeindepräsidentin Tanja Bauer, SP:** Guten Abend miteinander, ich habe jetzt die dankbare Aufgabe, euch hier etwas dazu zu sagen und ich möchte euch zuallererst einmal sagen: Danke vielmals für euer Engagement, welches ihr hier im Milizamt macht. Es ist unbestritten, dass das viel Aufwand ist und dass ihr das mit Herzblut macht und die Wertschätzung will ich euch sehr gerne hier am Anfang geben, denn ich habe das oft gehört in den Voten, es geht auch um Wertschätzung und das kann ich verstehen.

Es ist nicht einfach in einem Parlament, wo man manchmal sogar zweimal pro Monat, vielleicht noch plus eine Kommissionssitzung am Abend, hierher kommt. Das muss man nebst dem anderen Leben, wo man vielleicht neben einem Job auch noch Familie hat oder Aufgaben im Ehrenamt oder wo man Angehörige betreut, noch durchbringen muss und das verdient auf jeden Fall unsere Wertschätzung.

Vielleicht ist es auch nicht ganz so brisant, wie man jetzt den Eindruck hätte bekommen können, wenn man euch zuhört, aber es ist eine spezielle Situation, das hat man gehört und ich glaube, das liegt daran, dass ihr das einzige Gremium seid, das sich die Entschädigung selbst festlegen kann. Also das ist bei den anderen Gremien in der Gemeinde nicht so, da kann nicht das Gremium sich selbst einen Lohn oder eine Entschädigung festlegen. Und dann verstehe ich auch, dass ihr darum ringt, was jetzt hier der richtige Weg ist und das ist ja eigentlich auch sehr sachlich und sehr gut und dass da nicht alle die gleiche Meinung haben, das finde ich eigentlich auch noch logisch.

Wir hatten die schwierige Aufgabe, euch eine angemessene Entschädigung vorzuschlagen. Und zwar möchte ich gerne daran erinnern, dass der Gemeinderat auf diesen Vorstoss geantwortet hat, dass es so ist, dass diese Entschädigung schon lange nicht mehr erhöht wurde, dass sie im Vergleich eher tief ist und er sich positiv zu einer Erhöhung geäußert hat. Also falls das im Eifer des Gefechts vergessen gegangen wäre, dies noch einmal zur Erinnerung. Es war also durchaus nicht irgendeine Verweigerung, hier in eurem Sinn zu arbeiten. Und als ihr dies dann auch überwiesen habt, haben wir uns auch daran gemacht, zu überlegen, was angemessen ist. Und wir haben nicht überlegt, wie wir euch maximal ärgern können, sondern wir haben das gemacht wie in anderen Bereichen auch. Wir haben alles angeschaut, wir haben zum Beispiel angeschaut – das haben wir denn noch transparent gemacht – wie das in anderen Städten oder Gemeinden zusammengesetzt ist. Das ist eben noch schwierig zu vergleichen, das habt ihr selbst auch gemerkt, es ist überall ein bisschen anders und vielleicht eine kleine Seitenbemerkung: Sonst schauen wir ja auch nicht gerne auf die anderen Gemeinden, das muss man halt vielleicht immer ein bisschen gleich handhaben.

Aber auf jeden Fall haben wir gesehen, da gibt es eine Bandbreite und da werden unterschiedliche Zahlungen ausbezahlt und das haben wir sicher einmal in Betracht gezogen. Und danach haben wir auch geschaut, was die Gesamterhöhungen in den letzten Jahren waren und haben aus dem heraus abgeleitet, wie die Preissteigerung im Rahmen eines Könizer Modells sein könnte. Wir wollten aber, dass ihr eine Auswahl habt und wir wollten euch Wahlmöglichkeiten lassen und deshalb haben wir – ja, vielleicht ein bisschen willkürlich – einfach 30% und 40% vorgeschlagen, um zu sagen, dann kann man auch ein bisschen herauslesen und schauen, was einen besser dünkt. Aber am Schluss ist wichtig: Ihr entscheidet. Das ist von Anfang an klar gewesen, ihr habt die Möglichkeit. Ihr habt sogar die Möglichkeit, eine dritte Variante ins Spiel zu bringen, also es liegt wirklich ganz bei euch.

Etwas, das ich allerdings schwierig finde und jetzt überhaupt nicht diskutiert worden ist und was der Gemeinderat zugegebenermassen selbst aufgenommen hat und was nicht im ursprünglichen Auftrag gewesen ist, das sind die anderen Kommissionen, jene Kommissionen, die nicht zum Parlament gehören. Und dort haben wir eben auch gesehen, dass die Entschädigung sehr tief ist, noch tiefer, und auch nicht erhöht worden ist. Und unser Vorschlag war, dass man diese gleich erhöht, also um gleich viele Prozente, wie auch für das Parlament. Das wurde jetzt zwar nicht erwähnt, aber ihr seht in der Variante, welche neu dazugekommen ist, dass diese Erhöhung weniger stark ausfallen soll und das empfinde zumindest ich ein bisschen speziell, denn wie gesagt, ihr habt ja auch eine gewisse Verantwortung für die anderen Entschädigungen. Das möchte ich einfach noch zu bedenken geben.

Jetzt wurden einige Themen aufgebracht, die ich gerne noch beantworte: Es wurde gefragt, warum man da auch die Kosten für den Betrieb aufgenommen hat, denn es hat ja nichts damit zu tun, dass man das Parlamentssekretariat professionalisiert hat. Ja, das heisst ja nicht, dass eure Entschädigung nicht ein Thema sein darf, aber es ist tatsächlich so, in den vergangenen Jahren ist jährlich etwas dazu gekommen. Das ist auch nicht nur falsch, Köniz ist gewachsen, ist eine grosse Gemeinde, man hat Gründe, warum man auch den Betrieb professionalisiert - so wie übrigens auch viele andere Bereiche in der Verwaltung. Das ist manchmal einfach nötig, weil man die Schwelle erreicht hat, aber das beziehen wir auch bei den anderen Bereichen in eine Gesamtbetrachtung mit ein, also man muss immer ein bisschen alles anschauen. Und deshalb haben wir das einfach der Transparenz halber ausgewiesen.

Wieso haben wir nicht das Budget 2025 oder 2024 als Referenz genutzt? Ja eben, weil wir auch zeigen wollten, dass es eine jährliche Zunahme war – immer wieder aus verschiedenen Gründen. Es ist einfach

aufgefallen, wenn man die Gelder angeschaut hat, aber noch einmal: Ihr entscheidet ja am Schluss, wie hoch ihr eure Entschädigung anlegen wollt.

Dann ist es immer wieder vorgekommen - vielleicht nicht extra oder mehr oder weniger extra - es ist um einen «Lohn» für das Parlament gegangen, es ist sogar ein Stundenlohn ausgerechnet worden. Doch es ist eben eine «Entschädigung», es ist für ein Milizamt. Daher darf man nicht ganz mit einem Stundenlohn für eine Arbeit vergleichen, das würde ich hier einfach gerne noch einmal sagen. Es gibt heute Abend noch Themen über den Lohn und zwar über den Lohn der Verwaltungsangestellten, das ist dann zwei Traktanden später, dort geht es wirklich um Löhne, von denen auch Familien leben. Hier geht es um eine Entschädigung für ein wichtiges Milizamt und da darf man unterschiedlicher Meinung sein, wie viel diese sein soll, aber es ist nicht ein Lohn, von dem man lebt, das ist ein kleiner Unterschied.

Ich möchte am Schluss zusammenfassend sagen: Es liegt an euch, ihr kennt ja alle Informationen dazu, der Gemeinderat kann euch nicht vorschreiben, wie hoch eure Entschädigung ist, das dürft ihr selbst bestimmen und unsere Vorschläge waren in keiner Art und Weise anmassend, sondern wir wollten damit einfach unseren Auftrag erfüllen und das so machen, wie wir dies in anderen Politikbereichen auch machen. Und in dem Sinne würde ich euch natürlich ans Herz legen, eine der Gemeinderatsvarianten zu wählen, bei welcher auch die anderen Kommissionen die gleiche Erhöhung erhalten wie ihr.

**Parlamentspräsident Casimir von Arx, GLP:** Damit sind wir mit der allgemeinen Diskussion fertig und wir kommen zur Detailberatung. Gibt es in der Detailberatung noch Voten?

**Reto Zbinden, SVP:** Ich will nur kurz zu einigen Sachen, die gesagt wurden, Stellung nehmen.

Also das erste Argument der FDP, das sei ein schlechtes Argument für öffentliche Ämter - also ich weiss nicht, ob du dich dort versprochen hast oder nicht. Das habe ich wirklich nicht ganz verstanden.

Dann wurde bereits sehr viel von David und Lukas gesagt, das muss ich nicht mehr wiederholen. Wir müssen das entscheiden. Ich glaube, niemand hat sich das gewünscht, dass wir uns selbst den Lohn geben, es ist einfach leider nun einmal so, wir können das nicht ändern.

Was ich noch sagen will zur Anpassung bei den Kommissionen, die zuvor bereits angesprochen wurde: Wir haben dort einfach auch berücksichtigt, dass bei diesen Kommissionen keine Fraktionssitzung fällig ist, deshalb ist dieser Ansatz leicht anders als beim Gemeinderat, aber wir haben trotzdem auch dort eine Erhöhung reingenommen. Wir haben das so berechnet. Der Unterschied besteht darin, dass diese im Gegensatz zu uns im Parlament, eben keine Fraktionssitzung haben. Ich glaube, diese Berechnung ist nachvollziehbar und auch fair.

Und eben: Wir müssen schlussendlich auch irgendwie einen Stundenansatz nehmen, ob dies jetzt eine Entschädigung ist oder ein Lohn, das sei dahingestellt, aber irgendwo haben wir nun einmal einfach Stunden, die entschädigt, entlohnt oder was auch immer werden müssen. Der Stundensatz ist letztendlich entscheidend und eben nicht unbedingt die prozentuale Erhöhung, sondern der Betrag als solches und dann sieht es einfach ganz anders aus, als wenn man immer von 85% spricht. Merci für die Unterstützung.

**Parlamentspräsident Casimir von Arx, GLP:** Gibt es in der Detailberatung weitere Voten? Das sieht nicht so aus. Wünscht der Gemeinderat noch einmal das Wort? Auch nicht, dann schliesse ich die Detailberatung und wir kommen zur Abstimmung

An dieser Stelle halte ich fest, dass Kathrin Gilgen vor einem Moment eingetroffen ist. Es sind jetzt 36 Parlamentsmitglieder anwesend.

## Beschluss

### Abstimmung zu Beschlussziffer 1: Gegenüberstellung Variante 1 (1a) GR, Variante 2 (1b) GR und Variante 3 (1c) des Parlamentsbüros:

- 1a Variante 1: Die Änderung des Reglements über die Entschädigung und Nebenbeschäftigung der Mitglieder des Gemeinderats und über weitere Entschädigungen (Behördenreglement) wird gemäss vorgelegtem Entwurf Variante 1 (Erhöhung der Sitzungsgelder für Mitglieder des Parlaments und von Kommissionen um ca. 30%) beschlossen.
- 1b Variante 2: Die Änderung des Reglements über die Entschädigung und Nebenbeschäftigung der Mitglieder des Gemeinderats und über weitere Entschädigungen (Behördenreglement) wird



gemäss vorgelegtem Entwurf Variante 2 (Erhöhung der Sitzungsgelder für Mitglieder des Parlaments und von Kommissionen um ca. 40%) beschlossen.

- 1c Variante 3: Die Änderung des Reglements über die Entschädigung und Nebenbeschäftigung der Mitglieder des Gemeinderats und über weitere Entschädigungen (Behördenreglement) wird gemäss vorgelegtem Entwurf Variante 3 (Erhöhung der Sitzungsgelder für Mitglieder des Parlaments und von Kommissionen um ca. 85% und der Mitglieder anderer Kommissionen um ca. 50%) beschlossen.

(Abstimmungsergebnis der Gegenüberstellung:

Variante 1: 1 Stimme / Variante 2: 7 Stimmen / Variante 3: 22 Stimmen / 6 Enthaltungen)

### **Schlussabstimmung über obsiegende Variante 3**

Die Änderung des Reglements über die Entschädigung und Nebenbeschäftigung der Mitglieder des Gemeinderats und über weitere Entschädigungen (Behördenreglement) wird gemäss vorgelegtem Entwurf Variante 3 (Erhöhung der Sitzungsgelder für Mitglieder des Parlaments und von Kommissionen um ca. 85% und der Mitglieder anderer Kommissionen um ca. 50%) beschlossen.

(Abstimmungsergebnis: 22 Stimmen dafür, 12 Stimmen dagegen, 2 Enthaltungen)

### **Abstimmung zu Beschlussziffer 2 des Gemeinderats:**

Die Änderung tritt in der beschlossenen Variante am 1.1. 2026 in Kraft.

(Abstimmungsergebnis: 30 Stimmen dafür, 6 Stimmen dagegen)

PAR 2025/79

### **V2321 Motion (Mitglieder des Parlamentsbüros, Stand 7. Dezember 2023) "Anpassung der Sitzungsgelder des Parlaments"**

Abschreibung; Direktion Präsidiales und Finanzen

#### **1. Ausgangslage**

Mit der Erheblicherklärung der Punkte 1, 3 und 4 der Motion 2321 "Anpassung der Sitzungsgelder des Parlaments" erteilte das Parlament an seiner Sitzung vom 6. Mai 2024 dem Gemeinderat den Auftrag, die nötigen Reglementsanpassungen vorzunehmen, die für die Umsetzung folgender Massnahme nötig sind:

- Die Teilnahme an den Fraktionssitzungen wird abgegolten, indem die Höhe der bestehenden Sitzungsgelder gesteigert wird (pauschale Abgeltung der Fraktionssitzungen) oder indem der Anspruch auf Sitzungsgeld auf die Fraktionssitzungen ausgedehnt wird (einzelne Abgeltung der Fraktionssitzungen).
- Die Neuerungen treten mit Beginn der neuen Legislatur per 1. Januar 2026 in Kraft.
- Die Umsetzung dieses Vorstosses geschieht zwingend in enger Abstimmung mit dem Parlamentsbüro und der Fachstelle Parlament.

Die Forderung der Anwendung des Teuerungsausgleichs auf die Sitzungsgelder des Parlaments (Punkt. 2 der Motion 2321) hat das Parlament abgelehnt.

## 2. Umsetzung der Motion 2321

Der Gemeinderat legt dem Parlament parallel zum vorliegenden Antrag das Geschäft "Änderung Behördenreglement – Erhöhung der Sitzungsgelder des Parlaments und der Kommissionen" an der gleichen Parlamentssitzung vom 15. September 2025 zum Beschluss vor. Damit ist der Auftrag der Motion 2321 umgesetzt.

### Antrag

Der Gemeinderat beantragt dem Parlament, folgenden Beschluss zu fassen:

Die Motion wird abgeschrieben.

Köniz, 13. August 2025

Der Gemeinderat

### Beilagen

- 1) V2321 Motion (Mitglieder des Parlamentsbüros, Stand 7. Dezember 2023) "Anpassung der Sitzungsgelder des Parlaments", Antwort des Gemeinderats

### Diskussion

**Parlamentspräsident Casimir von Arx, GLP:** Wir kommen zum Traktandum 5, V2321, Motion Mitglieder des Parlamentsbüros, Stand 7. Dezember 2023, Anpassung der Sitzungsgelder des Parlaments. Das ist eine Abschreibung der Direktion Präsidiales und Finanzen.

Weil der Erstunterzeichner mittlerweile Parlamentspräsident ist und somit eine andere Rolle hat, übernimmt das Votum des Erstunterzeichners Reto Zbinden.

Frage an den Gemeinderat gibt es neue Erkenntnisse oder Ergänzungen zum schriftlichen Bericht? Das ist nicht der Fall. Falls die Abschreibung bestritten ist, wovon ich nicht ausgehe, bitte ich darum, das in den Voten zu sagen.

Wünscht der Erstunterzeichner-Stellvertreter das Wort? Auch nicht. Wünscht jemand aus den Fraktionen das Wort? Einzelsprecher:innen? Der Gemeinderat? Wünscht Reto Zbinden das letzte Wort? Auch nicht.

Ich stelle fest, dass in keinem Votum die Abschreibung bestritten worden ist, somit ist der Antrag des Gemeinderates genehmigt.

### Beschluss

Die Motion wird abgeschrieben.

(Abstimmungsergebnis: stillschweigende Annahme der Abschreibung)

PAR 2025/80

**Integrierter Aufgaben- und Finanzplan IAFP 2026**

Kenntnisnahme; Direktion Präsidiales und Finanzen

**1. Ausgangslage**

Im IAFP erfolgt die Darstellung der finanziellen Entwicklung der Gemeinde bis 2029. Darin sind Überlegungen aus dem Budget 2026 integriert und die erwarteten Entwicklungen der kommenden Jahre abgebildet.

Die Planwerte zeigen auf, dass unverändert grosse Anstrengungen notwendig sind, um die Ausgaben und die zur Verfügung stehenden finanziellen Mittel ausgewogen aufeinander abzustimmen. Ebenso wird erkennbar, wie wichtig die Entwicklung des Finanzvermögens für den Steuerhaushalt ist. Der positive Beitrag des Finanzvermögens ist erforderlich, um die notwendigen Aufwendungen im Verwaltungsvermögen stemmen zu können.

**2. Investitionen**

Der Investitionsbedarf ist in den kommenden Jahren unverändert hoch. So sind über die Jahre 2026 bis 2029 Nettoinvestitionen im Verwaltungsvermögen von rund CHF 131.6 Mio. (inkl. Realisierungsgrad) vorgesehen. Dies ergibt einen Jahresdurchschnitt von ca. CHF 33 Mio. Die Verteilung pro Jahr sieht wie folgt aus:

- Im 2026 sind insgesamt ca. CHF 25.3 Mio. Investitionen vorgesehen (davon CHF 20.2 Mio. im allg. Steuerhaushalt).
- Im 2027 sind knapp CHF 31.8 Mio. Investitionen vorgesehen (davon CHF 27.0 Mio. im allg. Steuerhaushalt).
- Im 2028 sind Investitionen über rund CHF 39.3 Mio. budgetiert. Diese beinhalten den Steuerhaushalt von CHF 30.3 Mio.
- Im 2029 sind Investitionen von ca. CHF 35.5 Mio. vorgesehen (davon Steuerhaushalt ca. CHF 29.1 Mio.).

Es handelt sich dabei insbesondere um bereits bewilligte Investitionen im Bereich Hochbau, wie die Schulhäuser Morillon und das OZK. Aufgrund der Zunahme an schulpflichtigen Kindern und aufgrund dessen, dass diverse Schulen in etwa dem gleichen Zeitraum gebaut wurden und nun gleichzeitig die Lebensdauer überschreiten, wird in der aktuellen Planung ein deutlicher Peak verzeichnet. Im Zusammenhang mit der Entwicklung der Investitionen wird auch auf Punkt 5 des vorliegenden Berichtes verwiesen.

**3. Erläuterungen zur Erfolgsrechnung des IAFP**

Das Budget 2026 der Gemeinde Köniz rechnet im Steuerhaushalt mit einem Aufwandüberschuss von 7.7 Mio. Beim höheren Aufwand fallen unter anderem notwendige Unterhalt- und Reparaturarbeiten sowie steigende kantonale Lastenausgleichsaufwendungen ins Gewicht. Zusätzlich fallen die in der Abstimmung zum Thema "Zukunft Schloss Köniz" aufgeführten anteiligen Kosten in der Höhe von CHF 3.5 Mio. an.

**Finanzielle Entwicklung der Gemeinde**

Der Aufwandüberschuss im Budget 2026 wurde bereits in der vergangenen Finanzplanung ausgewiesen. Mittelfristig entwickeln sich die Finanzen der Gemeinde weiter positiv, so dass die benötigten Investitionen für die Bevölkerung wie z.B. in Bildungsstätten, Freizeitanlagen und Infrastruktur getätigt werden können. Die Mittelfristplanung zeigt auf, dass sich der Fremdfinanzierungsbedarf (Verschuldung), welche in den vergangenen Jahren leicht abgebaut werden konnte, moderater entwickelt als ursprünglich angenommen.

Der Bilanzüberschuss wird per Ende 2026 rund 21 Mio. CHF. bzw. per Ende 2029 27.6 Mio. CHF betragen. Dies entspricht über 2 Steuerzehntel (1 Steuerzehntel umfasst aktuell ca. 9 Mio. CHF). Er entspricht damit der Zielsetzung der gemeinderätlichen Finanzstrategie. Die strategischen Kennzahlen (Bilanzüberschuss, Bruttoverschuldung, Investitionen, Nettoschuld pro Einwohner:in, Steueranlage)

entwickeln sich entsprechend den festgelegten Zielgrössen der Finanzstrategie. Die Gemeinde wird die Finanzen bei gleichbleibender Steueranlage weiter stabilisieren und den Handlungsspielraum vergrössern können.

#### **a. Personalaufwand (SG 30)**

Im Personalaufwand ist im 2026 ein anteiliger Teuerungsausgleich von 1.5 % berücksichtigt. In den Folgejahren ist kein weiterer Teuerungsausgleich vorgesehen, obwohl derzeit die langjährige Teuerung nicht ausgeglichen ist. Allfällige Diskussionen diesbezüglich werden bei der Erstellung des Budget 2027 geführt werden. Der Anteil an der individuellen Lohnentwicklung beläuft sich auf 0.7 % pro Jahr. Ein potentieller Mehrbedarf an Personal wurde im 2026 mit ca. CHF 0.8 Mio., in den Folgejahren mit noch CHF 0.3 Mio. berücksichtigt. Bei diesem Betrag handelt es sich um einen Platzhalter, unter Berücksichtigung von Rotationsgewinnen und zeitlichen Verzögerungen bei der Rekrutierung (Fachkräftemangel). Die benötigten Stellen müssen durch die Abteilungen einzeln beantragt werden. Nicht zuletzt dank dieser Vorgehensweise verändert sich der Personalaufwand der Gemeinde in den kommenden Jahren moderat. Ab 2026 entfällt der Gemeindebeitrag Pensionskasse / Primatwechsel von ca. CHF 1.7 Mio., wodurch der Personalaufwand insgesamt ab diesem Zeitpunkt entlastet wird.

#### **b. Sach- und Betriebsaufwand (SG 31)**

Der Sach- und Betriebsaufwand beläuft sich 2026 unter dem Niveau der Rechnung 2024, aber über dem Budget 2025. Zu berücksichtigen gilt, dass über 1/3 (Steuerhaushalt) dieser Kosten im direkten Zusammenhang mit den geplanten Investitionen stehen (Investitionsvorbereitungen bzw. Folgen von Investitionen [Unterhalt und Reparaturen, externe Unterstützung]). Die Sach- und Betriebsaufwände bleiben in den Folgejahren dank grosser Anstrengungen und klarer Vorgaben des Gemeinderats stabil.

#### **c. Abschreibungsaufwand (SG 33)**

Die Abschreibungen wurden unter Berücksichtigung der Nettoinvestitionen inkl. Realisierungsquote und der Abschreibungsdauer gemäss kantonaler Angabe berechnet. Ab 2026 wird die Bildungsinfrastruktur (Schulhäuser) neu nicht mehr nur über 25 Jahre, sondern über 33.3 Jahre abgeschrieben (bestehende und neue Anlagen). Dadurch werden die Abschreibungskosten für die Bildungsinfrastruktur insgesamt über einen längeren Zeitraum verteilt.

#### **d. Transferaufwand (SG 36)**

Der Transferaufwand lässt sich in 4 Hauptthemen unterteilen: Lastenausgleichszahlungen, Sozialhilfekosten, Kosten Lehrpersonengehälter und übriger Transferaufwand. Für die Lastenausgleichszahlungen erlässt der Kanton den Gemeinden jeweils Empfehlungen. Gerade beim Lastenausgleich Soziales wurde in der Rechnung 2024 erstmalig im Vergleich zum langjährigen Mittel ein deutlicher Anstieg verzeichnet. Für die Planungsperiode wurden deshalb die Empfehlungen des Kantons grösstenteils übernommen. Allerdings wurde ein um 2.5 % tieferer Ansatz pro Einwohner:in eingeplant. Der Abschlag begründet sich durch die unveränderte, regelmässige Überschätzung der kantonalen Finanzplanempfehlungen. In den Folgejahren wurde dieselbe prozentuale Kostenentwicklung abgebildet wie vom Kanton empfohlen. Zusätzlich steigen die anteiligen Lehrpersonengehaltskosten auf CHF 24.4 Mio. (CHF +1.1 Mio. zu Budget 2025; in den Folgejahren mit einem Zuwachs von ca. 1.2%). Diese Kosten werden hauptsächlich durch die vom Kanton beschlossenen Lohnmassnahmen verursacht. Die Sozialkosten des Sozialdienstes entwickeln sich entlang der Bezüger:innen und der entsprechenden Kostenentwicklung. Die übrigen Kosten im Transferaufwand beinhalten Kosten für Kindertagesstätten, Kosten für Mittelschulen, Musikschulen und Bibliotheken.

#### **e. Finanzaufwand (SG 34)**

Der Finanzaufwand beinhaltet die Übergabe von Sachanlagen an die Stiftung Schloss Köniz von ca. CHF 3.5 Mio. im 2026 (Teilrenovierung Ritterhuus; Übergabe der Sachanlage). In den Folgejahren wird nur mit einer geringen Zunahme (bedingt durch den geringfügig steigenden Zinsaufwand) gerechnet.

#### **f. Steuerertrag (SG 40)**

Beim Steuerertrag wird eine positive Entwicklung angenommen. Der Steuerertrag berücksichtigt sowohl die Entwicklung der mittleren Wohnbevölkerung, die positive Entwicklung des durchschnittlichen Steuerertrages der natürlichen Personen (+0.7%) und auch die erwarteten Entwicklungen bei juristischen Personen (sinkend in den Kalenderjahren 26/27, danach leichte Zunahme). In 2027 wurden erstmalig zusätzliche Steuererträge aus der 13. AHV-Rente berücksichtigt. Ebenso sind in 2028 erstmalig die negativen Effekte aus der Steuergesetzrevision 2027 des Kantons mit CHF -1.3 Mio. (basierend auf Angaben des Kantons) berücksichtigt worden.

#### **g. Finanzertrag (SG 44)**

Köniz entwickelt sich positiv deshalb kann sich auch das Finanzvermögen positiv entwickeln. Diese positive Entwicklung bedingt neben Investitionen in das Verwaltungsvermögen (z.B. Hochbauten, Infrastrukturen) auch Investitionen in das Finanzvermögen. Beide Themen müssen aufeinander abgestimmt sein. Die Veränderungen im Finanzertrag hängen vom Fortschritt der Arealentwicklungen ab. In den Jahren 2027 bis 2029 sind folgende Vorhaben vorgesehen:

- 2027: insgesamt CHF 1.9 Mio., davon: Schwendistutz CHF 0.2; Spiegel Bellevuestrasse CHF 1.7 Mio.
- 2028: insgesamt CHF 16.2 Mio., davon: Schwendistutz CHF 0.2; Rappentöri CHF 9.2 Mio., Liebefeld Mitte CHF 6.8 Mio.
- 2029: insgesamt CHF 4.2 Mio. Spiegel Bellevuestrasse und Sägematte mit je CHF 1.7 Mio.; Dörfliweg Schliern CHF 0.8 Mio.

Der Finanzertrag weist auch ohne die obenstehenden Entwicklungsthemen eine positive Entwicklung auf, geprägt durch Arealentwicklungen aus der Vergangenheit, welche zu zusätzlichen Miet- und Bau-rechteinahmen führen. Der stärkste diesbezügliche Zuwachs ist ab 2026 mit einem ganzen Jahr Mietzinseinnahmen aus dem Kauf des Areals "Otto's" zu verzeichnen.

#### **h. Ausserordentlicher Ertrag (SG 48)**

Der deutliche Rückgang im Vergleich zum Budget 2025 wird durch die Auflösung der finanzpolitischen Reserve zu Gunsten des Bilanzüberschusses verursacht. Dieser Wechsel wurde aufgrund geänderter Rechnungslegungsvorgaben des Kantons durchgeführt. (BSIG-Nr. 1/170.111/17.1 vom 28. März 2025).

Einmalig für 2026 wird ein Bezug aus der Zinsschwankungsreserve in der Höhe von CHF 220'000 beantragt. Dieser Bezug gemäss Reglement ist möglich, da der Ertrag des Nettofinanzvermögens geringer ausfällt als die Höhe der Kosten der langfristigen Schulden. Dies ist auf den Umstand zurück zu führen, dass in 2026 der Anlagentransfer aus der Teilsanierung Schloss Köniz über das Finanzvermögen erfolgen muss.

Ab 2026 fällt der Ertrag aus der Auflösung der Neubewertungsreserve von CHF 2.6 Mio. weg. Bei der Auflösung dieser Neubewertungsreserve handelt es sich um einen Vorgang aus der Umstellung HRM1 auf HRM2.

### **4. Verschuldung**

Die Verschuldung nimmt nach mehreren stabilen bzw. leicht sinkenden Jahren (2021 bis 2024) zu und beläuft sich nun per 2029 auf CHF 436.0 Mio. (Fremdfinanzierungsbedarf). Die moderate Zunahme der Verschuldung wird hauptsächlich durch folgende Faktoren begründet: Investitionsbedarf, notwendige Ausgaben bei Unterhalt und Reparaturen, steigenden Transferaufwendungen, Käufe Immobilien im Finanzvermögen. Die positive Entwicklung des Steuerertrages vermag den Finanzierungsmehrbedarf teilweise aufzufangen.

## 5. Finanzstrategie und strategische Kennzahlen

Untenstehend sind in der geltenden Finanzstrategie die fünf strategischen Kennzahlen aufgeführt.

Strategische Kennzahl	Zielgrösse 2029	Interventionsgrenze	Stand 2026	Stand 2029
Ziel 1: Bilanzüberschuss (inkl. Finanzpol. Reserve)	Minimal 1 Steuererzehtel (ca. CHF 9 Mio.	Kleiner oder gleich 1 Steuererzehtel	CHF 21.0 Mio.	CHF 27.6 Mio.
Ziel 2: Bruttoverschuldungsanteil	Maximal 200 %	250 %	163 %	168 %
Ziel 3: Investitionsanteil	15 %	Minimal 10 %	10.9 %	13.5 %
Ziel 4: Nettoschuld pro Einwohner:in	Maximal CHF 4'000	CHF 6'000	CHF 3'214	CHF 3'370
Ziel 5: Steueranlage	Maximal 1.58	> 1.58	1.58	1.58

Bei der Interpretation der Kennzahlen empfiehlt sich jeweils ein längerer Zeitraum zu betrachten. Die Mittelfristplanung zeigt auf, dass sich die Kennzahlen entsprechend der Strategie entwickeln. Gerade bei der Nettoschuld pro Einwohner:in wurde eine Verbesserung gegenüber der letztjährigen Planung verzeichnet. Dies wird durch eine Zunahme der mittleren Wohnbevölkerung, bei einer geringeren Zunahme der Nettoschuld (Fremdkapital abzüglich Finanzvermögen [inkl. Arealentwicklungen]) bestimmt. Der Investitionsanteil erhöht sich über die Betrachtungsperiode, weil grosse Investitionen im Bereich Hochbauten (vor allem Schulen) anstehen. Unabhängig dieser Anstrengungen beläuft sich der Investitionsanteil im unteren Bereich eines mittleren Investitionsvolumens. Die Verschuldung konnte in den vergangenen 4 Jahren (bis RG 2024) stabil bzw. leicht sinkend gehalten werden. Ein Zuwachs ist in Zusammenhang mit den Veränderungen im Finanzvermögen zu erwarten. Dieser Zuwachs beinhaltet aber auch ein Zuwachs des Anlagevermögens (z.B. Gebäude, Grundstücke vorhanden.)

## 6. Controlling Legislaturplan 2022 – 2025

Der Gemeinderat beschliesst gemäss Art. 62 lit. f Gemeindeordnung zu Beginn jeder Legislatur den Legislaturplan für die nächsten 4 Jahre. Er umfasst vier Schwerpunkte: Attraktiver Lebens-, Bildungs- und Wirtschaftsstandort; Gezielte nachhaltige Entwicklung der Gemeinde Köniz; Gemeindefinanzen sanieren; Moderne Verwaltung. Das Resultat des jährlichen Controllings wird dem Parlament als integraler Bestandteil des IAFPs zur Kenntnisnahme vorgelegt. Da die Legislatur im Dezember 2025 abgeschlossen wird, ist der vorliegende Controllingbericht mit Aussicht auf Ende Jahr (gleichbedeutend mit dem Ende der Legislatur) erstellt worden.

## 7. Beschluss über den IAFP 2026ff.

Gemäss IAFP-Reglement (Art. 1) beschliesst der Gemeinderat den IAFP und legt ihn dem Parlament zur Kenntnisnahme vor. In Anwendung von Art. 64 des Geschäftsreglements des Parlaments kann das Parlament vom IAFP zustimmend, teilweise zustimmend oder ablehnend Kenntnis nehmen.

### Antrag

Der Gemeinderat beantragt dem Parlament, folgenden Beschluss zu fassen:

Das Parlament nimmt Kenntnis vom IAFP 2026.

Köniz, 17. September 2025

Der Gemeinderat

## Beilagen

### 1) Bericht IAFP 2026

## Diskussion

**Parlamentspräsident Casimir von Arx, GLP:** Bleiben wir beim Geld: Vielleicht habt ihr es am Anfang bemerkt, ich habe versucht, statt mit dem Glöckchen hier mit dem Sparkässeli zu läuten, aber es hat nicht so richtig funktioniert, das Glöckchen ist doch ein bisschen lauter. Schauen wir uns dieses Gemeindesparkässeli an, das lasse ich jetzt während dieser zwei Traktanden hier stehen.

Wir kommen zum Traktandum 6, «Integrierter Aufgaben und Finanzplan IAFP 2026. Das ist eine Kenntnisnahme der Direktion Präsidiales und Finanzen. Die Sitzungsakten bilden den Gemeinderatsantrag und den Bericht des IAFP 2026 inklusive Anhang.

Das Vorgehen ist wie folgt: Zuerst kommt die Präsidentin der Finanzkommission, danach die Präsidentin der Geschäftsprüfungskommission, die zur Berichterstattung der Legislaturplanung spricht, nachher die Fraktionsvoten, die Einzelvoten und die Abstimmung.

**Fiko-Präsidentin Brigitte Rohrbach, SP Frauen:** Die Finanzkommission bedankt sich beim Gemeinderat und insbesondere bei den zuständigen Personen in der Verwaltung für die Aufbereitung der übersichtlichen Dokumente. Die Darstellung aus dem Vorjahr konnte fortgeführt werden, so dass eine gute Vergleichbarkeit vorliegt.

Gerne nehme ich im Namen der Finanzkommission zum vorliegenden IAFP 2026 Stellung: An der Sitzung vom 1. September wurde der Finanzkommission die erste Hochrechnung 2025 wie auch die wichtigsten Annahmen und Planzahlen zum IAFP und vom Budget 2026 ein erstes Mal präsentiert. Die Hochrechnung und der Jahresabschluss 2024 bilden die Grundlage für das Budget 2026 und den IAFP mit den Folgejahren. Die Finanzkommission begrüsst in dem Zusammenhang, dass mit der Umsetzung des Digitalisierungsprojekts zukünftig vor allem im Bereich Sach- und Betriebsaufwand eine noch präzisere Prognose vorgenommen werden kann.

An der Sitzung des 20. Oktober 2025 hat die Finanzkommission die Parlamentsvorlage geprüft. Es wurden gegenüber den Vorinformationen vom September keine wesentlichen Änderungen vorgenommen.

Der Finanzkommission macht der Bereich «Investitionen» nach wie vor Sorgen. Die Gemeinde steht vor grossen Herausforderungen bei den Investitionen und den dazu notwendigen Ressourcen. Es stehen dringende Sanierungen an, die eigentlich schon vor Jahren hätten getätigt werden müssen. Zudem werden die Projekte durch Einsparungen verzögert, so dass zusätzliche Miet-, Planungs- und Realisierungskosten entstehen. Die generellen Annahmen zur Vorlage sind in den Unterlagen gut dargestellt. Ich gehe hier noch auf einige Wenige ein:

- Es wird weiterhin mit einer positiven Entwicklung im Bereich der Steuerträge gerechnet. Die Annahme basiert auf der Analyse der vergangenen Jahre. Es zeichnet sich ab, dass die Zunahme im Bereich der Fiskalerträge nachhaltig ist und somit auch in den weiteren Planungs Jahren fortgeschrieben werden kann.
- Im Bereich der Aufwendungen fällt der Finanzkommission der weiter steigende Personalaufwand auf. Hier kann festgehalten werden, dass neu geschaffene Stellen jeweils verzögert in den Folgejahren zu Mehrkosten führen. Es wird immer ein Platzhalter für neue Stellen im Budget reserviert, wenn aber neue Stellen geschaffen werden, führt das im Folgejahr zu höheren Kosten. Kommt dann wiederum eine neue Stelle dazu, wird das jeweils aufkumuliert. Aus diesem Grund werden neue Stellen bereits seit einigen Jahren nicht mehr mit dem Budget bewilligt, sondern müssen gesondert dem Gemeinderat beantragt werden.
- Auch führen mehr Investitionen zu einem höheren Personalbedarf, da die Vorarbeiten für die jeweiligen Projekte gemeindeintern erledigt werden.
- Es kann auch festgehalten werden, dass ab 2027 kein Teuerungsausgleich mehr eingerechnet wurde. Für individuelle Lohnentwicklungen wird auch in den Vorjahren mit 0,7% gerechnet.
- Im Bereich des Transferaufwands wurden ab 2027 weitgehend die kantonalen Vorgaben übernommen. Man sieht auch hier eine deutliche Zunahme in den nächsten Jahren.
- Das Ergebnis aus der betrieblichen Tätigkeit und der Entwicklung der Kosten wird von der Mehrheit der Finanzkommission als besorgniserregend eingestuft.

- Im Bereich des Finanzertrags resultieren im nächsten Jahr keine Zusatzeinnahmen durch Arealentwicklungen. Das ist mit ein Grund, warum das nächste Jahr nicht ausgeglichen ausfällt. Der Gemeinderat führt an, dass solche Zusatzerträge aus dem Finanzvermögen benötigt werden, um die Kosten im Verwaltungsvermögen decken zu können. Eine Minderheit der Finanzkommission gibt das Bedenken, dass Erträge aus dem Finanzvermögen auch für den Schuldenabbau und nicht nur zur Deckung der Verluste aus dem Verwaltungsvermögen eingesetzt werden sollten. Die bei den Arealentwicklungen gemachten Vorleistungen fliessen aber auch in die Aufwendungen aus dem Verwaltungsvermögen ein. Dieser Umstand ist bei der Betrachtung der Verwendung des Finanzertrags ebenfalls zu berücksichtigen. Idealerweise sollten diese Zusammenhänge und Entwicklungen im I-AFP dargestellt und beschrieben werden.
- Betreffend Investitionen wurde wie bereits im Vorjahr mit einer Realisierungsquote gearbeitet. Priorisierungen wurden nachvollziehbar vorgenommen. Daraus ergibt sich ein realistisches Investitionsvolumen sowohl im Bereich des allgemeinen Steuerhaushalts wie auch bei den spezialfinanzierten Haushalten für die kommenden Jahre.
- Der ungenügende Selbstfinanzierungsgrad führt aber zu einem Verschuldungs- und Zinsaufwandsanstieg. Dieser Anstieg fällt aber tiefer aus als ursprünglich angenommen: Für die Jahre 2026 bis 2028 wird von einem durchschnittlichen Selbstfinanzierungsgrad von 41,26% ausgegangen. Das wird als ungenügend taxiert.

Zusammenfassend kann gesagt werden, dass uns hier eine realistische Planung präsentiert wird. Es ist aber weiterhin angezeigt, mit den vorhandenen Mitteln sorgfältig umzugehen. Der Kostenfokus, vor allem im Bereich der betrieblichen Tätigkeiten, muss aufrechterhalten werden.

Die positive Kommunikation des Gemeinderates zur Verschuldung weist ein Teil der Finanzkommission zurück, da seiner Meinung nach der Handlungsspielraum angesichts der nach wie vor ansteigenden Verschuldung nicht erhöht werden kann. Ein anderer Teil der Finanzkommission vertritt die Meinung, dass der Fokus auf den Investitionen und nicht auf den Schulden liegen muss. Eine marode Infrastruktur ist ebenso eine Bürde für die kommenden Generationen, wie hohe Schulden.

Bezüglich der Berichterstattung über das Legislaturziel Schwerpunkt 3, «Gemeindefinanzen sanieren», wird festgestellt, dass die Berichterstattung vorliegt.

Zu den Empfehlungen zuhanden des Parlaments:

- Die Finanzkommission stellt fest, dass die für den Entscheid notwendigen Unterlagen vorliegen. Dieser Entscheid ist einstimmig.
- Die Finanzkommission empfiehlt dem Parlament den IAFP 2026 wie folgt zur Kenntnis zu nehmen: 3-mal zustimmend, 2-mal teilweise zustimmend, 2-mal ablehnend.
- Die Finanzkommission empfiehlt dem Parlament weiter, die Berichterstattung zur Legislaturplanung Schwerpunkt 3, «Gemeindefinanzen sanieren», wie folgt zur Kenntnis zu nehmen: 2-mal zustimmend, 4-mal teilweise zustimmend, 1-mal ablehnend.

**GPK-Referentin, Heidi Eberhard, FDP:** Die GPK prüft jährlich die im IAFP integrierte Berichterstattung über die laufende Legislaturplanung und das zugehörige Controlling resp. die Schwerpunkte 1, 2 und 4. Der Schwerpunkt 3 «Gemeindefinanzen sanieren» wird von der Finanzkommission begutachtet. Wir haben jetzt gerade die Ausführungen der Finanzkommissionspräsidentin gehört.

Vorab danke ich im Namen der GPK dem Gemeinderat und den verantwortlichen Personen in der Verwaltung für die umfangreichen Unterlagen zum IAFP 2026. Vielen Dank für die Beantwortung der Fragen an der letzten GPK-Sitzung vom 27. Oktober. Der Gesamtgemeinderat war vollzählig vertreten und die GPK hat das sehr geschätzt.

Die Übersicht ist sehr gut, die Kommentare zu den Indikatoren sind gut und ausführlich beschrieben. Die einst geplanten Massnahmen wurden grossmehrheitlich umgesetzt.

Wir erhalten mit den Controlling-Indikatoren - grün, orange und rot gekennzeichnet - einen guten Überblick und Einblick über die zahlreichen und herausfordernden Aufgaben der Gemeinde. In den vergangenen vier Jahren ist an 13 Legislaturzielen, 33 Massnahmen mit 58 Indikatoren gearbeitet worden. Die Mehrzahl, also 84% der gesteckten Ziele, ist auf Kurs respektive erreicht, die grüne Farbe im Controlling des Legislaturplans überwiegt. 16% sind orange und sind teilweise erreicht, die Aussicht auf die Korrektur ist gegeben. Auch hat es mal etwas in Rot, das wird aber nicht gross erwähnt.

Es wurde viel und gut gearbeitet, es darf von einer arbeitsintensiven und erfolgreichen Legislatur gesprochen werden. Die GPK bedauert jedoch, dass die Harmonisierung der diversen Strategien nicht integrales Thema war.

Als grosser wichtiger Schritt im Schwerpunkt 1, «Attraktiver Lebens-, Bildungs- und Wirtschaftsstandort», ist die Gründung der Stiftung Schloss Köniz hervorzuheben. Damit verbunden sind die finanziellen



Verpflichtungen der Gemeinde Köniz. Das Stimmvolk hat dazu das rot-grüne Licht gegeben und ist sich somit den weiteren, auch finanziellen, Auswirkungen bewusst. Die Investition wird auch in den kommenden Jahren zu Buch schlagen. Die Stiftung hat zwischenzeitlich die operative Tätigkeit aufgenommen.

Der Wirtschaftsstandort Köniz wurde gestärkt – eine neue Könizer Wirtschaftsstrategie wurde erarbeitet. Die erste Industrienacht wurde erfolgreich durchgeführt, eine Standortförderungsstelle «Single Point of Contact» für die Anfrage der Wirtschaft umgesetzt. Der Kontakt mit den Könizer Firmen wurde intensiviert.

Die strategische Bildungsraumplanung, ehemals Schulraumkonzept, ist nach wie vor in Überarbeitung. Die personellen Ressourcen wurden aufgestockt, externe Berater sind beizogen. Wir nehmen an, gut Ding will Weile haben und da gibt es dann auch bald einmal ein Resultat.

Der Pilotbetrieb der Ganztageschule Wabern war erfolgreich, das Angebot wird in den Regelbetrieb überführt.

Die Digitalisierung ist auf gutem Weg, Köniz hat etliche Partizipationsformen ins Leben gerufen, die Bevölkerung wurde für die Mitwirkung und für Umfragen miteinbezogen. Das Ergebnis soll in die neue Raumstrategie, in das Leitbild und auch in die nächste Legislaturplanung einfließen.

Auch für die Kultur wurde viel gearbeitet. Hervorzuheben sind das realisierte «Könizer Kulturfest» und die erste «Art Köniz». Das Projekt «Gemeinsam altersfreundlich» ist in den Regelbetrieb überführt worden. Etliche Leistungsverträge wurden überarbeitet. Was wir auch alle sehen: Die öffentlichen Plätze sind mit Grünelementen bestückt. Die GPK bedauert, dass die Überarbeitung des Familienkonzepts aus Ressourcengründen nicht in Angriff genommen worden ist. Wir gehen davon aus, dass die Arbeiten am Konzept baldmöglichst aufgenommen werden.

Beim Schwerpunkt 2, wird die nachhaltige Entwicklung, wie in Sachen Grossprojekte Rappentöri, Liebefeld-Mitte, im Gemeinderat rege und regelmässig diskutiert und mit den beteiligten Partner weiterentwickelt. Den Worten sollten hier in der nächsten Legislatur definitiv auch Daten folgen.

Wir lesen, dass die Wohnstrategie in Umsetzung und die neue Immobilienstrategie in Erarbeitung sind. Die Immobilienstrategie sollte bis Ende 2025 dem Gemeinderat vorgelegt werden.

Wir begrüssen auch, dass eine systematische Zustandsbewertung dazu führen soll, dass die Unterhalts- und Erneuerungsplanung im Hoch- und Tiefbau optimiert werden kann.

Grossprojekte, koordiniert durch die KOP, werden straffer geführt. Der Gemeinderat sieht diese Massnahmen demnach als erreicht und deswegen sehen wir im Controllingbericht grün.

Die Strategielandkarte wird in der nächsten Legislatur vorliegen. Die Wohnstrategie ist auf herausforderndem Gelände unterwegs. Die Fertigstellung und die Umsetzung werden in der neuen Legislatur erfolgen.

Bei Punkt 2.3 «Infrastrukturen im Hoch- und Tiefbau nachhaltig betreiben, unterhalten und erneuern» ist vermerkt, dass das Assets-Management resp. ein einheitliches Reporting zu den gemeindeeigenen Assets noch nicht anwendungsreif ist. Auch hier gilt wieder, gut Ding will Weile haben. Die Arbeit dauert an.

Im Schwerpunkt 4, «Die moderne Verwaltung», konnten im Rahmen einer moderaten Verwaltungsreform Herausforderungen angegangen und Verbesserungen erreicht werden. Eine vertiefte Direktionsreform hat beim Gemeinderat leider kein Echo gefunden. Es wurden jedoch Organisationsanpassungen in den Abteilungen umgesetzt, Aufgaben, Kompetenzen und Verantwortlichkeiten überprüft und auch als sinnvoll betrachtet, angepasst. Wie im Bericht mehrfach erwähnt worden ist, ist die Digitalisierung insbesondere für eine moderne Verwaltung unumgänglich. Mit der Erarbeitung der neuen Digitalisierungsstrategie hat der Gemeinderat Ziel, Rahmen und Stossrichtungen festgelegt. Die Gemeinde bietet dann auch etliche elektronische Plattformen an: eBau, ePublikation, eUmzug und so weiter. Diese werden offenbar auch rege genutzt. Mit der Umstellung auf M365 geht die digitale Reise weiter. Zu einer modernen Verwaltung gehört auch das zeitgemässe Personalrecht. Das wurde in Zusammenarbeit mit einer nichtständigen parlamentarischen Kommission überarbeitet und im Juni von uns Parlamentariern genehmigt. Aber 01.01.2026 wird die Gemeinde Köniz als Arbeitgeberin somit noch attraktiver sein.

Die Legislatur neigt sich jetzt dem Ende zu. Es waren sehr viele Ziele und reichlich viele Massnahmen geplant gewesen. Die GPK dankt für den übersichtlich und gut kommentierten Bericht.

Die GPK beantragt dem Parlament die Berichterstattung über die Legislaturziele aus Controlling Schwerpunkt 1, 2, 4 wie folgt zur Kenntnis zu nehmen. 2 Stimmen für die zustimmende Kenntnisnahme, 4 Stimmen für die teilweise zustimmende Kenntnisnahme und die Unterlagen sind einstimmig für uns vorgelegen.

**Parlamentspräsident Casimir von Arx, GLP:** Damit kommen wir zu den Fraktionsanträgen. Aber zuerst noch eine Frage an den Gemeinderat. Gibt es allgemeine Erklärungen oder Ergänzungen zum schriftlichen Bericht? Das ist nicht der Fall. Das Eintreten auf das Geschäft ist obligatorisch.

**Fraktionssprecherin EVP-GLP-Mitte, Fabienne Marti, GLP:** Wir danken der Verwaltung für die detaillierte Berichterstattung zum IAFP. Ich habe selbst bei den Verwaltungsbesuchen der Finanzkommission gesehen, wie engagiert die Verwaltung arbeitet.

Bezüglich Finanzen befinden wir uns aber in dieser Legislatur auf einem harten, steinigen Weg. Wir haben zusammen bis jetzt viel durchgemacht, von der Steuererhöhung über Budgetdiskussionen bis zur ersten Diskussion über eine Schuldenbremse und das wird uns bis zum Ende dieser Legislatur stark beschäftigen.

Und jetzt der IAFP für die neue Legislatur: Das heisst die Planung für die kommenden Jahre bis 2029. Der Gemeinderat verkündet gute Neuigkeiten mit der Medienmitteilung: «Budget 2026 und Finanzplan Köniz können den Handlungsspielraum vergrössern.» Wenn man aber in der Medienmitteilung weiterliest, sieht man eben das grosse Budgetdefizit. Und ich habe mich da schon gefragt, wie jetzt die positive Nachricht in der Überschrift zu verstehen ist? Heisst das, es hätte noch viel schlimmer kommen können und hat sich das alles abgezeichnet? Ja und Nein - 2 Ja und 2 Nein für mich:

- Ja, da im letztjährigen IAFP effektiv bereits ein Defizit im Jahr 2026 prognostiziert wurde, sogar um CHF 1 Mio. höher.
- Ja auch, weil im Jahr 2027 und im Jahr 2028 im Gesamtergebnis positive Zahlen resultieren, vor allem dank der Arealentwicklung, das haben wir gehört. Im Jahr 2029 wird aber bereits wieder ein Defizit prognostiziert.
- Nicht abgezeichnet hat sich der höhere Fiskalertrag von CHF 9,5 Mio., das heisst, künftig haben wir pro Jahr rund CHF 10 Mio. mehr zur Verfügung pro Jahr. Die höheren Einnahmen müssten aber logischerweise zu massgeblich positiveren Ergebnissen führen als im letzten Jahr angenommen.
- Ebenfalls nein, weil das Ergebnis aus betrieblicher Tätigkeit negativer als geplant ausfällt. 2026 rund CHF -10 Mio., 2027 bis 2029 bis minus CHF 13,7 Mio. Der Personal- und Sachaufwand erhöht sich massgeblich. Auch wenn das für den momentanen Investitionsstau notwendig sei, glauben wir kaum, dass der Anstieg irgendwann wieder rückgängig gemacht wird.

Zu den Investitionen: Hier geht es ja vor allem um Schulhäuser. Viele Projekte sind blockiert oder benötigen mehr Zeit. Das führt dazu, dass die Investitionen im falschen Jahr eingestellt werden und der Realisierungsgrad sehr tief ist. Wir bringen die Bauten buchstäblich nicht zu Boden. Erforderlich sind jetzt strategische Entscheidungen, das heisst Bildungsraumplanung. Ansonsten besteht die Gefahr, dass je Schulstandort teure Einzellösungen umgesetzt werden. Wir erwarten Raumstandards für die gesamte Gemeinde und diese müssen sich am Prinzip der Suffizienz orientieren. Zudem müssen die Standorte schulkreisübergreifend angeschaut werden.

Noch ein Wort zur Finanzierung oder zum Ergebnis der Finanzierung: Wir brauchen nämlich offensichtlich die guten Ergebnisse zur Kompensation der hohen Ausgaben, aber solange das Finanzvermögen über die Verschuldung finanziert wird, kostet dies auch Zinsen und damit erhöhen sich gleichzeitig die Risiken für die Gemeinde. Die Zinsen sind zwar heute, wie wir alle wissen, moderat, aber das kann sich schnell ändern und dann muss die Gemeinde stabil aufgestellt sein, damit sie günstige Kredite aufnehmen kann.

Und so gelangen wir wieder einmal mehr zum Elefant im Raum: Was ist unsere mittel- und langfristige Strategie? Nach unserer ersten Motion, hat der Gemeinderat einen Schritt mit seiner Finanzstrategie gemacht. Ihr wisst, für uns an sich ein Schritt in die richtige Richtung, aber die Ambition ist viel zu tief und vor allem überhaupt nicht bindend.

Das führt uns zu Stufe 2, Diskussion zur Schuldenbremse: Endlich diskutieren wir. Mich persönlich freut das, denn das ist genau der Zweck der Fiskalregeln, sich auf eine verbindliche Strategie zu einigen. Es wird transparent gemessen, wo man steht und wie viel Spielraum man hat. Das immer mit dem Ziel, dass man zwar kurzfristig Flexibilität hat, das heisst, man kann auch schwanken, auf lange Frist, aber nachher stabil bleibt. Es ist auch keine Sparpolitik, keine Austeritätspolitik, sondern reine Stabilisierung und damit auch Schutz vor Krisen. Diese verbindliche Planung hin zu einem durchschnittlich ausgeglichenen Finanzhaushalt, fehlt in der derzeitigen Planung und Strategie.

Die EVP-GLP-Mitte-Fraktion nimmt den IAFP deshalb ablehnend zur Kenntnis.

**Fraktionssprecher FDP, Dominic Amacher, FDP:** Auch wir danken der zuständigen Direktion für die klar und vollständig aufbereiteten Unterlagen. In der FDP haben wir verschiedene Punkte diskutiert, ich will einige herauspicken:

Es ist ja schon die zentrale Frage, ob die Finanzen wirklich mittelfristig stabilisiert sind. Fakt ist, die betrieblichen Defizite werden aktuell nur dank Einmaleffekten überdeckt. Du hast zuvor von Kompensieren gesprochen, aber man kann auch sagen, die Sondermillionen auf Stufe Finanzierung stopfen die Löcher. Wenn wir solche Finanzerträge budgetieren und realisieren können, dann geht die Rechnung auf und natürlich auch die Finanzstrategie. Aber wenn diese Erträge fehlen, nicht eintreffen oder später kommen, dann haben wir ein Problem, wie beim Budget 2026. Die zunehmenden Verluste aus der operativen Tätigkeit nehmen laut dem Finanzplan zu und wir sind immer mehr auf Sondereffekte angewiesen. Jetzt ist die Frage, ist es stabil oder nicht? Man kann es auch so sagen: Zwischen dem Eigenkapital und den erwähnten Verlusten ist das Eis einfach sehr, sehr dünn. Und wir werden sehen, ob es stabil ist.

Ein Wachstum wird ja auch immer noch angepeilt, das heilt aber nicht alle Wunden. Es kann auch das Gegenteil bewirken, es schafft neue Herausforderungen und es kann auch den Druck auf die Finanzen erhöhen. Wir wissen nämlich nicht, welche Folgen es auf den Steuertrag, auf die Umwelt, auf den Verkehr und so weiter und so fort hat. Also nicht nur das kann uns helfen, wir müssen an allen Orten darauf schauen. Und mit dieser Ausgangslage sind wir von der FDP nur bedingt zufrieden. Wir dürfen uns mit dem Eigenkapital nicht in Sicherheit fühlen, es braucht eine laufende und strukturierte Analyse der finanziellen Entwicklung. Aber das sehen wir auch aus diesen Unterlagen: Der Gemeinderat ist sehr bemüht, das zu machen und zeigt uns auch den Weg auf.

Aber wir müssen uns auch als Parlament gewisse Fragen stellen. Ich habe nicht das Gefühl, dass wir uns zurückhalten, es sind keine Anzeichen da. Wenn man heute auf die Traktandenliste schaut, dann sind eigentlich schon fast alle Fragen damit beantwortet. Weiter gibt uns auch zu denken, die Verluste im Betrieblichen, die sich doch zwischen 2028 und 2029, auf CHF 13 Mio. belaufen. Es ist auch sehr bedenklich, wenn man genau hinschaut im letzten Finanzplan, dann vergrössern sich diese Verluste einfach, trotz der Betriebserträge, die zunehmen. Das heisst also, die Kosten nehmen überproportional auch zu und das sollte uns nicht kalt lassen.

Auch der Personalaufwand, das ist klar, der nimmt zu, das wird uns auch ganz klar erklärt mit der Investition auch mit dem Unterhalt. Aber dieses Tempo können wir uns nicht mehr weiterhin leisten, wir müssen hier schon priorisieren und einen Fokus haben, das ist ein klarer Appell an den Gemeinderat. Denn ihr habt es vielleicht gesehen, im Jahr 2029 haben wir einmal historisch CHF 70 Mio. für den Personalaufwand. Aber es wäre auch hier einfach, nur auf das zu zeigen, weil es gilt, die Verwaltung setzt nur das um, was die Politik bestellt. Wenn wir weniger ausgeben wollen, dann muss das Ziel sein, auch weniger auszugeben, das heisst, auf Wünsche zu verzichten und nicht fast jeden Vorstoss zu überweisen.

Kommen wir zu den Investitionen, diese werden priorisiert, das ist wichtig. Sie werden schlaue vorbereitet und umgesetzt und auch der Unterhalt muss konsequent weitergeführt werden. Also Kürzungen bei den Ressourcen, auch wenn das für uns Freisinnige sehr verlockend wäre, da haben wir nicht wirklich ein Ziel. Also dort haben wir einen Zielkonflikt und arbeiten nicht in Zielharmonie, wenn man kürzen würde. Und auch für den Steuerzahler wäre das sehr ärgerlich, ich nehme an, diese wollen auch nicht weitere Provisorien zahlen und Zwischenlösungen finanzieren. Und sobald wir natürlich über dem Berg dieses Nachholbedarfs sind, dann müssen wir schon wieder genauer hinschauen und die Ausgabenposten wieder restriktiver budgetieren. Denn jeder Franken, den wir wiederkehrend beschliessen und ausgeben, ist nachher schwierig zurückzuholen, vor allem, wenn es um Konsumausgaben geht. Steigende Ausgaben, die nicht das Kerngeschäft betreffen, lassen sich nachher kaum noch korrigieren.

Wir möchten zum Schluss für die Transparenz im IAFP danken. Die Entwicklung der Produktgruppen wird umfassend dargestellt, das schätzen wir sehr. Die FDP-Fraktion nimmt aus den erwähnten Gründen teilweise zustimmend Kenntnis vom IAFP.

**Fraktionssprecher Grüne/Junge Grüne, David Müller, Grüne:** Die Fraktion der Grünen und Jungen Grünen dankt dem Gemeinderat und der Verwaltung für die sehr gut strukturierten Unterlagen. Ich werde mich in meinem Votum auf die finanziellen Aspekte des Plans fokussieren. Klaus von Muralt wird später bei den Einzelvoten noch auf ein paar inhaltliche Themen eingehen.

Das budgetierte Defizit 2026 ist zwar nicht, was wir uns wünschen, das ist vermutlich klar, aber mit Blick auf die erwartete Entwicklung in den folgenden Jahren vertretbar. Aus Sicht der Grünen und Jungen Grünen zeigt der IAFP unter Berücksichtigung der vergangenen Entwicklung und der heutigen Ausgangslage gut auf, dass die Richtung dieser nächsten Schritte stimmt. Insbesondere ist erfreulich, dass nach Jahren des Investitionsstaus und äusserst tiefen Investitionsanteilen in den letzten zwei, drei

Jahren, jetzt die geplanten Investitionssummen ein bisschen steigen. Die transparente Darlegung der bewilligten bzw. nicht bewilligten Kredite ist zudem äusserst hilfreich für die Interpretation. Ob ein Investitionsanteil von durchschnittlich 12,7% aber reicht, um den Investitionsstau tatsächlich zu reduzieren, wissen wir weiterhin nicht und darf zumindest bezweifelt werden. Die Zielsetzung des Gemeinderates liegt ja bei 15%.

Der Investitionsplan weist ausserdem allein im Verwaltungsvermögen über CHF 80 Mio. an Projekte aus, die über die nächsten vier Jahre nicht investiert werden und somit auf die Folgejahre verschoben oder ganz gestrichen werden müssen. Der Investitionsbedarf ist also weiterhin hoch. Mit einer Schuldenbremse droht die Gefahr, dass wir erneut den gleichen Fehler machen wie vor einigen Jahren, nämlich auf Kosten von künftigen Generationen zu wenig zu investieren.

Zum Finanzertrag. Ja, dieser ist sehr relevant für das Gesamtergebnis. Aber um vielleicht das Votum von zuvor aufzunehmen: Mit welchem Geld werden die Verwaltungsangestellten bezahlt, welche die Projekte entwickeln? Aus dem Verwaltungsvermögen. Die beiden Gefässe getrennt anzuschauen, ist deshalb eigentlich absolut nicht zielführend.

Und dann noch zur Kritik wegen der wachsenden Ausgaben: Ein grosser Teil dieser Mehrausgaben ist entweder durch den Kanton mit Transferzahlungen vorgesehen, durch die Bevölkerung beschlossen - wie zum Beispiel beim Schloss - oder steht im Zusammenhang mit dringend notwendigen Investitionen - dort eben dann mit Effekten im Personalaufwand, Sach- und Betriebsaufwand, Abschreibungen etc. Wir sind der Überzeugung, dass es diese Ausgaben braucht, um weiterhin eine attraktive Gemeinde gewährleisten zu können. Im Gegenteil sind die Entwicklungen beim Personal- und Betriebsaufwand über die nächsten Jahre sogar äusserst knapp geplant bzw. fragen wir uns, ob der weiterhin hohe Investitionsbedarf nicht auch für die kommenden Jahre Zuwachs beim Personal notwendig machen wird. Zum Schluss noch ein positiver Aspekt aus grüner Perspektive: Es ist schön zu sehen, dass die Spezialfinanzierung Klimaschutz beginnt, eine Wirkung zu erzielen.

Zum Fazit: Trotz einigen offenen Fragen, die insbesondere die längerfristige Entwicklung bei den Investitionen angehen, sind wir der Meinung, dass unter der gegebenen Ausgangslage, die weiterhin sehr herausfordernd ist, durch den Gemeinderat ein gut austarierter Plan für die nächsten Schritte vorgelegt worden ist. Die Grünen und Jungen Grünen nehmen deshalb zustimmend Kenntnis vom IAFP.

**Fraktionssprecher SVP, Florian Moser, SVP:** Die SVP-Fraktion dankt für die transparenten und gut aufgearbeiteten Unterlagen zum IAFP 2026 bis 2029. Die finanziellen Herausforderungen in den nächsten Jahren der Gemeinde sind weiterhin stark spür-, und wenn man den IAFP anschaut, auch sichtbar. Beunruhigend ist die Tatsache, dass das Ergebnis aus der betrieblichen Tätigkeit im Budgetjahr 2026, so wie auch in den Planjahren, nicht auf Touren kommt und weiterhin Defizite zwischen CHF 10 und 13 Mio. aufweist. Der Gemeinderat hat erkannt, dass weiterhin grosse Anstrengungen notwendig sind, um die Ausgaben und die Einnahmen im Gleichgewicht zu halten.

Die geplanten kommenden Investitionen, vor allem in die Schulinfrastrukturen, in den Jahren 2026, 2027, 2028 und 2029, sind immens und belaufen sich eigentlich über den Verhältnissen der Könizer Finanzmöglichkeiten. Die SVP-Fraktion fragt sich auch, ob die Investitionen in diesem Rahmen überhaupt umgesetzt werden können. Das Ziel sollte ja sein, dass man es möglichst mit dem bestehenden Personal bewältigen kann und nicht die Verwaltung ausbauen muss.

Die SVP-Fraktion ist auch der Ansicht, dass der Handlungsspielraum angesichts der steigenden Verschuldung nicht erhöht werden kann – entgegen der Kommunikation der Gemeinde in der Medienmitteilung zum Budget. Das Finanzvermögen ist es, das uns in den letzten Jahren das Ergebnis gerettet hat und wenn dieses im Budget, wie es hier vorliegt, im Jahr 2026 nicht liefert, dann sehen wir, was rauskommt. Nichtsdestotrotz: Es ist, wie es ist, wir stehen, wo wir stehen und der IAFP ist ein gutes Instrument, um das vorherzusehen. Und er zeigt uns auch klar auf: Wir sind noch nicht über dem Berg, wir müssen weiterhin sehr achtsam mit unseren finanziellen Mitteln umgehen und vor allem planen und vorausschauend denken.

Noch kurz zu den Legislaturzielen ab Seite 81 des IAFP: Wir steuern mittlerweile auf das Ende dieser Legislatur zu. Der Gemeinderat sieht sich mit 84% auf Kurs. Dazu ist wichtig zu sagen, dass beim Schwerpunkt 3.3, bei welchem die Ausgaben und Einnahmen im Gleichgewicht sein sollen, sicherlich noch der grösste Handlungsbedarf da ist. Bei der Spezialfinanzierung sieht sich der Gemeinderat auf Kurs und diese sind gesichert. Dort ist der Schalter auf grün gelegt. Beim Budget und der Jahresrechnung ist es noch orange und könnte hoffentlich dann mit der Fiskalregel, die in Planung ist, für eine gewisse Planungssicherheit sorgen und auch dort möglichst auf grün kommen.

Wir nehmen den IAFP teilweise zustimmend zur Kenntnis und danken vielmals für den Bericht.

**Fraktionssprecherin SP/JUSO, Géraldine Boesch, SP Frauen:** Die SP/JUSO-Fraktion dankt dem Gemeinderat und der Verwaltung für den gut strukturierten und verständlichen IAFP – ihr habt es jetzt schon einige Male gehört, aber es kommt wirklich von Herzen. Sie begrüsst insbesondere, dass neu die ausgewiesene Unterscheidung zwischen beschlossenen Investitionen mit vorhandenem Verpflichtungskredit und nicht beschlossenen Investitionen ausgewiesen wird. Damit wird der Stand der Planung und Priorisierung besser nachvollziehbar.

Die wichtigsten finanziellen Eckwerte haben wir von der Finanzkommissionspräsidentin und einigen Vorrednern bereits gehört, ich möchte sie nicht wiederholen, sondern einzelne Punkte aus der Perspektive der SP/JUSO-Fraktion beleuchten und dann auf einige Punkte im Legislaturplan 2022 bis 2025 zu reden kommen.

Grundsätzlich teilt die SP/JUSO-Fraktion die Einschätzung des Gemeinderates zu einer stabilisierten Finanzlage. Wie wir aber gehört haben, ist der Realisierungsgrad der Investitionen unter den Erwartungen geblieben. Der Investitionsstau ist bei Weitem noch nicht abgebaut, es stehen dringende Sanierungen an, die eigentlich schon ganz lange hätten getätigt werden müssen. Kurzfristige Einzellösungen, wie die Anmiete von zusätzlichem Schulraum oder dem Einsatz von Provisorien, die kommen unter dem Strich immer teurer, als die längerfristigen Investitionen und belasten zudem auch die Erfolgsrechnung. Im IAFP ist der wachsende Personalaufwand ausgewiesen, darüber haben wir heute Abend schon einige Male gesprochen. Das erstaunt aber vor dem Hintergrund der anstehenden Investitionen nicht, weil die Vorarbeiten für die jeweiligen Projekte gemeindeintern erledigt werden und somit auch kostengünstiger.

Die SP/JUSO-Fraktion ist mit dem eingeplanten 1,5-Teuerungsausgleich im Jahr 2026 einverstanden. Das mag überraschen, dieses Mal ist es so. In den folgenden Jahren ist aber kein weiterer Teuerungsausgleich vorgesehen, obwohl die aufgelaufene Teuerung so nicht ausgeglichen ist. Die Personalvereinbarung der Gemeinde hat 2,8% Teuerungsausgleich gefordert. Die SP/JUSO-Fraktion nimmt zur Kenntnis, dass damit der Ausgleich von nur 1,3% der aufgelaufenen Teuerung ausstehend ist. Wir erwarten, dass die Teuerung des Personals in den folgenden Jahren jeweils so gestaltet wird, dass es keinen Verlust der realen Kaufkraft gibt und behalten uns vor, diesen Punkt in der Diskussion um das Budget 2027 erneut einzubringen. Der Teuerungsausgleich ist zudem wichtig – das ist für uns alle nichts Neues - um als Arbeitgeberin in Zeiten des Fachkräftemangels attraktiv zu bleiben.

Der IAFP ist ein bisschen ein Chamäleon: Das eine Auge schaut in die Zukunft, das andere in die Vergangenheit und wenn wir uns jetzt den Legislaturplan 2022 bis 2025 anschauen, dann ist das Chamäleon grün, mit einigen orangen Sprenkeln. Wir haben es gehört: Von diesen 58 Indikatoren sind 48 erreicht, 9 teilweise erreicht und kein Indikator ist nicht erreicht worden. Dieses positive Bild freut die SP/JUSO-Fraktion und sie ist der Ansicht, dass viele Prozesse gerade im Bereich Digitalisierung verbessert wurden. Die GPK-Referentin hat hierzu viele Beispiele genannt. Natürlich kann kritisch eingewendet werden, dass der Erfüllungsgrad von der Ambition der gesetzten Ziele abhängig ist. Die SP/JUSO-Fraktion ist aber mit der Klassifizierung grundsätzlich einverstanden.

Im Schwerpunkt «attraktiver Lebensbildungs- und Wirtschaftsstandort» sind wir sehr gut unterwegs, nur zwei Indikatoren sind teilweise nicht erfüllt. Es handelt sich bei diesen beiden aber gerade um zwei Themen, die der SP/JUSO-Fraktion sehr wichtig sind. Das eine ist die erneute Verschiebung der Erarbeitung des Familienkonzepts. Dazu haben wir im Budget auch einen Änderungsantrag gestellt, damit man dort die Ressourcen bereitstellt, um das anzugehen. Das andere ist die Überarbeitung des Integrationskonzepts, welches ebenfalls nicht angegangen worden ist.

Mit der Beurteilung des Indikators 1.5.3 a) als erfüllt, das ist «Schulraumplanung als ganzheitlicher und laufender Prozess ist eingerichtet», da ist die SP/JUSO-Fraktion nicht einverstanden, weil das Schul- und Betreuungsraumkonzept bisher nur als erster Entwurf vorliegt. Es soll erst Ende 2025 finalisiert werden und somit ist der Ansicht der SP/JUSO-Fraktion nach dieser Indikator nur teilweise erfüllt. Wir sind aber alle sehr zuversichtlich, dass man hier dranbleibt.

Das Familien- und das Integrationskonzept konnten gemäss IAFP wegen fehlender Ressourcen nicht erarbeitet oder respektive überarbeitet werden. Auch die Bildungsplanung ist wegen fehlender Ressourcen ins Stocken geraten. Es muss uns zu denken geben, dass gerade bei diesen wichtigen Themen, bei denen das Kind im Mittelpunkt steht, zu wenig Ressourcen vorhanden sind. Und vor diesem Hintergrund wird noch einmal deutlich, wie wichtig es ist, nicht beim Personal zu sparen.

Kommen wir zur nachhaltigen Entwicklung der Gemeinde: Die SP/JUSO-Fraktion begrüsst, dass die Umsetzung der Wohnstrategie und die Erarbeitung der Immobilienstrategie vorangetrieben werden soll, insbesondere die Massnahmen im Zusammenhang mit der strategischen Bodenpolitik. Die Planung des Areals Liebefeld-Mitte gehört hier dazu und die SP/JUSO-Fraktion ist auch dort zuversichtlich, dass bei diesem Areal, wie in unserer laufenden Richtlinienmotion gefordert, die Schaffung von genossenschaftlichem Wohnraum sowie von einem Mehrgenerationenprojekt eingeplant und umgesetzt wird.

Das Parlament - wir - müssen beurteilen, ob der IAFP für den Gemeinderat das geeignete Planungsinstrument ist und ob uns die vorgeschlagene Richtung und die Planung sinnvoll und wünschenswert erscheint. Die SP/JUSO-Fraktion nimmt den IAFP trotz der genannten Kritikpunkte zustimmend zur Kenntnis.

**Klaus von Muralt, Grüne:** Vielen Dank nochmals dem Gemeinderat für das Vorlegen des integrierten Aufgaben- und Finanzplans mit dem Controlling zu den Legislaturzielen. Er ist sehr gut und wichtig. Es ist wichtig, dass wir in der Gemeinde Köniz so ein übersichtliches Planungs- und Steuerungsinstrument haben.

Grundsätzlich sind wir von grüner Seite zwar nach wie vor der Meinung, dass der Legislaturplan wesentliche Aspekte für eine zukunftsfähige Gemeinde nicht berücksichtigt oder zu wenig berücksichtigt hat, wie zum Beispiel die Förderung des Fuss- und Veloverkehrs, die Begrünung von Strassen und Quartieren oder das biodiversifizieren von Parks und anderen Freiflächen. Wir wollen jetzt aber heute auf das den Fokus legen, worauf der Gemeinderat effektiv seine Schwerpunkte und Ziele gesetzt hat und dort gibt es bei den Controlling-Indikatoren Positives, aber auch Negatives. Ich will zuerst einmal mit Letzterem beginnen:

- Bezüglich Punkt 1.1.1 c) «Massnahmen sind im Familienkonzept aufgenommen», müssen wir leider sehr bedauern, dass die Erarbeitung des Konzepts aus Ressourcengründen erneut verschoben werden musste. Dieser Punkt müsste aus unserer Sicht nicht orange, sondern rot vermerkt sein, denn mit der Erarbeitung dieses Konzepts wurde offenbar noch nicht einmal begonnen.
- Dann auch bezüglich Punkt 1.5.3 a), das ist die Schulraumplanung, da müssen wir auch feststellen, dass es hier zu wenig schnell vorangeht und dass bei diesem Prozess bis jetzt zu wenig Konkretes herausgeschaut hat. Der Indikator ist aus unserer Sicht deshalb eher gelb bis rot, ganz sicher aber nicht grün, denn mit grüner Farbe kennen wir uns aus. Da Grün aber bekanntlich auch die Farbe der Hoffnung ist, sind wir weiterhin guten Mutes, dass hier bald etwas kommt und sind gespannt darauf, was der Gemeinderat uns hierzu präsentieren wird.

Kommen wir jetzt zum Positiven:

- Sehr erfreulich ist für uns, dass der Punkt 2.2.3 a), «Klimareglement der Gemeinde Köniz», jetzt in der Tat im grünen Bereich ist und das Netto-Null-Ziel 2045 für die Gemeinde und 2035 für die Gemeindeverwaltung verabschiedet wurde und in trockenen Tüchern ist. Weil ja, trocken wird es aller Voraussicht nach werden auf diesem Planeten und wir müssen alles in unserer Macht stehende unternehmen, damit es wenigstens ein wenig feucht bleibt und auch andere zukünftige Generationen von Menschen noch ein bisschen Feuchtigkeit haben.
- Höher schlagen lässt unser Herz diesbezüglich die gut voranschreitende Umsetzung von Punkt 1.1.2 b), «Fließgewässer, werden renaturiert» - mindestens zwei. Und da freuen wir uns jetzt schon darauf, den Stadtbach in Niederwangen oder auch den Sulgenbach im Rappentöri frei daher sprudeln zu sehen – vorausgesetzt natürlich, dass dann noch Wasser kommt.
- Sehr erfreut sind wir Grünen/Junge Grünen auch darüber, dass der gesamte Schwerpunkt 1.3, das ist eben das Schlossareal als Kultur- und Begegnungsort, vor grünen Indikatoren nur so strotzt und dass mit der Stiftung Schloss Köniz eine zukunftsfähige Lösung gefunden und etabliert werden konnte.
- Auch sind wir sehr zufrieden damit, dass die Bildungssteuerung und der Punkt 1.5.1 a) die richtige Abzweigung genommen hat und dass die Neuorganisation auf das Schuljahr 2026/2027 von allen Fraktionen, von allen Parteien mitgetragen wird. Denn, das ist uns wichtig zu betonen: Nur gemeinsam können wir vorangehen und etwas Gutes machen für die Gemeinde, um Köniz als lebenswerte und zukunftsgerichtete Gemeinde zu erhalten und zu gestalten.

**Gemeindepräsidentin Tanja Bauer, SP:** Ich komme wieder zurück zum IAFP und zum Finanzplan vor allem. Ich würde gerne die Sicht des Gemeinderates kurz darlegen und auf das eine oder andere eingehen, was ihr gesagt habt.

Wichtig ist eine Zahl. Diese Zahl ist ganz wichtig und zeigt euch auch, dass es in eine gute Richtung geht: Ende 2029 beläuft sich unser Bilanzüberschuss auf CHF 27,6 Mio., das sind unsere Reserven. Das sind aktuell 3 Steuerzehntel.

Für all jene, welche wissen, wie das vor vier Jahren ausgesehen hat – damals hat es nämlich gar nicht gut ausgesehen - die sehen, welchen Weg wir hier in kurzer Zeit machen und das bei grossen Herausforderungen. Wir können also - und an dieser Zahl macht es nämlich der Gemeinderat auch fest - unsere Finanzen weiter stabilisieren. Wir haben ganz offensichtlich grosse Reserven im Jahr 2029, die es uns erlauben, die Schwankungen, die auch auf uns zukommen werden und die Herausforderungen, wieder aufzufangen. Das haben wir natürlich nicht einfach auf der hohen Kante. Also das ist nicht Geld, das

wir einfach so auf Sicherheit haben, sondern das ist Geld, das wir in den nächsten Jahren brauchen werden, weil grosse Herausforderungen auf uns zukommen.

Was ganz, ganz wichtig ist, und das wurde mehrfach gesagt: Mit diesem Finanzplan zeigen wir euch, wie wir diese ganz wichtigen Investitionen für die Bevölkerung, zum Beispiel eben in den Bildungsraum, in die Infrastruktur, ob das Verkehr ist oder Freizeitanlagen, dass wir diese tätigen können. Wir machen das ja nicht nur hier auf dem Plan, das hat einen echten Mehrwert für die Bevölkerung und dafür sind wir da.

Es zeigt aber auch etwas Zweites, das heute gar niemand erwähnt hat, weil es schon so selbstverständlich geworden ist. Doch die ersten Jahre, als ich hier in diesem Parlament war, kam kein Finanzvotum ohne das Wort «Steuern» aus. Wir müssen die Steuern nicht erhöhen. Dieser Finanzplan zeigt, dass wir es mit der heutigen Steueranlage schaffen. Vielleicht haben wir uns einfach bereits zu sehr daran gewöhnt, aber das ist eine sehr gute Meldung für uns alle.

Der Gemeinderat hat sich klare Ziele mit einer Finanzstrategie gesetzt: Transparent und aus unserer Sicht sehr ambitioniert. Wir waren nicht sicher, ob wir das erreichen können. Wir wollten das aber so setzen, dass wir uns auch bewegen müssen. Und wir stellen heute fest: Die Kennzahlen, also der Bilanzüberschuss, die Bruttoverschuldung, die Investitionen, die Netto-Schuld pro Einwohner:in und die Steueranlage, all diese gesetzten Ziele entwickeln sich gemäss diesen Zielgrössen, also aus unserer Sicht in die Richtung, die wir wollen. Und trotzdem haben wir eben grosse Aufgaben vor uns, das habe ich zuvor schon erwähnt.

Als wir 2010 – ich blende jetzt noch ein bisschen weiter zurück als vor vier Jahren, ich blende jetzt mal ins Jahr 2010 zurück, ihr wisst auch, wieso, denn damals wurde nämlich die Steueranlage gesenkt – und damals, für jene, die das vielleicht vergessen haben, hatte die Gemeinde bereits über CHF 150 Mio. Schulden. Das hat damals aber niemanden beeindruckt, die Steueranlage nicht trotzdem zu senken. Ihr wisst auch, dass das sehr schnell sehr schwierig geworden ist und dass man danach eigentlich nur noch Defizite geschrieben hat, weil es schlicht und einfach ein strukturelles Defizit gegeben hat. Das hat man damals so in Kauf genommen - das darf man, das war eine politische Entscheidung. Man hatte damals genug Eigenkapital, um dies eine Zeit lang so zu machen. Es hatte aber grosse Effekte, denn man hat immer wieder Investitionen aufgeschoben, man hat den Unterhalt und die Reparaturen vernachlässigt. Man hatte so das Gefühl gehabt, dass man so etwas spart und das ziemlich lange. Das spüren wir natürlich heute sehr, sehr fest. Und trotzdem: Obwohl man das gemacht hat, ist die Verschuldung in dieser Zeit angestiegen. Das einzige Mal, als die Verschuldung nicht mehr angestiegen ist, war nach der Steuererhöhung. Die letzten drei Jahre haben wir sie stabilisiert oder sie ist gesunken. Was zeigt uns das? Es zeigt uns, es gibt einen engen Zusammenhang zwischen der Steueranlage, den Investitionen und der Verschuldung. Man kann das nicht einzeln denken.

Was ganz wichtig ist, wenn wir diesen Plan anschauen und das habt ihr heute mehrfach gesagt: Die grossen Herausforderungen, die wir haben, das ist nicht die Verschuldung, das sind die Investitionen, das ist der Treiber dahinter. Die Investitionen wurden so lange aufgeschoben, dass wir jetzt gleichzeitig mehrere Gesamterneuerungen machen müssen. Es wäre natürlich viel einfacher gewesen, man hätte diese über zehn Jahre verteilen können, dann wäre es mit den bestehenden Kapazitäten besser stemmbar. Jetzt hat man es so weit aufgeschoben, dass es manchmal gar nicht mehr anders geht, als Notsanierungen machen zu müssen. Das war nicht eine gute Idee, das ist teuer, das ist uns allen heute klar. Aber erst wenn wir das Problem gelöst haben – und wir zeigen im Finanzplan, wie wir kontinuierlich unsere Investitionstätigkeit steigern wollen, damit wir dieses Problem abtragen können - erst dann haben wir eine wirklich realistische Chance, auch die Verschuldung wieder zu stabilisieren und zu senken. Umgekehrt, wenn wir nämlich einfach jetzt die Verschuldung, wenn wir uns dort unrealistische Ziele setzen, dann wird es nur einen Effekt haben: Es wird grossen Druck auf die Steueranlage machen und wir werden in den nächsten Jahren wieder hier in jedem Finanzvotum das Wort «Steuererhöhung» hören und das will der Gemeinderat nicht. Er zeigt euch mit diesem Finanzplan, dass es auch nicht nötig ist, weil diese Herausforderung in den Investitionen, das geht jetzt nicht einfach immer so weiter. Das ist, glaube ich, zuvor auch gefragt worden. Nein, wir haben einen Stau. Diesen Stau kann man auch abbauen, das geht einfach realistischerweise einige Jahre. Das geht länger als die nächste Legislatur. Aber wenn wir uns dort wirklich Ziele setzen, dann kommt das auch wieder nach unten und diese Zeit wollen wir so überstehen, wie wir es euch hier zeigen. Wir wollen, dass das Finanzvermögen einen Anteil daran leistet, damit wir die Investition im Verwaltungsvermögen tätigen können. Das ist ja auch die Idee des Finanzvermögens: Es soll Rendite abwerfen, sonst ist es eigentlich nicht legitim, dass wir es haben, und wir wollen diese Gesamtsanierungen klug aufteilen, damit wir auch nicht unnötig viele Erhöhungen bei den Kapazitäten haben. Aber das ist eine Herausforderung, also das ist nicht einfach, das alles zu erreichen.

Was ganz wichtig ist: Sowohl die Schulhausprojekte wie auch die Arealentwicklungen sind Grossprojekte, sie sind grossen Schwankungen unterlegen. Es nützt nichts, wenn ihr jedes Jahr einzeln betrachtet. Deshalb habe ich vorher auch gesagt, das Wichtige ist die Zahl im 2029. Das ist nämlich die Summe aus allen Überschüssen und Defiziten addiert. Und das gibt euch eine Aussage, ob wir Handlungsspielraum haben oder nicht. Die einzelnen Jahre können durchaus auch mal negativer ausfallen, weil man dann halt auch viel macht. Das heisst dann insgesamt nicht unbedingt, dass das nur schlecht ist, denn dann sind wir vielleicht auch bei den Investitionen vorwärts gekommen, was sehr wichtig ist.

Aber auch die Arealentwicklungen passieren nicht über Nacht. Im Moment sind wir sehr intensiv am Rappentöri dran. Ich weiss nicht, wann hier das erste Mal die Worte «Rappentöri» und «Bauprojekt» gefallen sind, aber es war weit, weit bevor ich im Parlament war. Und in all diesen Jahren haben in der Verwaltung viele Leute daran gearbeitet und wenn wir das im Finanzplan merken, dann ist das in einem oder in zwei Jahren. Also das ist legitim verdientes Geld, das muss man irgendwann auch merken, das fällt überhaupt nicht vom Himmel, daran wurde jahrelang gearbeitet. Wichtig bei der Arealentwicklung ist aber auch ähnlich wie bei den Bildungsanlagen – es hat einen Gegenwert. Wir bauen auch Wohnungen. Ich werde pro Woche mehrfach von Leuten gefragt – gerade heute, als ich Essen einkaufte - ob ich einen Tipp habe, wie man zu einer Wohnung kommt. Wir haben eine solche Leerwohnungsziffer, das ist ein riesiges Thema. Es gibt dort einen wichtigen Gegenwert auch für die Bevölkerung.

Und dann möchte ich ganz kurz noch etwas zu etwas sagen, dass wir jetzt dann auch beim Budget noch besprechen werden. Diesen Verlust im Betrieblichen: Einen Drittel, vielleicht sogar ein bisschen mehr, des Sach- und Betriebsaufwands hat einen direkten Zusammenhang mit den Investitionen. Das muss man einfach wissen, das schlägt dort auf und solange wir natürlich dort einen Peak haben, wird auch das relativ hoch sein. Das muss man herausrechnen und dann sieht man, dass der Sach- und Betriebsaufwand sehr stabil ist.

Dasselbe beim Personalaufwand: Auch dort schlägt sich natürlich die Investitionstätigkeit nieder. Zusammengefasst ist der Gemeinderat klar der Meinung, dass wir unterwegs sind - dass wir besser unterwegs sind, als wir uns das vor ein paar Jahren noch alle hätten träumen lassen - aber dass es sehr herausfordernd bleibt und dass wir uns an unseren Plan halten müssen. Wenn wir das nicht machen, dann droht eine Blockade, die wir alle in der Vergangenheit mehrfach erlebt haben und die wirklich teuer für unseren Finanzaushalt ist.

Und deshalb sagen wir, wir üben weder auf die Investitionen noch auf die Steueranlage noch auf die Verschuldung zu viel Druck aus, aber haben alle im Auge und entwickeln alle schön weiter, so wie es unser Finanzplan euch zeigt.

Merci für die insgesamt positive Aufnahme und auch merci für die kritischen Voten. Es ist gut, dass man darüber schaut. Es ist eine schwierige Aufgabe und ich schätze auch, dass hier von euch eine klare Rückmeldung kommt und ich danke euch, wenn ihr unseren Weg und uns auch dabei unterstützt, dass wir uns auf diese Prioritäten fokussieren, die wir hier ausgewiesen haben und dass wir uns klar auf diesen Weg begeben können, so wie wir das hier auch vorsehen.

**Parlamentspräsident Casimir von Arx, GLP:** Dann schliesse ich die Debatte. Noch schnell einen Hinweis: In einem Votum sind die Leute zu Hause online begrüsst worden. Das ist ein Missverständnis, sie können das nicht hören. Wir nehmen nur die Tonspur auf und lassen das nachher von der Recapp-Applikation transkribieren und dann natürlich noch nachbearbeiten.

Der Gemeinderat beantragt dem Parlament, folgenden Beschluss zu fassen: Das Parlament nimmt Kenntnis vom IAFP 2026. Wir zählen die Stimmen aus. Wer zustimmend vom IAFP Kenntnis nehmen will, soll das mit der Hand zeigen. Wer teilweise zustimmend zur Kenntnis nehmen will, wer ablehnend zur Kenntnis nehmen will.

Ihr habt den IAFP wie folgt zur Kenntnis genommen: 16 zustimmend, 11 teilweise zustimmend, 9 ablehnend.

Es ist jetzt 21.00 Uhr. Wir machen bis um 21.15 Uhr einen Sitzungsunterbruch. Bei dieser Gelegenheit weise ich darauf hin, da hinten hat es Weihnachtspunsch - ich muss ihn dann noch schnell aufstellen, dass man ihn nehmen kann – selbstverständlich alkoholfrei, weil wir ja noch nicht am Ende der Sitzung sind.



## Beschluss

Das Parlament nimmt Kenntnis vom IAFP 2026.

(Abstimmungsergebnis: 16 zustimmende Kenntnisnahme, 11 teilweise zustimmende Kenntnisnahme, 9 ablehnende Kenntnisnahme)

PAR 2025/81

## Budget 2026

Beschluss; Direktion Präsidiales und Finanzen

### 1. Ausgangslage

Das Budget 2026 der Gemeinde Köniz rechnet mit einem Aufwandüberschuss von 7.7 Mio. CHF im allgemeinen Steuerhaushalt. Wesentliche Gründe sind höhere Zahlungen in den kantonalen Lastenausgleich und Ausgaben für die Sanierung des Ritterhuus als Investition in die Zukunft des Schlosses. Dies kann dank Reserven aus den vergangenen Jahren aufgefangen werden. In den Folgejahren werden ausgeglichene und positive Ergebnisse erwartet. Die Reserven können mittelfristig weiter geöffnet und die Steueranlage trotz der benötigten Investitionstätigkeit stabil gehalten werden.

### 2. Eckpunkte im Budget 2026:

- Beim Steuerertrag erwartet die Gemeinde weiterhin eine positive Entwicklung. Sie beruht auf den gestiegenen Steuererträge bei den natürlichen Personen, einer leichten Zunahme der Wohnbevölkerung und der erwarteten Entwicklung der Gewinne bei den juristischen Personen. Budgetiert ist ein Steuerertrag von 151.1 Mio. CHF.
- Der Sach- und Betriebsaufwand im allgemeinen Steuerhaushalt liegt mit rund 28.2 Mio. CHF unter der Rechnung 2024 (-2.7 %), aber über dem Budget 2025 (+2.2 %). Zu beachten gilt, dass über 35 % dieser Kosten in Zusammenhang mit Investitionen stehen (Vorbereitungen und Folgekosten, z. B. Unterhalt).
- Im Lastenausgleich sind höhere Zahlungen zu erwarten. Insbesondere die Lastenausgleichszahlungen an den Kanton sind im Vergleich zur Rechnung 2024 um 3.5 Mio. CHF höher. Praktisch gleich hoch ist die Zunahme im Vergleich zum Budget 2025.
- Der Gemeinderat hat im Budget 2026 für die Mitarbeitenden einen anteiligen Teuerungsausgleich von 1.5 % vorgesehen. Die Teuerung ist damit weiterhin nicht ausgeglichen.

Der Aufwandüberschuss im Budget 2026 wurde bereits in der vergangenen Finanzplanung ausgewiesen. Mittelfristig entwickeln sich die Finanzen der Gemeinde weiter positiv, so dass die benötigten Investitionen für die Bevölkerung wie z.B. in Bildungsstätten, Freizeitanlagen und Infrastruktur getätigt werden können. Die Mittelfristplanung zeigt auf, dass sich die Verschuldung, welche in den vergangenen Jahren leicht abgebaut werden konnte, moderater entwickelt als ursprünglich angenommen.

Der Bilanzüberschuss wird per Ende 2026 rund 21 Mio. CHF betragen. Dies entspricht über 2 Steuerzehntel (1 Steuerzehntel umfasst ca. 9 Mio. CHF). Er entspricht damit der Zielsetzung der gemeinderätlichen Finanzstrategie. Die strategischen Kennzahlen (Bilanzüberschuss, Bruttoverschuldung, Investitionen, Nettoschuld pro Einwohner:in, Steueranlage) entwickeln sich entsprechend den festgelegten Zielgrössen der Finanzstrategie. Die Gemeinde wird die Finanzen weiter stabilisieren und den Handlungsspielraum vergrössern können, bei stabilem Steuerfuss.

In den nachfolgenden Absätzen sind die wichtigsten Punkte des Budget 2026 aufgeführt.

### 3. Erläuterungen zur Erfolgsrechnung

In den nachfolgenden Abschnitten finden sich wesentliche Punkte der Erfolgsrechnung. Zusätzliche Inhalte finden sich im Budgetbericht 2026 (siehe Beilage).

#### a. Personalaufwand (alle Haushalte, SG 30)

Im Budget 2026 ist ein anteiliger Teuerungsausgleich von 1.5 % vorgesehen. Die Teuerung ist damit aber weiterhin nicht ausgeglichen. Seitens Personalvereinigung der Gemeinde wurden 2.8% gefordert. Der Anteil an der individuellen Leistungsentschädigung beläuft sich auf 0.7 %. Ein potentieller Mehrbedarf an Personal wurde mit ca. CHF 0.8 Mio. berücksichtigt. Bei diesem Betrag handelt es sich um einen Platzhalter unter Berücksichtigung von Rotationsgewinnen und zeitlichen Verzögerungen bei der Rekrutierung (Fachkräftemangel). Die Stellen müssen durch die Abteilungen einzeln beim Gemeinderat beantragt werden. Ab 2026 fallen die Beitragszahlungen an die Pensionskasse aufgrund des Primatwechsels in der Höhe von rund CHF 1.7 Mio. weg.

#### b. Sach- und Betriebsaufwand (SG 31)

Der Sach- und Betriebsaufwand beläuft sich im allgemeinen Steuerhaushalt unter der Rechnung 2024 (-2.7 %), aber über dem Budget 2025 (+2.2 %). Zu berücksichtigen gilt, dass über 35 % dieser Kosten im direkten Zusammenhang mit Investitionen stehen (Investitionsvorbereitend bzw. Folgekosten von Investitionen [Unterhalt und Reparaturen]).

#### c. Transferaufwand (SG 36)

Im Vergleich zum Budget 2025 reduziert sich der Transferaufwand im Budgetjahr 2026, weil im Jahr 2025 der Einschuss in das Stiftungskapital Schloss Köniz enthalten ist. Steigerung im Transferaufwand werden durch höhere Lastenausgleichszahlungen (CHF +3.7 Mio. zu Budget 2025), sowie durch steigende Kosten für Lehrpersonal (CHF +1.2 Mio. zu Budget 2025) verursacht. Bei den Lastenausgleichszahlungen wird vor allem beim Lastenausgleich Soziales eine markante Zunahme verzeichnet (CHF +3.6 Mio.). In der Rechnung 2024 ist ein überdurchschnittlich markanter Anstieg zum langjährigen Durchschnitt angefallen. Deshalb wurde im Budget 2026 die Empfehlung des Kantons für 2026 – mit einem Abschlag von 2.5 % - übernommen. Der Abschlag begründet sich durch die unveränderte, regelmässige Überschätzung der kantonalen Finanzplanempfehlungen.

#### d. Finanzaufwand (SG 34)

Der Finanzaufwand steigt im Vergleich zum Budget 2025 um knapp CHF 1.5 Mio. an und beinhaltet die Übergabe von Sachanlagen an die Stiftung Schloss von ca. CHF 3.5 Mio. (Teilsanierung Ritterhaus). Der Zinsaufwand beläuft sich mit CHF 4.4 Mio. aufgrund der Zinsentwicklungen unter dem Budget 2025 und nur leicht über dem Rechnungsabschluss 2024. Der Liegenschaftsaufwand weist eine Zunahme von ca. CHF 0.5 Mio. im Vergleich zum Vorjahresbudget und ist durch den zunehmenden Unterhaltsbedarf zu begründen.

#### e. Steuerertrag (SG 40)

Die hohe Nachzahlung in der Jahresrechnung 2024 (zu Gunsten Steuerjahr 2022) wirkend sich nachhaltig auf die Planungsgrundlagen bei den natürlichen Personen aus (Erhöhung des durchschnittlichen Steuerbetrages pro nat. Person). Der Steuerertrag berücksichtigt sowohl die Entwicklung der mittleren Wohnbevölkerung, die positive Entwicklung des durchschnittlichen Steuerertrages der natürlichen Personen (+0.7%) und auch die erwarteten Entwicklungen bei juristischen Personen (moderater Rückgang in 2026 von -1%). Bei den übrigen Steuern wird mit einer leichten Zunahme gerechnet. Diese berücksichtigt auch eine potentielle Zunahme bei den Sonderveranlagungen (Pensionierungen Babyboomer, Auszahlung 3. Säule und teilweise auch aus 2. Säule).

#### **f. Finanzertrag (SG 44)**

Im Vergleich zu Budget 2025 liegt der Finanzertrag mit CHF 9.4 Mio. um ca. CHF 6 Mio. unter dem Budget 2025. Im Budgetjahr 2026 ist bei den Arealentwicklungen keine Veränderung bei den arealabhängigen Baurechtszinsen vorgesehen. Damit entfallen die diesbezüglichen positiven Bewertungseffekte in 2026 nicht. Diese Schwankungen im Finanzertrag zeigen auch auf, wie wichtig die Entwicklung des Finanzvermögens für die finanzielle Entwicklung der Gemeinde ist. Der Liegenschaftsertrag steigt dank der Mietzinseinnahmen des in 2025 gekauften Areals (Otto's) um CHF 1.6 Mio. an. Da das Nettofinanzvermögen der Liegenschaften im Vergleich zu den langfristigen Zinsen einen negativen Wert zeigt, kann im Budget aus der Zinsschwankungsreserve bezogen werden (der Bezug erfolgt in der SG 48 ausserordentlicher Ertrag).

#### **g. Ausserordentlicher Ertrag (SG 48)**

Per 1.1.2026 wurde gemäss kantonaler Vorgabe die finanzpolitische Reserve zu Gunsten des Bilanzüberschusses aufgelöst. Zusätzlich fallen in 2026 die Erträge aus der Auflösung der Neubewertungsreserve weg (ca. CHF 2.6 Mio. Auswirkungen aus Umstellung auf HRM2). Aus diesen Gründen wird im Vergleich zu Budget 2025 ein entsprechender geringerer Ertrag von lediglich CHF 1.090 Mio. budgetiert. Einmalig für 2026 ist ein Bezug aus der Zinsschwankungsreserve in der Höhe von ca. CHF 0.2 Mio. vorgesehen

### **4. Spezialfinanzierte Haushalte**

Die spezialfinanzierten Haushalte weisen insgesamt einen Aufwandsüberschuss vor Rechnungsausgleich von ca. CHF 2 Mio. auf. Davon stammen knapp CHF 1.3 Mio. aus den Haushalten Wasserversorgung sowie Siedlungsentwässerung und Gewässerschutz. Bei diesen beiden Haushalten werden die Ergebnisse bei den anstehenden Abschlüssen Rechnung 2025 analysiert und gegebenenfalls Massnahmen vorgenommen. Weitere ca. CHF 370'000 Aufwandsüberschuss stammen aus dem spezialfinanzierten Haushalt KEGUL. Dieser wird voraussichtlich per 2026 in den Status der Nachsorge umgestellt. Die Kosten der Nachsorge werden mit den dafür vorgesehenen Reserven wie geplant über mehrere Jahrzehnte gedeckt werden können. Dadurch werden auch weniger Kosten anfallen. Eingepplant ist unverändert der vorgelagerte Status Endabdeckung, welcher höhere Kosten verursacht.

### **5. Investitionen**

Wie in anderen Gemeinden und Städten ist der Bedarf an Investitionen auch in Köniz unverändert hoch und es besteht weiterhin grosser Nachholbedarf. Beim Investitionsvolumen wird zwischen bewilligten und nicht bewilligten Investitionen differenziert. Die einzelnen Investitionen werden jeweils durch das dafür zuständige ausgabenkompetente Organ (GR, Parlament oder Stimmbürger) bewilligt und nicht über den Budgetprozess. Die nicht bewilligten Investitionen müssen erst noch beantragt werden. Bei der Umsetzung von Investitionen kann es aus diversen Gründen immer wieder zu Verzögerungen kommen (zeitlichen Verschiebungen, Kürzungen oder ersatzlosen Streichungen). Insgesamt rechnet der Gemeinderat bei den bewilligten Investitionen (Verpflichtungskredit vorliegend) mit einem hohen Realisierungsgrad von 90 % (allgemeiner Steuerhaushalt). Bei den nicht bewilligten Investitionen wird mit einem Realisierungsgrad von 30 % gerechnet. Bei den spezialfinanzierten Haushalten wird aufgrund der eher tiefen Investitionsvolumen sowohl bei den bewilligten als auch bei den nicht bewilligten mit einem Realisierungsgrad von 100% gerechnet.

Bei den Investitionen kann es im Zusammenhang mit Grossprojekten für Schulen, Sport- und Freizeitanlagen zu deutlichen Peaks (Bedarf und Umsetzung) kommen. Der Gemeinderat sieht für 2026 auf Stufe Gesamthaushalt ca. CHF 25 Mio. realisierbare Investitionen vor. Diese umfassen ca. CHF 20 Mio. im Steuerhaushalt und ca. CHF 5 Mio. in den spezialfinanzierten Haushalten.

## 6. Finanzielle Entwicklung der Gemeinde

Im Budget 2026 ist ein Bilanzüberschuss von ca. CHF 21 Mio. vorgesehen. Die positiven Signale aus der Hochrechnung 2025 (Stand Juni) sind in diesem Wert nicht berücksichtigt. Bezüglich der mittelfristigen Entwicklung der Ergebnisse der Gemeinde wird auf den Parlamentsantrag IAFP 2026 verwiesen.

## 7. Folgen bei der Ablehnung

Entscheidet das Parlament, das Budget 2026 abzulehnen, wird die Gemeinde das Jahr 2026 ohne Budget beginnen. Dies würde bedeuten, dass analog zum Jahr 2022 wieder bis zum Vorliegen eines rechtskräftigen Budgets der Prozess des budgetlosen Zustandes eingeführt werden müsste und nur noch unumgängliche Ausgaben getätigt werden könnten.

## Antrag

Der Gemeinderat beantragt dem Parlament, folgenden Beschluss zu fassen:

1. Das Parlament beschliesst im Budget 2026 zu Gunsten Konto 1680.4893.10 einen Bezug aus der Spezialfinanzierung "Zinsschwankungsreserve" in der Höhe von CHF 220'000 vorzunehmen.
2. Das Parlament genehmigt mit dem Budget 2026 folgende Steuern zu erheben:
  - a. die ordentlichen Gemeindesteuern im 1.58-fachen Betrag der für die Kantonssteuern geltenden Einheitssatz.
  - b. die Liegenschaftssteuer von 1.2 ‰ auf dem amtlichen Wert der Liegenschaft.
3. Das Parlament genehmigt das Budget der Erfolgsrechnung 2026:

Gesamthaushalt		
Gesamtertrag	CHF	263'319'040.04
Gesamtaufwand	CHF	<u>273'028'376.95</u>
Aufwandsüberschuss	CHF	9'709'336.91
davon:		
Allgemeiner Haushalt (Steuerhaushalt)		
Aufwandsüberschuss	CHF	7'704'643.87
Spezialfinanzierte Haushalte		
Aufwandsüberschuss	CHF	2'004'693.04

Köniz, 17. September 2025

Der Gemeinderat

## Beilagen

- 1) Budgetbericht 2026

## Diskussion

**Parlamentspräsident Casimir von Arx, GLP:** Ich habe noch eine kleine Berichtigung zu vorher beim Abstimmungsverfahren zu den Sitzungsgeldern. Hat es jemand gemerkt? Ich habe immer das absolute Mehr bei der Gegenüberstellung dieser drei Anträge falsch gesagt. Gemäss Artikel 74 des Geschäftsreglements des Parlaments werden nämlich die Enthaltungen bei der Bestimmung des absoluten Mehrs nicht gezählt, es hat in dieser Abstimmung 6 Enthaltungen gegeben, deshalb wäre das absolute Mehr sogar schon bei 16 erreicht gewesen.

Gut, wir kommen zum Traktandum 7, Budget 2026. Das ist ein Beschluss, zuständig ist die Direktion Präsidiales und Finanzen. Die Sitzungsakten bilden der Antrag des Gemeinderates, der Budgetbericht 2026 und die Tischvorlage mit den Abänderungsanträgen. Die aktuellste Version der Tischvorlage habt ihr heute um 17.00 Uhr per Mail bekommen und diese liegt hier in Papierform vor. Es hat dort noch folgende Korrekturen gegeben bei der Berechnung einzelner Budgetanträge: Beim Abänderungsantrag Nr. 1, betreffend die Teuerung, das ist ein Abänderungsantrag der SVP, ist beim Steuerhaushalt der neue Stand des Kontos 1050.3010.80, Lohn, -CHF 1,46 Mio. und beim Abänderungsantrag Nr. 3 ist das Konto geändert worden. Dies ist der Abänderungsantrag Nr.3 der SP/JUSO-Fraktion. Dort hat es allerdings noch ein Missverständnis gegeben, nimmt vielleicht schnell die Tischvorlage: Beim Abänderungsantrag Nr. 9, dort ist im Moment ein falsches Konto angegeben. Das falsche Konto lautet 3970.3130.73 mit dem Kontostand gemäss Antrag Gemeinderat CHF 49'990 und wenn der Antrag durchkommt, CHF 50'000 Franken mehr. Das richtige Konto lautet 3940.3130.95. Der Kontostand ist CHF 0.00 gemäss Budgetantrag und wäre CHF 50'000, wenn der Antrag durchkommt. Ich denke, für die politische Entscheidungsfindung ist es nicht ein relevanter Unterschied, aber einfach, damit wir es korrekt benennen. Also das Vorgehen ist wie folgt: Es gibt einen allgemeinen Teil, dort spricht zuerst die FIKO-Präsidentin, nachher die Fraktionen, dann gibt es Einzelvoten und dann kommt der Gemeinderat. Danach gibt es eine Detailberatung, dort beraten wir das Budget der Erfolgsrechnung: Es gibt Einzelvoten, Gemeinderatsvoten und Abstimmung. Auch hier habe ich euch mit Mail vom 27. Oktober darauf hingewiesen, dass Anträge schriftlich vorliegen müssen.

**Fiko-Präsidentin Brigitte Rohrbach, SP Frauen:** Die Finanzkommission bedankt sich beim Gemeinderat und der Verwaltung für die umfangreichen Unterlagen. Wie bereits im vorigen Traktandum erwähnt, ist die Finanzkommission an der Sitzung vom 1. September erstmals über die Hochrechnung 2025 und das Budget 2026 informiert worden. Die Informationen wurden für die Verwaltungsbesuche der Finanzkommission benötigt. Für die interessanten Einblicke in die einzelnen Direktionen wie auch die offenen Diskussionen mit den verantwortlichen Personen möchten wir uns herzlich bedanken. Die finale Vorlage inklusive Parlamentsantrag ist von der Finanzkommission an der Sitzung am 20. Oktober geprüft worden. Dabei konnte einstimmig festgehalten werden, dass die für den Entscheid notwendigen Unterlagen vorliegen. Die generellen Annahmen sind in den Unterlagen dargestellt und entsprechen den Annahmen im IAFP.

Hier die wichtigsten Punkte für das Budget 2026:

- Das Budget 2026 weist einen Aufwandüberschuss von CHF 7,7 Mio. auf. Gemäss kantonomer Vorgabe wird die finanzpolitische Reserve per 2026 zugunsten des Bilanzüberschusses aufgelöst. Aus diesem Grund kann ab 2026 keine Entnahme mehr aus der finanzpolitischen Reserve zugunsten des ausserordentlichen Ertrags gemacht werden. Der Aufwandüberschuss wird vollumfänglich dem Bilanzüberschuss belastet.
- Per Ende 2026 wird auf Basis des Budgets 2025 ein Bilanzüberschuss von CHF 21 Mio. erwartet. Damit kann die Vorgabe gemäss Finanzstrategie des Gemeinderates erfüllt werden. Der Aufwandüberschuss per Ende 2026 kommt nicht überraschend und ist bereits in der vergangenen Finanzplanung ausgewiesen worden. Ins Gewicht fallen hier die anteiligen Kosten im Zusammenhang mit der Gründung der Stiftung Schloss Köniz und der damit verbundenen Sanierung des Ritterhauses von CHF 3,5 Mio., die gemäss Entscheid des Kantons wie im Vorjahr vollumfänglich der Erfolgsrechnung belastet werden müssen.
- Im Personalaufwand wird mit einem Teuerungsausgleich von 1,5% sowie einem Anteil von 0,7% für individuelle Leistungsentschädigungen geplant. Ein Mehrbedarf an Personal ist mit CHF 0,8 Mio. eingeplant worden. Damit sind aber, wie bereits im vorigen Votum von mir erwähnt, keine zusätzlichen Stellen genehmigt worden. Der signalisierte Mehrbedarf der Abteilungen muss einzeln beantragt und vom Gemeinderat genehmigt werden.

- Der Sach- und Betriebsaufwand nimmt gegenüber dem Budget 2025 um 2,2% zu. Die im Zusammenhang mit Investitionen stehenden vorbereitenden Kosten weisen eine Zunahme von CHF 1,1 Mio. im Vergleich zum letzten Budget auf. Die übrigen Kosten in diesem Bereich weisen stabile Werten auf.
- Der Transferaufwand fällt zwar gegenüber dem Budget 2025 tiefer aus, steigt aber insgesamt trotzdem an. Im Budget 2025 war die einmalig angefallene Anschubfinanzierung für die Stiftung Schloss Köniz von CHF 4,5 Mio. enthalten. Allgemein sind im Lastenausgleich an die Kantone höhere Zahlungen zu erwarten. Diese fallen um CHF 3,6 Mio. höher aus als im letztjährigen Budget.
- Für den Lastenausgleich Soziales wird aufgrund von Erfahrungswerten davon ausgegangen, dass sie vom Kanton ein bisschen zu hoch angesetzt sind. Für das Budget 2025 sind diese deshalb leicht nach unten korrigiert worden.
- Es wird erwartet, dass der Fiskaltrag der natürlichen Personen gemäss Abschluss 2024 nachhaltig ist und somit fortgeschrieben werden kann.
- Zudem wird im Zusammenhang mit den Arealentwicklungen von einem durchschnittlichen Wachstum der mittleren Wohnbevölkerung ausgegangen.
- Wie bereits im IAFP erwähnt, fallen im nächsten Jahr keine Zusatzeinnahmen bei den arealabhängigen Baurechtszinsen an. Im Jahr 2026 ist aber einmalig ein Bezug aus der Zinsschwankungsreserve in der Höhe von CHF 0,2 Mio. eingeplant. Das ist der Antrag des Gemeinderates Ziffer 1. Das ist möglich, da das Nettovermögen im Vergleich zu den langfristigen Zinsen eine geringe Entwicklung aufweist. Eine Mehrheit der Finanzkommission ist der Meinung, dass die Zinsschwankungsreserven in Tiefzinsphasen, wie sie aktuell vorherrschen, nicht aufgelöst werden sollten. Auf diese Reserven sollte erst bei steigenden Zinsen zurückgegriffen werden.
- Wie ebenfalls bereits beim IAFP erwähnt, können die Investitionen mit der Realisierungsquote nachvollzogen werden. Es besteht aber weiterhin ein grosser Nachholbedarf. Für 2026 wird mit Nettoinvestitionen von gesamthaft CHF 25,3 Mio. gerechnet. Ein Teil der Finanzkommission befürchtet, dass mit dem getätigten Investitionsvolumen der Berg nicht abgebaut werden kann, sondern nur vor sich hin geschoben wird. Diesen Umstand wird uns in den nächsten Legislaturen, wie Tanja Bauer auch bereits gesagt hat, weiterbeschäftigen.

Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass hier ein nicht überraschendes negatives Budget für 2026 präsentiert wird. Das wird durch höhere Aufwände aufgrund von notwendigen Unterhalts- und Reparaturarbeiten, steigenden kantonalen Lastenausgleichszahlungen sowie anteiligen Kosten im Zusammenhang mit dem Thema Zukunft Schloss Köniz belastet. Aufgrund des fehlenden Finanzertrags und der Arealentwicklungen können die Kosten im Jahr 2026 nicht aufgefangen werden. Im Bereich der Spezialfinanzierungen wird mit einem Aufwandüberschuss von gut CHF 2 Mio. gerechnet. Die zu erwartenden Verluste werden jeweils aus der Spezialfinanzierung Rechnungsausgleich entnommen.

Zu den Empfehlungen zu Handeln des Parlaments:

Die Finanzkommission empfiehlt dem Parlament, die Anträge des Gemeinderates Ziffer 1 bis 3 wie folgt anzunehmen resp. abzulehnen:

1. 3 Stimmen dafür, 4 Stimmen dagegen.
2. Einstimmige Zustimmung.
3. 4 Stimmen dafür, 2 Stimmen dagegen, bei einer Enthaltung.

**Parlamentspräsident Casimir von Arx, GLP:** Frage an den Gemeinderat: Gibt es neue Erkenntnisse oder Ergänzungen zum schriftlichen Bericht? Das ist nicht der Fall. Das Eintreten auf dieses Geschäft ist ebenfalls obligatorisch.

**Fraktionssprecher EVP-GLP-Mitte, Matthias Müller, EVP:** Die EVP-GLP-Mitte-Fraktion hat die Anträge des Gemeinderates bezüglich dem Budget 2026 entgegengenommen und beurteilt. Wir anerkennen die Arbeit der Verwaltung bei der Erarbeitung des Budgets 2026.

Der Ausgabenüberschuss ist nicht zufriedenstellend. Wir haben in der vergangenen Legislatur immer deutlich gemacht bei der Budgetdiskussion, was wir erwarten. Ein ausgeglichenes Budget zu erarbeiten, ist leider nie erfolgreich gelungen. Das rote Budget 2026 wurde angekündigt, das stimmt, das macht es aber nicht besser. Aufwandüberschüsse sind in dieser Legislatur offenbar Programm, jetzt beträgt er sogar CHF 7,7 Mio. Kürzungen wären nötig, aber der Gemeinderat will das ja nicht. Die Ausgabe für das Schloss ist das eine, das akzeptieren wir, aber auch ohne Schloss gäbe es einen Ausgabenüberschuss von mehreren Millionen Franken. Der resultierende Bilanzüberschuss Ende 2026 prognostiziert, ist nur leicht mehr als 2 Steuerzehntel. Das, weil natürlich das Defizit vom ganzen Jahr daraus finanziert werden muss. Das ist eine sehr knappe Kapitaldecke und die kann im Nu wegschmelzen. Wir nähern

uns bereits jetzt wieder dem absolut notwendigen Minimum und die – oh Schreck – zahnlose Finanzstrategie des Gemeinderates befindet sich zu diesem Thema im ahnungslosen Dornröschenschlaf.

Erfreulich - und es gibt Erfreuliches - ist, der sich positiv entwickelnde Fiskalertrag. Wir haben glücklicherweise kein Einnahmenproblem, aber wir haben ein Ausgabenproblem. Der Personal-, Sach- und Betriebsaufwand steigt an, seit mehreren Jahren schon, wir haben es auch schon gehört. Die nötigen Investitionen - und diese anerkennen wir ausdrücklich - sind zahlreich. Weil aber der Selbstfinanzierungsgrad derart tief und mangelhaft ist, werden wir uns zwangsläufig weiter verschulden. Das ist unerfreulich, das ist gefährlich für die Zukunft. Wir lösen unsere Probleme in diesem Zusammenhang über das süsse Gift der Verschuldung. Das süsse Gift der schleichenden Verschuldung versteckt temporär die instabilen Finanzen. Das ist wenig nachhaltig, das ist wenig enkeltauglich. Das muss sich ändern. Wir möchten lieber aus eigener Kraft investieren, statt übermässig zu konsumieren.

All das schreit, und ihr könnt es ahnen, förmlich nach der smarten Könizer Fiskalregel. Zum Glück debattieren wir schon bald darüber und wir, die EVP-GLP-Mitte-Fraktion, wir wollen Köniz ein weiteres hilfreiches und zielführendes Instrument zur Verfügung stellen. Die Unzufriedenheit bei uns in der Fraktion ist gross. Der Mahnfinger in den letzten Jahren hat beim alten Gemeinderat nie genutzt.

Zur Zinsschwankungsreserve: Die Entnahme, die geplant ist, die lehnen wir ab. Sie ist technisch möglich aufgrund von aussergewöhnlichen Umständen. Dass aber die Entnahme bei historisch tiefen Zinsen passiert, ist nicht im Sinne des Erfinders oder der Erfinderin und unsere Fraktion lehnt diese ab. Wir würden diese Entnahme bereuen, wenn die Zinsen dann tatsächlich einmal so hoch sind, wie wir vermuten oder wie es auch sein kann und die Verschuldung dann eben auf diesem hohen prognostizierten Niveau ist.

Der Gemeinderat beschreibt die Folgen einer Ablehnung des Budgets in Form einer Drohkulisse. Ein budgetloser Zustand, ja, das will ja wirklich niemand in diesem Saal. Aber wir wollen auch nicht einfach nur «ja» sagen können müssen, so kurz vor Jahresende aufgrund des späten Vorliegens des Budgets. Deshalb auch hier eine kleine Wiederholung, lieber Gemeinderat: Wir wollen, dass die Budgets grundsätzlich früher ins Parlament kommen, sicher immer vor den Herbstferien, damit daran gearbeitet werden kann, ohne gerade wieder den budgetlosen Zustand heraufzuschwören. Weil aber der Gemeinderat ganz offensichtlich an seinen Prozessen nichts ändern will, werden wir in Kürze Verbesserungen anstossen. Ich sehe aus parlamentarischer Sicht, aus der Sicht von uns hier vorne allen und ein paar, die dort hinten im Büro sitzen, keinen Grund gegen eine frühere Behandlung des Budgets. Es wird für mich sehr erhellend, wenn nicht entlarvend sein, wer in diesem Stall dann den Status Quo verteidigen will.

Das Budget kurz zusammengefasst: Alle Jahre wieder ist es zu spät und zu rot. Wir hätten dieses gerne früher und wenn die Fraktion dann abstimmt, dann kann ich dann gerne später noch Auskunft geben.

**Fraktionssprecher Grüne/Junge Grüne, David Müller, Grüne:** Auch hier danken wir dem Gemeinderat und der Verwaltung herzlich für das übersichtliche und gut dokumentierte Budget 2026.

Weiterhin: Der Aufwandüberschuss ist nicht das, was wir uns wünschen, das ist klar, es gilt aber, das Resultat genauer anzuschauen. Diese CHF 3,5 Mio. für die Zukunft des Schlosses ist eine einmalige Ausgabe, das wurde schon benannt und diese wurde von der Bevölkerung beschlossen und hat dann hier im Parlament auch keine Opposition gefunden.

Der Zuwachs bei den Ausgaben wurde ja zuvor auch gerade kritisiert. Auch dort muss man aber genauer hinschauen. Ein Beispiel: Die Unterhaltsarbeiten steigen gegenüber dem Budget 2025 um über 10%, das ist massiv und ist über eine Million beispielsweise und das zeigt eben genau den grossen Nachholbedarf, den wir beim Unterhalt haben, weil wir in den letzten Jahren eben dort zu viel gespart haben. Es wäre falsch, bei maroden Leitungen und so weiter, noch weiter zu sparen. Darum: Diesen Zuwachs braucht es.

Betreffend neue Schulden: Ja, es wäre besser, wenn wir die Investitionen tätigen könnten, ohne zusätzliche Schulden einzugehen. Gleichzeitig sind wir klar der Meinung, dass endlich Schluss mit dieser unverantwortlichen Politik sein muss, dass notwendige Investitionen einfach auf die nächste Generation übergeben werden. Ein geplanter Investitionsanteil von knapp 11% im Jahr 2026 trägt noch nicht wirklich zu einem Abbau bei. Der zwar höhere, aber immer noch tiefe Investitionsanteil kombiniert mit dem tiefen Selbstfinanzierungsgrad legt die Frage nahe ob wir genügend Erträge haben, um den Investitionsstau endlich abzubauen.

Gleichzeitig sehen wir, dass das Ergebnis in der Hochrechnung für das aktuelle Jahr 2025 wesentlich besser aussieht, als im Budget gedacht. Wir haben um die CHF 30 Mio. Reserven auf der Seite. Das Defizit mit seinen Investitionen in die Zukunft, die Zukunft des Schlosses, die Investitionen in die Schulhäuser und in den Klimaschutz sind deshalb tragbar und unumgänglich. Die Grünen und Jungen Grünen stimmen deshalb den Anträgen des Gemeinderates zu. Wir erwarten allerdings auch mit Spannung, die mehrfach versprochene Bildungsraumplanung, um den Investitionsstau faktenbasiert zu reduzieren.

Zu den Anträgen auf der Tischvorlage: Wir sind für einen Teuerungsausgleich von 1,5%. Es ist wichtig, dass der Kaufkraftverlust bei den Mitarbeitenden ausgeglichen wird – zumindest teilweise - und dass die Gemeinde als Arbeitgeberin attraktiv bleibt.

Die Anträge der SP/JUSO unterstützen wir, da haben wir uns schon in früheren Debatten inhaltlich dafür ausgesprochen.

Noch eine Bemerkung zur Zinsschwankungsreserve: Auch wenn diese CHF 200'000 den Braten nicht wahnsinnig fett machen, sind wir klar der Meinung, dass die Entnahme sinnvoll ist. In der Reserve sind schon knapp CHF 5 Mio. deponiert. Wenn wir in der Situation des doch deutlichen Defizits im nächsten Jahr etwas lindern können, ist das sinnvoll. Die Reserve ist weiterhin gut gefüllt.

**Fraktionssprecher FDP, Dominic Amacher, FDP:** Vielen Dank auch von unserer Seite an die Direktion Präsidiales und Finanzen für die Unterlagen. Diese sind sehr übersichtlich und alles ist schön dargestellt.

Das Budget 2026 bringt ja keine Überraschung. Wir wussten schon vor einem Jahr, dass diese CHF 9,7 Mio. da sein werden. Im Steuerhaushalt waren wir noch ein bisschen schlechter, das hat sich mit der Spezialfinanzierung gekehrt, aber am Ende des Tages haben wir gewusst, es kommt ein grosser Verlust auf uns zu. Und trotzdem hat das Parlament in diesem Jahr keinen Anschein gemacht, diesen Umständen Rechnung zu tragen. Also da können wir das Budget noch so früh bringen, es ändert sich nichts, wenn sich das Parlament nicht zurückhält, was auch Teil dieser Geschichte ist, ich komme später darauf zurück.

Die steigenden Kosten stellen uns weiterhin vor Herausforderungen und das Budget 2026 zeigt sinnbildlich: Fehlen Sondereffekte, dann resultieren rote Zahlen. Und dafür kann man nicht dem Schloss Köniz alleine die Schuld geben, da sind wir uns hoffentlich einig. Wir müssen investieren, wir haben einen Stau, wir haben einen Bedarf, wir wollen Klimamassnahmen umsetzen, wir müssen den Unterhalt vorantreiben. Die Pendenzenliste ist also sehr, sehr lang. Und diese Aufgaben und diese Investitionen müssen durch die Verwaltung geplant, vorbereitet und umgesetzt werden. Das heisst also: Kürzungen in diesem Bereich bringen uns im Moment nicht weiter, denn dann würden die Kosten einfach in die Zukunft geschoben werden.

Vielleicht ein Beispiel: Die Lerbermatt, diese kann man sinnbildlich hier nehmen, es kam am Schluss teuer, es hat uns weh getan, dem zuzustimmen, aber trotzdem mussten wir dies machen, weil die Alternativen noch einmal teurer gekommen wären. Aber im August haben wir auch gesehen, wir mussten Provisorien freigegeben, grünes Licht für Container geben und so weiter und so fort. CHF 2 Mio., auch diese haben uns weh getan. Und wenn man genau hinschaut: Vor 20 Jahren war die Realisierungsquote bei den Investitionen unter 10% und zwar konstant, das holt uns heute auch wieder ein.

Jahrelange hat die Finanzkommission für ein Asset-Management gekämpft. Als ich 2020 Fiko-Präsident geworden bin, war dies bereits auf der Pendenzenliste. Jetzt erfasst man mit der Software Stratus den Zustand der Infrastruktur, ist da laufend dran und bereitet das akribisch vor. Das heisst, wir können den Unterhalt planen, müssen aber auch durchziehen und das kostet im Moment mehr Geld. Dort zu kürzen bringt uns also nicht weiter. Es kostet im Moment, aber wir schonen damit die Finanzen in Zukunft.

Dann kommen wir zum Parlament: Auch wir können unseren Beitrag beisteuern. Und wenn das Resultat nicht zufriedenstellend ist, dann müssen wir auch während dem Jahr verzichten können. Und wir hätten heute die Chance gehabt, bei den Sitzungsgeldern zu sagen, wir wollen weniger oder wir wollen es so sein lassen, wie es ist. Denn dieser finanzielle Status, den wir heute haben, das ist vielleicht nur ein Grund des Problems, aber dieser ist auch ein Abbild von über 100 Vorstössen, die wir in dieser Legislatur eingereicht haben. Natürlich, man kann bestellen, das darf man, das muss man auch respektieren, aber dann muss man nachher auch die Rechnung dafür zahlen. Dann können wir nicht hierherkommen und sagen, wir wollen es eigentlich gar nicht.

Und wenn euch die heutige Traktandenliste nicht ausreicht: So lange es eine Mehrheit im Parlament gibt, die eine Richtlinienmotion für «Gratis-ÖV», «Köniz heizt erneuerbar» oder «Förderung von PV-Anlagen» unterstützt, dann ist es doch etwas einfach, wenn man danach nur auf den Gemeinderat zeigt. Denn jede Überweisung eines Vorstosses bindet Ressourcen und verursacht zwangsläufig auch Folgekosten. Es wäre eigentlich noch spannend, wenn man als Motionär aufzeigen müsste, wie man dann die Kosten einsparen will. Doch das ist nun mal nicht ganz einfach, aber die Finanzierung muss sichergestellt werden.

Und vielleicht noch ein letzter Punkt: Die parlamentarische Initiative «Nachhaltiger Finanzaushalt», diese zielt ja genau auf einen mittelfristigen Haushalt ab. Also ein negatives Budget, das wollen wir vermeiden, aber das kann es einfach geben und ein «nein» bringt uns heute nicht weiter, aus den Gründen, die ich genannt habe.



Den Antrag des Parlamentsbüros, diesen lehnen wir logischerweise ab, auch diejenigen der SP. Zum Antrag der SVP haben wir gewisse Sympathien und warten hier die Begründung noch ab.

Die FDP-Fraktion wird wie folgt zum Antrag des Gemeinderates abstimmen:

- Punkt 1, lehnen wir ab. Auch das sehen wir so, diese CHF 200'000 wollen wir in der Kasse belassen, aber gleichzeitig müsste man das Reglement überprüfen, damit man dann das Geld auch herausnehmen kann, wenn man es dann wirklich braucht.
- Punkt 2 stimmen wir dem Budget zu.
- Und Punkt 3 stimmen wir ebenfalls zu, einfach möglichst mit den korrigierten Anträgen, die wir erwähnt haben.

**Fraktionssprecherin SP/JUSO, Brigitte Rohrbach, SP Frauen:** Auch die SP/JUSO-Fraktion bedankt sich beim Gemeinderat und den zuständigen Personen in der Verwaltung für die umfangreichen Dokumente. Wir sind der Ansicht, dass es sich bei den vorliegenden Zahlen um ein solides, faktenbasiertes Budget handelt, das die finanziellen Realitäten unserer Gemeinde widerspiegelt.

Das Budget 2026 weist den Aufwandüberschuss von CHF 7,7 Mio. auf. Dieses Defizit ist bereits in der vergangenen Finanzplanung angekündigt worden und stellt somit keine Überraschung dar. Auf die Einnahmen aus den Arealentwicklungen und der Umkehrschluss wegen der Erträge aus dem Finanzvermögen, darauf bin ich schon eingegangen, das mache ich nicht noch einmal. Auch die kantonale Vorgabe wegen der finanzpolitischen Reserven erläutere ich hier nicht noch einmal.

Aber durch diese Umstände wird der Aufwandüberschuss vollumfänglich dem Bilanzüberschuss belastet und das Resultat muss schwarz auf weiss ausgewiesen werden und das sehen wir jetzt halt einfach mit diesen CHF 7,7 Mio.

Von ein paar Seiten wird jeweils ein ausgeglichenes Budget mit einer schwarzen Null erwartet. Das ist aus Sicht der SP/JUSO-Fraktion nicht möglich und auch nicht zielführend. Wir begrüßen die Haltung des Gemeinderates, dem Parlament die Realität aufzuzeigen, auch wenn das Resultat am Schluss nicht das ist, was wir uns alle wünschen würden. Die Budgets sollten über mehrere Jahre betrachtet werden. Anhand des Bilanzüberschusses kann festgestellt werden, wie haushälterisch mit den zur Verfügung stehenden Mitteln umgegangen wird. Dem mehrjährigen Finanzplan kann entnommen werden, dass sich der Bilanzüberschuss in den kommenden Jahren entwickeln wird. Wir sind überzeugt, dass der Bilanzüberschuss gemäss Budget 2025 längerfristig gehalten werden kann, da einerseits auch wieder massgebliche Erträge aus Arealentwicklungen anfallen werden und andererseits Steuereinnahmen auch dadurch weiter wachsen werden. Und ein Überschuss von mehr als 2 Steuerzehntel ist nicht ein Mini-Polster, das wird erst ein Mini-Polster sein, wenn die Schuldenbremse tatsächlich angenommen wird.

Weiter begrüßen wir es, dass in den Unterhalt und in die Reparaturen investiert wird. Die Arbeiten sind viel zu lange herausgeschoben worden, was uns in die heutige Situation gebracht hat. Der Infrastruktur unserer Gemeinde im Bereich Hochbau muss eine hohe Aufmerksamkeit geschenkt werden. Eine marode Infrastruktur ist für die kommenden Generationen eine hohe Bürde, so wie wir es aktuell selber erleben. Man hat sich in Köniz viel zu lange zu tiefe Steuerträge geleistet und dadurch den Unterhalt vernachlässigt.

Noch zu unseren Abänderungsanträgen: Wie ihr der Tischvorlage entnehmen könnt, haben wir zwei Abänderungsanträge eingereicht. Bei der Debatte zur Motion V2411 «Elternbeiträge für ausserschulische Aktivitäten» an der Parlamentssitzung vom 5. Mai 2025 wurde vom Vorsteher der Direktion Bildung und Soziales in Aussicht gestellt, dass die Punkte 1 und 2 der Motion gemäss Bundesgerichtsentscheid umgesetzt werden müssen. Im Budget 2026 sind für die Umsetzung aber keine zusätzlichen Mittel eingeplant worden. Aus diesem Grund beantragen wir hier eine Verdoppelung der Beträge auf allen Schulstufen. Wir sind uns bewusst, dass es für die genaue Bezifferung dieser Erhöhung von diesen Beträgen genaue Vorgaben für alle Schulkinder in der Gemeinde braucht. Wir sind aber der Meinung, dass mit dieser Erhöhung ein erster Schritt in die Richtung der Umsetzung gemäss Bundesgerichtsentscheid gemacht werden kann.

Der zweite Abänderungsantrag betrifft ebenfalls die Direktion Bildung und Soziales: Im Controlling zum Legislaturplan 2022 bis 2025 kann bei der Zielsetzung 1.1.1 c) entnommen werden, dass die Erarbeitung des Familienkonzepts aus Ressourcengründen erneut verschoben werden musste. Wir setzen uns entschieden dafür ein, dass diesem Konzept jetzt die nötige Priorität eingeräumt wird. Dazu müssen aber die nötigen Mittel bereitgestellt werden. Deshalb beantragen wir im entsprechenden Bereich eine Erhöhung von CHF 50'000, damit die finanziellen Mittel für die Beschaffung der entsprechenden Ressourcen vorhanden sind.

Den Antrag der SVP-Fraktion betreffend die Senkung des Teuerungsausgleichs lehnen wir ab. Die Teuerung ist nach wie vor nicht ausgeglichen. Mit 1,5%, die im Budget 2026 geplant sind, kann die Lücke

zwar noch nicht vollständig geschlossen, aber weiter reduziert werden. Im Traktandum betreffend die Erhöhung der Sitzungsgelder des Parlaments und der Kommissionen ist mehrfach die Wertschätzung sowie der Respekt gegenüber der geleisteten Arbeit erwähnt worden. Zeigen wir auch hier Respekt und Wertschätzung gegenüber den Mitarbeitenden in der Verwaltung. Sie leisten tagtäglich einen hohen Beitrag zum Funktionieren unserer Gemeinde und haben in den vergangenen Jahren einen Rückgang der Reallöhne hinnehmen müssen. Die SP/JUSO-Fraktion erachtet die geplante Teuerung von 1,5% als angemessen.

**Fraktionssprecher SVP, Florian Moser, SVP:** Vielen Dank der Direktion Präsidiales und Finanzen unter der Leitung von Pascal Meuwly für die kompakten und ausführlichen Unterlagen zum Budget 2026.

Wir haben es eigentlich alle gewusst, dass das Budget 2026 so kommt, wie es uns vorgelegt wird. Der Ausgabenüberschuss ist keine Überraschung. Aber leider: Die Ausgaben steigen und steigen. Vor allem das Wachstum im Personalaufwand macht uns Sorgen. Die Entwicklung ist besorgniserregend, wie die Verwaltung ausgebaut wird. Es muss jetzt etwas gehen, wir können nicht Jahr für Jahr zuschauen.

Betrachtet man den Gesamtaushalt, sind es CHF 5 Mio. mehr zur Rechnung 2024 oder CHF 2,8 Mio. mehr zum Budget 2025. Und schon in der Hochrechnung prognostiziert man eine Zunahme von CHF 0,7 Mio. zum Budget 2025 - also in der Hochrechnung 2025. Im Budget, in dem wir letztes Jahr alle Eventualitäten, wie die Teuerung, individuelle Lohnanpassungen, Stellenzuwachs eigentlich schon budgetiert haben, haben wir weiterhin ein Wachstum. So kann es nicht weitergehen. Und wir haben im Personalaufwand noch diese CHF 1,7 Mio. vom Beitrag PK, der eigentlich jetzt wegfällt. Doch das hat gar keinen Effekt, weil das im Grunde bereits wieder ausgegeben wird.

Natürlich kann man sagen, wir haben höhere Auslagen im Lastenausgleich, natürlich ist da diese Sanierung des Ritterhauses – aber wie diese Personalkosten wachsen, das ist unverhältnismässig. In den letzten Jahren hat uns dies das Finanzvermögen immer ausgeglichen und hatte einen grossen Einfluss auf das Ergebnis, was im Budget 2026, wie man es schon einige Male gehört hat, eben nicht der Fall ist. Und ich hoffe, das Finanzvermögen – so wird es prognostiziert - wird sich wieder ein bisschen erholen und wird wieder bessere Ergebnisse ausweisen und vor allem, wenn dann das Rappentöri kommt, wird das sicher auch ein bisschen korrigiert.

Erfreulich ist sicher auch der Steuertrag, der sich mit der Steuerhöhung natürlich positiv entwickelt, aber in den letzten Jahren auch recht restriktiv budgetiert worden ist. Und die Erhöhung, die immer noch angedeutet wird, ist eh nicht machbar, sie ist nicht mehrheitsfähig im Parlament und nicht mehrheitsfähig in der Bevölkerung, von dem her können wir die Steuererhöhung eigentlich sein lassen.

Weiter ist es für mich wichtig, eine Verbesserung des Ergebnisses aus der betrieblichen Tätigkeit anzustreben. Das ist die Basis des Wirtschaftens der Gemeinde Köniz und dort haben wir ein Defizit von CHF 10 Mio. Das ist sicher zu viel und der Bilanzüberschuss, der mittlerweile 2 Steuerzehntel beträgt, ist gut, aber wenn wir so weiter wirtschaften, schmilzt dieser schnell einmal weg.

Ich komme noch zum Abänderungsantrag unserer Fraktion, den ihr auf der Tischvorlage habt: Wir stellen dort den Antrag auf eine Kürzung der Teuerung von 1,5% auf 0,5%, wie ihr das lesen könnt. So können wir den Personalaufwand im Steueraushalt um ca. CHF 654'000 und beim spezialfinanzierten Haushalt um ca. CHF 75'000 entlasten. Und vor allem können wir ein Zeichen gegen den hohen Aufwandüberschuss setzen. Uns ist bewusst, wir können das Budget hier nicht besser darstellen oder retten, es geht aber auch ein bisschen um den Symbolcharakter. Wir müssen etwas unternehmen.

Wir sind der Meinung, dass jene Fraktionen, die immer für restriktive Finanzen kämpfen, unserem Antrag Folgen leisten und diesen unterstützen sollten. Mit dem Vorschlag, den wir hier auf der Tischvorlage präsentieren, bewegen wir uns nämlich in der Konjunkturprognose des SECO, also eine normale Teuerung, wie es das SECO vorsieht. Und 1,5% ist eigentlich zu hoch. Und wenn der Gemeinderat noch sagt, mit 1,5% sei die Teuerung noch nicht ausgeglichen, was will denn da noch alles kommen? Und da müssen wir sicher die Augen darauf haben und das wäre ein guter Anfang, wenn wir den Antrag, den ihr auf dem Tisch habt, annehmen könntet und ein gewisses Symbol gegen aussen ausstrahlt, da wir so nicht weiterfahren können.

Zu den anderen Anträge von der SP und JUSO, diese lehnen wir ab. Dem Budgetkredit des Parlamentsbüros stimmen wir zu. Und Punkt 1 der Budgetvorlage, die Zinsschwankungsreserven, diesen lehnen wir grossmehrheitlich ab. Zum Bezug der Zinsschwankungsreserven gibt es aber auch Gegenstimmen. Punkt 2 nehmen wir an, einstimmig. Und Punkt 3, da schauen wir, was mit dem Änderungsantrag passiert und werden uns dann festlegen.

**Gemeindepräsidentin Tanja Bauer, SP:** Danke vielmals, das waren heute Abend viele Zahlen und jeder nimmt natürlich gerade die Zahlen raus, die für seine Erzählung am besten funktionieren, das ist auch gut so, aber ihr habt sicher alle auch gesehen, wie komplex dies ist und dass wir eben hier ein Foto des Jahres 2026 haben, wo wir hingehen.

Ich möchte hier noch einmal ganz kurz erwähnen, was aus Sicht des Gemeinderates wichtig ist: Es wurde richtig gesagt, dass das Defizit im Jahr 2026 angekündigt war. Es hängt massgeblich mit der Investition ins Schloss zusammen. CHF 3,5 Mio. müssen wir direkt abschreiben, wir können es nicht als Beteiligung laufen lassen, das haben wir euch aber damals gesagt, als das Geschäft gekommen ist. Doch das ist vielleicht auch sinnbildlich dafür, dass in Köniz auch mal etwas vorwärtsgehen kann, dass wir zusammen etwas erreichen können, was man jahrzehntelang diskutiert hat und es haben über 83% der Bevölkerung zu diesem Geschäft «ja» gesagt. Und das dürfen wir nie vergessen, wenn wir hier über Zahlen reden. Es geht nicht um Geld, es geht um Leistungen für unsere Bevölkerung. Das Geld macht etwas, das soll ein Ergebnis erzielen. Beim Schloss sieht man das sehr gut, aber auch alle anderen Budgetposten haben einen konkreten Effekt für das Leben unserer Bevölkerung, denn als Gemeinde sind wir vor allem für den Alltag zuständig. Und mit dem Budgetbericht zeigen wir euch ganz genau auf, in welchem Bereich, dass es Ergebnisse für die Bevölkerung geben soll.

Wir reden einerseits über die grossen Investitionsvorhaben, darüber haben wir zuvor schon viel gesprochen. Klar, die sieht man, die sind notwendig, die sind wichtig. Aber es gibt eben auch sehr, sehr viele Leute in der Verwaltung, die arbeiten für den Alltag, die machen nicht ein grosses Projekt, das man dann einweihen und vielleicht noch einen Apéro trinken kann. Diese gehen den Abfall einsammeln oder diese betreuen unsere Kinder in der Tagesschule oder diese putzen unsere Schulhäuser. Das sind anzahlmässig viel mehr, als jene Leute, die in diesen Grossprojekten arbeiten und wir reden über all die Leute, die tagtäglich Dienstleistungen erbringen, welche die Bevölkerung zu Recht auch von uns erwartet und auch braucht. Ich erinnere kurz, was passiert ist während Corona, als man gewisse Sachen nicht mehr machen konnte. Wie schnell es sichtbar wurde, wenn es nicht mehr geht, was sie eigentlich für einen Wert haben diese alltägliche Leistungen. Vielleicht erinnert ihr euch auch noch an den Schneefall im letzten Jahr. Es hat unglaublich stark geschneit, die meisten wissen ja noch, dass BERNMOBIL danach nicht mehr fahren konnte. Aber wisst ihr, wie viele Leute von der Gemeinde ausgerückt sind, um zu räumen? Es hat die ganze Nacht geschneit, man musste immer wieder. Ja, wenn nicht geräumt ist, dann kann niemand arbeiten gehen. Jetzt denkt man, die können ja Homeoffice machen. Ja und denn diese an den Schulen? Wo gehen die Kinder hin, wenn die Lehrpersonen nicht in die Schule kommen können? Es gibt also dann sehr schnell ziemlich grosse Probleme, wenn unsere Wege nicht geräumt sind. Es geht um diese Leistungen, die uns im Alltag als selbstverständlich vorkommen, aber das seht ihr hier im Budgetbericht, wer dass diese erbringt und dass diese notwendig sind.

Wie gesagt, die Hälfte kommt von diesem Grossprojekt, die andere Hälfte, CHF 3,5 Mio., kommt von höheren Zahlungen in den Finanz- und Lastenausgleich des Kantons. Und darüber haben wir jetzt Jahr für Jahr gesprochen, das ist eine Annahme. Das kommt vom Kanton als eine Empfehlung, die ganz sicher zu pessimistisch ist und danach muss man rätseln, wie viel man einstellen muss und die Finanzkommission hat uns gesagt, wir sollen dort ein bisschen strenger sein bzw. ein bisschen mehr Reserve einbauen, ein bisschen pessimistisch budgetieren und das haben wir auch gemacht. Es ist nicht gesagt, dass es so herauskommt, aber es könnte auch noch schlimmer kommen. Es sind so viele Faktoren, die den Finanz- und Lastenausgleich betreffen, nicht einmal der Kanton erklärt uns, warum es so eine starke Erhöhung gibt. Es ist wie Kaffeesatz lesen, es ist ein Plan, es ist ein Budget. Aber im Vergleich zum Jahr 2024 sind CHF 3,5 Mio. mehr enthalten. Wenn wir diese einfach so wegstecken könnten, dann könntet ihr uns ja zu Recht sagen, dass wir ziemlich viel Luft im letzten Budget drin hatten. Doch das können wir natürlich nicht einfach so wegstecken.

Aber es ist auch ganz wichtig und das haben wir heute zwei Traktanden zuvor, als es um Wertschätzung ging, auch erzählt: Eine grosse Gemeinde ist auch komplex, es wird immer komplexer, es gibt immer mehr Aufgaben, man braucht eben vielleicht ein Sekretariat, damit man es bewältigen kann, in den Kommissionen gibt es mehr Unterlagen, das ist auch in vielen Bereichen der Gemeinde so. Das heisst, es gibt einen Aufbau im Personalbereich, zum Beispiel bei den Investitionen. Und das heisst aber nicht immer 1:1 mehr Kosten, manchmal haben wir diese zuvor einfach als externe Mandate verbucht. Es gibt auch Kosten, die uns zurückerstattet werden, weil sie der Kanton bezahlt oder welche via Lastenausgleich - da gibt es nämlich auch Einnahmen - wieder zurückkommen. Ihr wisst also, es ist eine hochkomplexe Angelegenheit. Köniz ist wunderschön und eben hochkomplex, darum muss man jede Ausgabe, jede Einnahme zusammen anschauen. Man kann auch Ausgaben kürzen und dabei auch noch gleich Einnahmen kippen, weil das eben zusammenhängt.

Ganz wichtig ist mir insgesamt zu sagen – es ging ja viel um den Kostenfokus - ich habe es vorher schon einmal gesagt: Vom Sach- und Betriebsaufwand stehen 35% direkt im Zusammenhang mit den

Investitionen und das ist jetzt ohne Personalkosten. Also es ist ganz klar, wenn wir uns diese Aufgabe stellen und den Investitionsstau abbauen wollen, dann wird der Sach- und Betriebsaufwand steigen. Aber wie gesagt, es gibt ein Ergebnis - es gibt Schulen, bei denen es nicht mehr hineinregnet. Das finde ich, ist ein gutes Ergebnis und das ist etwas, das wir brauchen.

Was passiert, wenn wir es nicht machen? Ihr seht es im Morillon aktuell, wo wir alle wissen, dass wir spät zu planen begonnen haben und zwar aus finanziellen Gründen. Im Moment müssen wir herausfinden, wie wir nächstes Jahr die Klassen unterbringen, die jetzt nicht mehr Platz haben, weil es Einsparungen gibt, die nun mal bei solchen Projekten vorkommen können, aber danach wissen wir noch nicht. Jetzt haben wir einmal die Mietkosten für die Bibliothek, aber vielleicht wird das noch weiter ansteigen, weil wir wissen, wie die Zahlen der Kinder dort sind. Und das kostet uns nachher etwas in der Erfolgsrechnung, wenn wir zu spät dran sind. Darum, Kosten vermeiden, heisst auch, den Investitionsstau jetzt wirklich zielgerichtet abzubauen.

Zwei, drei Worte vielleicht noch zu gewissen Voten: Ja, das mit dem Wünschen ist so eine Sache. Also wenn ich mir ein Budget wünschen könnte, hätte ich es mir vermutlich anders gewünscht, aber wir wünschen uns nicht, wir versuchen, euch ein realitätsgetreues Budget darzulegen, das einen Beitrag dazu leistet, damit wir langfristig auf eine gute Situation hinsteuern. Und deshalb ist es nicht unbedingt so, dass der Gemeinderat sich unbedingt ein Defizit von CHF 7,7 Mio. gewünscht hat und dies nun erreicht hat, sondern wir hätten auch lieber ausgeglichene Budgets. Aber ihr seht, dass es im Finanzplan am Schluss aufgeht, weil wir dann auch wieder Überschüsse haben.

Es ist mir auch noch wichtig etwas zur Zinsschwankungsreserve zu sagen, dann muss ich das nachher nicht mehr sagen: Es sei nicht im Sinn und Geist des Erfinders. Ich weiss den Sinn und den Geist des Erfinders nicht, aber ich wage hier zu erwähnen, es ist nun mal eine Regel und die Regel funktioniert in der Realität nicht immer so, wie es sich der Erfinder oder die Erfinderin gewünscht hat. Es ist so, man hat dies in den vergangenen Jahren nicht nutzen können, die Regel ist so gemacht, dass dann, als die Zinsen hoch waren, man nichts herausnehmen konnte und jetzt, wenn sie tief sind, kann man. Ihr habt es in der Hand, ihr könnt diese Regel auch anpassen, diese ist in eurer Hand, das ist ein Reglement. Fakt ist, dass heute die Steuerzahlerin und der Steuerzahler ein Polster von fast CHF 5 Mio. finanzieren, Geld, das einfach still da liegt. Das kann man wollen, ist vielleicht auch absichtlich so, aber vielleicht ist es auch nicht im Sinn und Geist des Erfinders oder der Erfinderin. Dann würde ich euch vorschlagen, dass ihr das Reglement einmal anschaut. Aber man darf entnehmen und es wäre sicherlich gut, denn das kann einen Beitrag leisten. Es wäre sicher richtig, wenn man diese einlösen würde.

Ganz wichtig ist mir am Schluss noch etwas zur Teuerung zu sagen: Der Teuerungsausgleich ist etwas, bei dem es wirklich um den Reallohn geht, also die Arbeit, die heute gemacht wird, von der ich euch zuvor gesagt habe, wer das alles macht. Diese ist heute weniger wert als 2018 wegen der Teuerung. Man muss dies ausgleichen, sonst machen die Leute das Gleiche zu weniger Reallohn. Und dort haben wir noch einen Rückstand und mit 1,5% ist dieser noch nicht vollständig ausgeglichen. Wir haben dort bereits einen Kompromiss gemacht und es wäre nicht korrekt, wenn man jetzt einfach die Teuerung des SECO von diesem Jahr anschaut, denn der Teuerungsrückstand besteht schon länger. Das heisst, die Leute haben schon in der Vergangenheit weniger Reallohn bekommen als 2018. Und der Gemeinderat ist ganz klar der Meinung, dass das nicht korrekt ist. Hier geht es nicht um eine Symbolik, dies vielleicht zuhänden der SVP, es ist eine Symbolik, um das Budget zu erleichtern, sonst müsste man dann ehrlich gesagt bei den Entschädigungen auch noch einmal überlegen, was denn das für eine Symbolik war. Hier geht es nicht um etwas, das man ehrenamtlich oder als Miliz macht, hier geht es um den Lohn dieser Leute und ich habe euch zuvor aufgezählt, das betrifft auch die Beladerinnen und Belader und Chauffeuren der Abfallbewirtschaftung. Oder das betrifft auch Leute, die in der Tagesschule ganz tiefe Löhne haben und viel Verantwortung und für sie geht es auch darum, dass sie am Ende des Monats genug im Portemonnaie haben, dort sind diese Beträge wirklich etwas wert. Und deshalb würde ich euch sehr fest empfehlen, dass ihr beim Vorschlag des Gemeinderates bleibt. Dieser ist mit Augenmass und macht einen wichtigen Schritt, aber er übertreibt auch nicht.

Ich möchte euch abschliessend noch für die gute Zusammenarbeit danken, auch der Finanzkommission. Wir konnten euch bereits anfangs September die ersten Zahlen zeigen. Mich dünkt, das ist auch genug Zeit, dass man sich über allfällige Anträge hätte Gedanken machen können und wir werden euch sicher auch in Zukunft ein gut ausgearbeitetes Budget vorlegen und dafür brauchen wir bis im September Zeit. Ansonsten habt ihr einfach nicht die Realität abgebildet, wenn ihr das schon früher haben wollt. Merci vielmals, wenn ihr dem zustimmt.

**Parlamentspräsident Casimir von Arx, GLP:** Wir kommen jetzt zur Detailberatung des Budgets, zur Erfolgsrechnung. Es liegen noch diverse Änderungsanträge vor. Wir kommen zuerst zu den Änderungsanträgen betreffend die Direktion Präsidiales und Finanzen. Oder wollt ihr lieber einfach direkt zu allem kommen? Wahrscheinlich ist das auch machbar. Machen wir es so. Wir sind bei der Detailberatung. Wer wünscht das Wort?

**Matthias Müller, EVP:** Wir möchten an dieser Stelle die Zeit nutzen, um zwei Sachen zu machen. Das eine ist das zweite, noch kurz mitteilen, was unsere Fraktion beschlossen hat bezüglich den Anträgen des Gemeinderates und auch von den Anträgen, die im Raum sind.

Wir wollen aber gleichzeitig auch noch - wir haben ja 1,5% Teuerungsausgleich, welche der Gemeinderat implizit dort hat, und den Antrag der SVP auf 0,5% - ich würde sehr gerne, angelehnt an den SVP-Antrag beliebt machen, dass man den Antrag von uns gutheissen könnte für 1 %. Das ist erstens ein guter Kompromiss zwischen 0.5% und 1.5% und wenn man das Ausmass anschaut, was dieses Prozent bedeutet, ist es analog dem unseren Sitzungsgeldern zugestandene Teuerungsausgleich. Das wäre etwa das gleiche Verhältnis. Deshalb finde ich, das ist auch noch ein gutes Mass, also unser Antrag. Dieser liegt in diesem Sinne vor.

Und gleichzeitig, weil die Lage jetzt relativ komplex wird, würden wir auch einen Sitzungsunterbruch beantragen, damit man diese verschiedenen Anträge noch vor der Abstimmung gut ausdiskutieren kann und diese, etwas unwürdige Situation, so kurz vor der Budgetgenehmigung, noch so eine komplexe Abstimmung zu haben, dass man dem ein bisschen Rechnung tragen kann.

Ich widerspreche dem Gemeinderat, ich möchte wirklich, dass das Budget früher kommt, damit wir nicht jedes Jahr in dieser unwürdigen Situation sind, darüber diskutieren zu müssen, wenn wir mit Sachen nicht einverstanden sind. Das zum ersten Teil.

Das andere ist, ich habe es im Votum schon gesagt: Die Zinsschwankungsreserve zu entnehmen, da werden wir grossmehrheitlich dagegen sein. Die Steueranlage unverändert beibehalten ist natürlich gut. Und beim Antrag des Gemeinderates zum Budget 2026 haben wir aus naheliegenden Gründen Stimmfreigabe beschlossen, weil diese Diskussion, die jetzt noch folgt, ist für uns entscheidend, was die einzelnen Mitglieder dann abstimmen werden.

**Brigitte Rohrbach, SP Frauen:** Da ich zuvor zu wenig Zeit hatte, möchte ich von der SP/JUSO-Fraktion noch unsere Empfehlungen abgeben:

Unsere Anträge befürworten wir ganz klar, sonst hätten wir sie nicht eingereicht. Den Antrag betreffend Teuerungsausgleich lehnen wir ab und ich gehe jetzt einmal davon aus, dass wir auch 1% ablehnen werden.

Und aufgrund des Abstimmungsergebnisses aus dem Traktandum 4 von heute Abend, werden wir aber dem Änderungsantrag des Parlamentsbüros zustimmen.

Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass die im Parlamentsantrag aufgeführten Erklärungen und Erläuterungen zum Budget 2026 für die SP/JUSO-Fraktion nachvollziehbar und schlüssig sind. Aus diesem Grund werden wir den Anträgen des Gemeinderates und der Änderung der Ziffer 3 gemäss unseren Anträgen einstimmig zustimmen.

**Reto Zbinden, SVP:** Ich muss noch kurz aufgrund der Ausführung des Gemeinderates einige Sachen zum Teuerungsausgleichsantrag sagen, die zuvor ein bisschen im Votum untergegangen sind.

Also, das mit der aktuellen Teuerungsprognose gemäss SECO hat unser Fraktionssprecher bereits erwähnt. Es gibt einfach noch ganz wichtige andere Sachen, warum diese 0,5%: Zuerst ist beim Kanton 0,5% vorgesehen und wir haben hier jahrelang immer gesagt, der Kanton ist der Preistreiber, der Lohnstreiber, deshalb können wir nicht mithalten mit unseren Löhnen, deshalb verlieren wir Mitarbeitende. Und jetzt mit einem Mal, wird Köniz hier zur grössten Lohnstreiberin in der ganzen Region.

Habt ihr gesehen, was auf Seite 100 des Budgetantrags der Stadt Bern steht? Teuerungsausgleich Stadt Bern - ganz andere Mehrheitsverhältnisse als hier: 0,5% Teuerung. Und dann kommt Köniz mit 1,5% und wird zur Lohnstreiberin der Region. Unglaublich für mich, unglaublich. Deshalb unser Antrag, ich hoffe auf Unterstützung, wir werden sicher noch über diese 1% diskutieren.

Und etwas muss ich noch sagen: Wenn wir über die Niederlohnbezüger reden wollen, dann müssen wir vielleicht einmal darüber diskutieren, anstatt immer in Prozenten zu rechnen, vielleicht einmal mit Beträgen zu rechnen, das wäre noch so ein Ansatz für die Zukunft.

**Brigitte Rohrbach, SP Frauen:** Ich möchte hier auch noch etwas dazu sagen und Reto Zbinden vehement widersprechen: Die Personalkommission der Gemeinde hat 2,8% für den Teuerungsausgleich gefordert. Das ist dieser Teuerungsausgleich, der seit 2018 nicht ausgeglichen worden ist. Der Gemeinderat kam mit 1.5% entgegen. Von daher sind immer noch gewisse Prozentzahlen nicht ausgeglichen und ich glaube, hier einfach ein einzelnes Jahr mit der Stadt Bern vergleichen zu wollen, das ist sinnlos.

**Géraldine Boesch, SP Frauen:** Im aktuellen Finanz- und Aufgabenplan der Stadt Bern 2026 sind 2% Teuerungsausgleich für Kulturinstitutionen eingestellt. Darunter fallen auch die Löhne.

**Ronald Sonderegger, FDP:** Ich möchte auch noch darauf hinweisen, es ist noch nicht sehr lange her, da haben wir auch bei den Stunden zurückgefahren. Das ist auch etwas, was den Angestellten entgegengekommen ist. Es ist einfach nicht möglich, überall und immer alles zu haben. Zieht das vielleicht auch noch ein bisschen mit ein.

**Parlamentspräsident Casimir von Arx, GLP:** Ich stelle im Übrigen fest, dass ein Antrag auf Sitzungsunterbruch vorliegt. Ich nehme an, dieser soll nach dem Gemeinderatsvotum stattfinden. Dann, wenn es keine weiteren Einzelvoten mehr gibt, wünscht der Gemeinderat das Wort?

**Gemeindepräsidentin Tanja Bauer, SP:** Also zuerst ein paar Punkte. Bei der Teuerung wurde jetzt gerade heiss diskutiert, ich möchte hier noch einige Fakten liefern: Zuerst zur Aussage, das sei jetzt analog zu den Entschädigungen, da gehe man ähnlich vor. Die Teuerung bei der Parlamentsentschädigung ist ausgeglichen. Sie hat seit 1997 18% betragen und ihr habt die Entschädigung jetzt um 85% erhöht. Ich würde sagen, diese ist jetzt ausgeglichen.

Zum Thema das Kantonsparlament habe einen anderen Teuerungsausgleich. Wir haben uns in Köniz, nicht so wie andere Parlamente, wir haben uns nie an die Lohnentwicklung des Kantons gekoppelt, auch nicht in anderen Fragen. Wir haben immer unsere eigene Lohnpolitik gemacht. Der Kanton hat auch eine Sozialpartnerschaft und der hat auch seine Berechnungen, wann, dass was und welcher Rückstand, wie aufgeholt worden ist und man kann nicht ein Jahr rauspicken und dann sagen, in den Jahren, in denen sie mehr geben, machen wir nicht wie der Kanton und in den Jahren, in denen sie weniger geben, machen wir es wie der Kanton. Es muss gesamthaft aufgehen.

In der Stadt Bern haben sie nicht diesen Teuerungsrückstand, den wir haben. Diese haben die Teuerung früher ausgeglichen – das ist einfach Fakt und deshalb haben sie nicht diesen Rückstand, welchen wir noch haben. Unsere Mitarbeitenden nehmen also bereits mehrere Jahre in Kauf, dass ihre Teuerung noch nicht ausgeglichen ist und jetzt bestraft man sie dafür, weil man nicht mehr eine so hohe Teuerung des SECO hat. Aber sie haben mitgemacht, sie haben verstanden, dass wir nicht sofort alles ausgleichen können und es ist nur fair, dass wir unsere Hausaufgaben noch machen und das noch abtragen und jetzt nicht einfach sagen, wir vergessen das einseitig. Denn wir haben eine Abmachung mit ihnen und das ist der letzte Punkt: Wir haben abgemacht mit der Personalvereinigung, dass im Jahr 2018 die Teuerung ausgeglichen war und wir von dann an rechnen. Damals gab es einen ziemlich starken Teuerungssprung, daran erinnert ihr euch alle, und wir haben es nicht geschafft, dies auszugleichen, besonders auch, weil die Finanzen noch sehr schlecht waren. Das Personal hat es immer verstanden, sie haben mehrere Jahre Rückstand verstanden, besonders, als wir Defizite geschrieben haben und die Steuererhöhung so schwierig war und man sogar einen budgetlosen Zustand hatte. Aber das hat dann auch dazu geführt, dass wir danach einen etwas höheren Rückstand abtragen mussten als andere. Und ihr seht es, wir sind noch nicht auf 0, die Personalvereinigung hätte mehr gewollt, aber der Gemeinderat fand, 1,5%, dann sind wir wieder in dem Bereich, wo man sagen kann, wir sind in der Nähe des Teuerungsausgleichs. Doch jetzt sind es fast 3%, das ist schon sehr, sehr viel. Und darum würde ich euch beliebt machen, dass wir das noch dieses Jahr machen. Ihr seht auch, dass wir im Jahr 2027 nichts mehr eingestellt haben, weil wir davon ausgehen, dass wir dann schauen müssen, ob es überhaupt noch einen Teuerungszuwachs gibt oder ob sich dieser vielleicht auch noch wieder ein bisschen korrigiert, aber 3% werden nicht einfach verschwinden. Und mich dünkt, das ist einfach auch Respekt gegenüber der Arbeit, auch Wertschätzung, es ist wirklich auch Wertschätzung, dass sie für die gleiche Arbeit den gleichen Lohn erhalten. Und darum bitte stimmt dem Vorschlag des Gemeinderates von 1,5% zu. Dieser ist wirklich gerecht, dieser ist fair und das ist Wertschätzung.

**Gemeinderat Hans-Peter Kohler, FDP:** Ich würde noch gerne - denn zu den Anträgen sind ja schon Voten gefallen - noch ganz kurz wegen des SP/JUSO-Fraktionsvorstosses betreffend ausserschulische Aktivitäten etwas sagen: Ja, ich habe am Mikrofon gesagt, der Gemeinderat will das umsetzen. Ja, es war ein Bundesgerichtsentscheid, das ist klar. Ich möchte einfach noch daran erinnern, dass das Parlament hier drin diesen Vorstoss noch abgelehnt hat, was der Gemeinderat damals nicht begreifen konnte. nicht hätte können. Es waren vielleicht beide Seiten ein bisschen stur, die Grünen wollten am Punkt 3 festhalten, ich sage es jetzt in Anführungszeichen, und auch die rechte Seite hat dann gleich alles abgelehnt, das war ein bisschen eine groteske Situation.

Klar, wir werden das machen. Es ist aber wirklich jetzt nicht sinnvoll, irgendwelche, ich sage jetzt mal, Fantasiebeiträge einzusetzen. Wir müssen das zuerst analysieren, wir müssen wissen, was das etwa kostet, das braucht einen gewissen Aufwand, wir wollen es aber umsetzen. Und es gibt auch Nachkredite. Wenn wir solide Zahlen haben, das macht dann meine Nachfolge, dann geht er in den Gemeinderat und lässt halt dort einen Nachkredit sprechen. Aber jetzt hier für die Schulen irgendwelche Beträge festzulegen, das erachte ich jetzt nicht als sehr sinnvoll und ich bitte euch, das abzulehnen.

Wir machen es, habt keine Angst, es ist ein Bundesgericht. Und mit Nachkrediten kann man auch arbeiten, anstatt jetzt mit Zahlen, bei denen wir, die BSS, keine Ahnung haben, was es dann wirklich kostet.

**Parlamentspräsident Casimir von Arx, GLP:** Gibt es weitere Wortmeldungen aus dem Gemeinderat? Das scheint nicht der Fall zu sein, dann stimmen wir jetzt über den Sitzungsunterbruch ab.

## Beschluss

### Abstimmung über Ordnungsantrag zum Sitzungsunterbruch

Das Parlament stimmt dem Sitzungsunterbruch zu.

(Abstimmungsergebnis: offensichtliches Mehr)

## Diskussion

**Parlamentspräsident Casimir von Arx, GLP:** Wünscht noch einmal jemand das Wort?

**Florian Moser, SVP:** Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, nach intensiver Beratung haben wir uns entschieden, unseren Abänderungsantrag mit einem Teuerungsausgleich von 0,5% zurückzuziehen. Wir wollen damit auch ein bisschen signalisieren, dass wir kompromissfähig sind und so helfen, eine mehrheitsfähige Variante zur Abstimmung zu bringen.

Und dann möchte ich noch kurz erwähnen: Bei der Personalkommission oder der Personalvereinigung, da ist es ja klar, dass diese oben mit dem Teuerungsausgleich hineingehen, das wäre ja verrückt, wenn diese nur 0,5% vorschlagen würden. Das ist ja klar, aber schlussendlich machen diese ja kein Budget. Und es wurde hier plötzlich viel auf die Löhne heruntergebrochen. Es geht hier nicht um die Löhne. Es wird jede Dienstleistung noch weiterhin erbracht. Es geht hier rein um einen Teuerungsausgleich, was sie einfach noch mehr bekommen würden. Und in finanziell schwierigen Zeiten ist es sicherlich symbolmässig nicht angezeigt, einen Teuerungsausgleich von 1,5% zu entrichten, wenn die Jahresrechnung oder das Budget so schlecht aussehen. Das sind eigentlich Fakten.

Und beim Bürokredit sprechen wir von CHF 40'000 und hier sprechen wir von CHF 600'000, es ist also nicht vergleichbar und es ist nicht die gleiche Arbeit und wir sind im Parlament nicht angestellt. Das wollte ich noch sagen.

**Ronald Sonderegger, FDP:** Mit den Worten der SP: Die Teuerung ist rechtlich nicht geschuldet und ich will einfach darauf hinweisen, die FDP. Die Liberalen, wir haben die Anpassung des Personalreglements unterstützt, wir haben auch die letzten dreimal die Teuerung unterstützt, die gemacht worden ist und wir sind jetzt einfach der Meinung, dass man da ein kleines Zeichen setzen muss und darf, nicht einfach die Spritzkannen hervor nehmen.

Ein Niedriglohn kann auch einmal eine Realloohnerhöhung haben, die man machen kann. Das gibt es übrigens auch in den oberen Stellen und deshalb würden wir jetzt eigentlich auch beliebt machen, diesen Antrag der Mitte zu unterstützen mit 1%.

**Katja Streiff, EVP:** Ich möchte hier der SVP und der FDP danken, dass sie bereit sind, auf unseren Kompromiss einzugehen. Das ist ein sehr schönes Signal und ich schaue jetzt ein bisschen da rüber und hoffe, dass auch ihr für einen Kompromiss bereit seid.

Wir möchten noch zu den Anträgen der SP/JUSO eingehen: Wir haben uns dazu noch nicht geäußert. Für uns war aber die Stellungnahme des zuständigen Gemeinderates sehr schlüssig. Für uns ist auch klar, dass die Zahlen evaluiert werden müssen, es ist sinnvoll, dass man hinschaut, was es wirklich braucht und nicht einfach einmal alle Zahlen verdoppelt und so hineinträgt. Aus diesem Grund werden wir diese Anträge hier in diesem Rahmen ablehnen.

**Reto Zbinden, SVP:** Ich möchte noch eine Korrektur zur Aussage machen, welche zuvor gefallen ist, dass der Teuerungsausgleich im Parlament jetzt ausgeglichen sei. Wir haben 6% ausgeglichen von 18% Teuerung, die seit 1997 angefallen sind, also längstens nicht ausgeglichen. Auch wenn diese 85% – ich habe es ja schon vorher gesagt – das klingt eben gut. Der Rest war ein Anteil für die Fraktionssitzungen, welche man ja bisher nicht entschädigt hatte.

Dann noch etwas, was wir viel zu wenig gehört haben heute Abend: Die Unternehmen hier in der Gemeinde Köniz, da werden die wenigsten überhaupt einen Teuerungsausgleich zahlen können dieses Jahr. Diese vermögen das schlicht und einfach nicht und deshalb ist es auch immer wichtig, dass man das eben auch im Auge hat, weil – ich habe es vorhin gesagt – diese Lohntreiberei betrifft alle und vor allem auch die Unternehmen direkt. Darum bitte, wir sind bereit einen Schritt zu gehen, darum bitte unterstützt das. Merci vielmals.

**Géraldine Boesch, SP Frauen:** Ich bin schon erstaunt. Jetzt habe ich gehört von der SVP: Symbolik. Von der FDP: Zeichensetzen. Von der EVP: Kompromiss. Nichts davon hat man gehört, als man über die eigenen Sitzungsgelder gesprochen hat. Dort war man bereit zu sagen, wir geben uns selber die Wertschätzung. Hier, wenn es darum geht, dass die Leute effektiv einen Kaufkraftverlust haben, immer noch mit der aufgelaufenen Teuerung, dann sagt man «Nein». «Nein», das ist die Symbolik des Zeichensetzens. Nein, also das finde ich wirklich nicht würdig.

**Ronald Sonderegger, FDP:** Einfach noch schnell zum Korrigieren, liebe Géraldine: Die FDP hat keine Erhöhung gewollt. Das will ich festgehalten haben.

**Roger Tanner, GLP:** Viel habe ich noch nicht gesagt in meiner Zeit und lange bleibe ich auch nicht mehr, aber jetzt habe ich noch einmal die Gelegenheit, meine Perspektive einzubringen: Ich bin seit 30 Jahren fast in der Privatwirtschaft tätig, in der Wertschöpfungsindustrie und bin jetzt seit zehn Jahren in einem Lokalunternehmen hier in Köniz, vertrete dort als Präsident die Personalkommission und auch die Arbeitnehmerseite bei der Pensionskasse. Ich kenne also die Zahlen, die in der Privatwirtschaft hier herangezogen werden, recht gut.

In meiner Zeit in der Industrie waren Sachen wie die automatische Lohnerhöhung und automatischer Teuerungsausgleich Fremdwörter. Was wir hatten, war Kurzarbeit, Massenentlassungen, von denen ich zum Glück dreimal nicht davon betroffen war, und was die Gemeinde macht mit kontinuierlicher Lohnerhöhung ist, uns die Fachkräfte abzuziehen. Das müsst ihr euch bewusst sein, wir brauchen diese Leute bei uns in der Industrie. Die Gemeinde soll auch gute Leute haben, aber sie darf nicht attraktiver sein aus meiner Sicht als die Privatindustrie.

**Gemeindepräsidentin Tanja Bauer, SP:** Ich will kurz noch einmal etwas dazu sagen, was eigentlich der Teuerungsausgleich ist. Es wurde jetzt nämlich ein wenig vermischt. Wenn das Lohnniveau der Gemeinde zu hoch wäre, dann kann man über das Lohnniveau reden. Das haben wir übrigens auch gemacht, wir haben ja umfangreiche Analysen gemacht, wie wir im Vergleich dastehen, bei jenen Berufen, welche wir haben und da sind wir überhaupt nicht kostentreibend. Also gerade bei jenen, welche du jetzt vielleicht angesprochen hast, Roger, da sind wir nicht konkurrenzfähig mit anderen Arbeitgebern, wir sind nur die Gemeinde Köniz. Viele, die zu uns im Kaderbereich kommen, nehmen eine ziemliche Lohneinbusse in Kauf, denn das ist nun mal so, wir sind nur eine Gemeinde. Sie kommen aus anderen Gründen, wir können dort wirklich nicht mithalten.

Aber es geht nicht um das Lohnniveau, es geht nicht darum, was das Ausgangsniveau ist, es geht darum, dass das, was im Vertrag abgemacht wurde – da kann man darüber reden, ob das für die Einzelnen zu hoch ist, bisher waren wir überall zu tief, da geben wir uns zwar Mühe, aber es ist ein anderes Thema. Hier geht es um den Teuerungsausgleich, also was diesen Leuten versprochen wurde, als sie bei uns arbeiten gekommen sind, dass das noch der Kaufkraft entspricht. Wir haben überall Teuerung



erfahren. Ihr alle habt es auch erfahren: Ob das bei den Heizkosten ist, bei den Krankenkassenprämien, bei den Mieten, sogar bei den Lebensmitteln - man hat die Teuerung überall draufgeschlagen, so setzt sich die nämlich zusammen. Das ist nicht erfunden, das ist keine Lohnmassnahme. Das Leben ist teurer geworden durch Inflation und es hat ziemlich angezogen. Die Schweiz ist nicht ganz so schlimm betroffen wie andere, aber das ist ein Fakt. Und da geht es um das, was man mit den Leuten abgemacht hat, was sie für ihre Arbeit erhalten. Und das muss den gleichen Wert haben wie 2018. Das ist kein Hokus-pokus, das ist einfach ganz logisch.

Wenn man jetzt der Meinung ist, dass man aus irgendeinem Grund vielleicht sich das nicht leisten könnte, dann möchte ich etwas dazu sagen: Ihr habt zuvor gesagt, das mit der Entschädigung sei ja nicht so ein Problem, da gehe es um viel weniger Geld. Ja, aber ihr seid 40 Leute, wir sprechen hier nicht über eine Entschädigung, sondern über einen Lohn von 750 Leuten. Das ist schon noch viel. Natürlich ist das dann zahlenmässig mehr, aber es geht auch um viel mehr Leute und in Prozenten ist es viel weniger.

Dass mit 85% Erhöhung der Entschädigung die Teuerung von 18% nicht ausgeglichen sei, erschliesst sich mir nicht, aber das ist gar nicht der Punkt, das dürft ihr rechnen, wie ihr wollt. Ich will euch hier nur sagen, es ist nicht ein zulässiges Argument zu sagen, für uns hat es weniger gekostet. Es geht um 750 Mitarbeitende.

Noch ein letztes Wort, es sei ein Kompromiss: Nicht wirklich, denn es ist einfach eine Prozentzahl. Es ist deutlich weniger, als der Gemeinderat will. Und der Gemeinderat hat einen Kompromiss mit der Personalvereinigung gemacht und das ist wirklich ein Kompromiss, denn die Teuerung ist noch nicht ausgeglichen. 1% ist nicht ein Kompromiss, weil es in der Mitte von zwei anderen Zahlen liegt, das habt ihr vorher auch gesagt. Man kann das so entscheiden, aber dann gleicht ihr einfach ganz klar die Teuerung nicht weiter aus und man muss nächstes Jahr wieder darüber sprechen. Doch die Leute haben alle ein weiteres Jahr lang ihre Löhne nicht ausgeglichen. Das müsst ihr euch einfach bewusst sein, diese Verantwortung habt ihr jetzt bei diesem Entscheid.

**Beschluss****Abstimmung über den Abänderungsantrag der EVP-GLP-Mitte zum Teuerungsausgleich von 1%**

Das Parlament stimmt folgendem Abänderungsantrag zu:

Konto	Budgetkredit	Budgetkredit beantragt
	<b>(inkl. 1.5 % Teuerungsausgleich)</b>	<b>(inkl. 1% Teuerungsausgleich)</b>
<b>Steuerhaushalt</b>		
1050.3010.80 (Lohn)	CHF - 1'000'000	CHF - 1'230'341
1050.3052.80 (Arbeitgeberbeiträge)	CHF 0	CHF - 61'472
<b>Wasser</b>		
5550.3010.01 (Lohn)	CHF 2'287'098	CHF 2'265'542
5550.3050.00 (Arbeitgeberbeiträge)	CHF 137'025	CHF 131'568
<b>Siedlungsentwässerung</b>		
5600.3010.01 (Lohn)	CHF 1'256'772	CHF 1'245'002
5600.3050.00 (Arbeitgeberbeiträge)	CHF 75'313	CHF 72'084
<b>Abfall</b>		
5200.3010.01 (Lohn)	CHF 2'053'039	CHF 2'033'572
5250.3050.00 (Arbeitgeberbeiträge)	CHF 125'454	CHF 120'465
<b>Feuerwehr</b>		
4340.3010.01(Lohn)		
4340.3050.00 (Arbeitgeberbeiträge)	CHF 405'898	CHF 401'817
	CHF 26'390	CHF 25'395
<b>Kegul</b>		
5250.3010.01 (Lohn)		CHF 51'181
5250.3050.00 (Arbeitgeberbeiträge)	CHF 51'663	CHF 3'010
	CHF 3'147	

(Abstimmungsergebnis: 20 Stimmen dafür, 16 Stimmen dagegen)

**Abstimmung über den Antrag der SP/JUSO-Fraktion betr. Kindergärten, Basisstufe, Primarschulen, Schulen mit Sekundarstufen, Mittelschulen und besondere Volksschulen (Nr. 2 Tischvorlage)**

Das Parlament lehnt folgenden Abänderungsantrag ab:

3610 Kindergärten	3610.3171.30 (Eintritte) CHF 1'000	3610.3171.30 (Eintritte) CHF 2'000
	3610.3171.70 (Beiträge besondere Schulwochen) CHF 3'000	3610.3171.70 (Beiträge besondere Schulwochen) CHF 6'000
3611 Basisstufe	3611.3171.30 (Eintritte) CHF 6'000	3611.3171.30 (Eintritte) CHF 12'000
	3611.3171.70 (Beiträge besondere Schulwochen) CHF 16'000	3611.3171.70 (Beiträge besondere Schulwochen) CHF 32'000
3620 Primarschulen	3620.3171.30 (Eintritte) CHF 12'000	3620.3171.30 (Eintritte) CHF 24'000
	3620.3171.70 (Beiträge besondere Schulwochen) CHF 94'000	3620.3171.70 (Beiträge besondere Schulwochen) CHF 188'000
3630 Schulen mit Sekundarstufe / Mittelschulen	3630.3171.30 (Eintritte) CHF 8'000	3630.3171.30 (Eintritte) CHF 16'000
	3630.3171.70 (Beiträge besondere Schulwochen) CHF 146'000	3630.3171.70 (Beiträge besondere Schulwochen) CHF 292'000
3631 Besondere Volksschule Köniz bVSK	Konto 3631.3171.70 (Beiträge besondere Schulwochen) CHF 2'000	Konto 3631.3171.70 (Beiträge besondere Schulwochen) CHF 4'000

(Abstimmungsergebnis: 16 Stimmen dafür, 20 Stimmen dagegen)

### Abstimmung über den Abänderungsantrag der SP/JUSO zu den Angeboten zur sozialen Integration

Das Parlament lehnt folgenden Abänderungsantrag ab:

Konto	Budgetkredit	Budgetkredit beantragt
3940 Angebote zur sozialen Integration	Konto 3970.3130.73 CHF 49'990	Konto 3970.3130.73 CHF 99'990

(Abstimmungsergebnis: 16 Stimmen dafür, 20 Stimmen dagegen)

### Abstimmung über den Abänderungsantrag des Parlamentsbüros

Das Parlament stimmt folgendem Abänderungsantrag zu:

Konto	Budgetkredit	Budgetkredit beantragt
1000.3000 Sitzungsgelder Parlament und parlamentarische Kommissionen	CHF 105'000	CHF 149'000 (Erhöhung um 85 Prozent gegenüber Budget 2025)

(Abstimmungsergebnis: 25 Stimmen dafür, 7 Stimmen dagegen, 2 Enthaltungen)

### Abstimmung über den Antrag des Gemeinderats, Ziffer 1

Das Parlament lehnt GR-Antrag, Ziffer 1 ab:

Das Parlament beschliesst im Budget 2026 zu Gunsten Konto 1680.4893.10 einen Bezug aus der Spezialfinanzierung "Zinsschwankungsreserve" in der Höhe von CHF 220'000 vorzunehmen.

(Abstimmungsergebnis: 17 Stimmen dafür, 18 Stimmen dagegen, 1 Enthaltung)

### Abstimmung über den Antrag des Gemeinderats, Ziffer 2

2. Das Parlament genehmigt mit dem Budget 2026 folgende Steuern zu erheben:

- a. die ordentlichen Gemeindesteuern im 1.58-fachen Betrag der für die Kantonssteuern geltenden Einheitssatz.
- b. die Liegenschaftssteuer von 1.2 ‰ auf dem amtlichen Wert der Liegenschaft.

(Abstimmungsergebnis: offensichtliche Mehrheit)

### Abstimmung über den Antrag des Gemeinderats, Ziffer 3

3. Das Parlament genehmigt das bereinigte Budget der Erfolgsrechnung 2026:

Gesamthaushalt		
Gesamtertrag	CHF	263'099'040.04
Gesamtaufwand	CHF	<u>272'744'482.70</u>
Aufwandsüberschuss	CHF	9'645'422.66
davon:		
Allgemeiner Haushalt (Steuerhaushalt)		
Aufwandsüberschuss	CHF	7'676'831.11
Spezialfinanzierte Haushalte		
Aufwandsüberschuss	CHF	1'968'611.56

(Abstimmungsergebnis: 28 Stimmen dafür, 7 Stimmen dagegen, 1 Enthaltung)

**Parlamentspräsident Casimir von Arx:** Unter dem Strich, ich habe es jetzt nicht genau ausgerechnet, aber ich glaube im Kässeli ist jetzt etwas mehr, als am Anfang drin. Wir kommen langsam zum Schluss.

Ich stelle fest, dass Gemeinderat Hans-Peter Kohler die Sitzung verlassen hat und ich begrüsse Grossrat David Stampfli auf der Tribüne.

Ich schlage vor, dass wir hier die Geschäfte abrechnen und direkt zu Varia gehen. Es sollte an der nächsten Sitzung drin liegen, dass wir diese beiden Geschäfte, welche wir jetzt nicht geschafft haben, dann behandeln.

PAR 2025/82

### Verschiedenes

Folgende Vorstösse werden eingereicht:

- V2534 Interpellation (SP/JUSO): "Auflösung und Liquidation Farb AG (Fachstelle Arbeitsintegration Region Bern)"
- V2535 Anfrage (SVP): "Gebühren und Verfahren für Wärmeleitungen in der Gemeinde Köniz"

### Diskussion

**Parlamentspräsident Casimir von Arx:** Das Wort hat der Gemeinderat. Wird dieses gewünscht? Das ist nicht der Fall. Wünscht das Parlament das Wort? Auch nicht. Dann schaffen wir es gerade noch mit einem Sitzungsgeld.

Ich habe folgende Informationen aus dem Parlamentsbüro:

- Das Parlamentsbüro hat beschlossen, die Sitzung vom 1. Dezember live zu übertragen, weil wir dann drei Volksvorlagen behandeln.
- Das Parlamentsbüro hat ausserdem dem Antrag des Gemeinderates für die Verlängerung der Beantwortungsfrist der Motion V2530 der EVP-GLP-Mitte-Fraktion, «Wenn schon, denn schon: Für einen vollständigen Ausbau der Fussballinfrastruktur bei der Lerbermatt», bis zum 25. April 2026 zugestimmt.

Dann noch ein Hinweis: Es gibt einen Einführungsworkshop für neue Könizer Parlamentsmitglieder und dieser findet am 4. Dezember um 18.00 Uhr statt. Wir führen dann im Gemeindehaus eine Einführungsveranstaltung für die neuen Parlamentsmitglieder durch, aber auch halb neue oder interessierte Parlamentsmitglieder können dort teilnehmen. Ich bitte die halb neuen oder interessierten

Parlamentsmitglieder, sich bei Interesse bei der Fachstelle Parlament zu melden. Dieser Anlass bietet vor allem den neuen Mitgliedern die Möglichkeit, einen ersten Einblick über das Funktionieren des Kőnizer Parlaments und der Gemeindeverwaltung zu erhalten und über die wichtigsten Themen wie reglementarische Grundlagen, Zuständigkeiten, Finanzkompetenzen, parlamentarische Instrumente, Arten von Voten und so weiter informiert zu werden.

Die Fortsetzung der heutigen Parlamentssitzung kommt in einer Woche am 10. November, um 19.00 Uhr, wieder hier. Ich wünsche euch einen schönen Abend.

### **Im Namen des Parlaments**

Casimir von Arx  
Parlamentspräsident

Chantal Fuchs  
Leiterin Fachstelle Parlament